



mole magazin Nr. 2 Leipzig, Dezember 2014

Das mole magazin ist ein Projekt des bundesweiten ...ums Ganze! – Bündnis. www.mole.umsganze.org

Redaktion: Arbeitskreis Mole /the future is unwritten Leipzig Gestaltung: Paulina Leone

Vielen Dank an alle Unterstützer*innen!

mole #2

Liebe Leser*innen,

dass es eine Alternative zur herrschenden Ordnung der Dinge gibt, muss man proklamieren, weil noch keine greifbare existiert. Dies ist auch eine Berechtigung des Slogans der aktuellen *...ums Ganze!* Kampagne – *There is an alternative.* Ganz richtig stellt der zur Kampagne gehörige Aufruf deshalb fest:

"Der von den unterschiedlichen sozialen Bewegungen vorgebrachte Hinweis auf die vom Kapitalismus produzierten Verwerfungen und Katastrophen ist und bleibt richtig, nur folgt daraus kaum mehr der Hauch einer Veränderung. Dass der Kapitalismus in aller Munde und seine Kritik billig zu haben ist, ändert daran nichts. Unklar bleibt nämlich, was die Konsequenz sein müsste."

Allerletzte Klarheit hinsichtlich dieses Problems wird auch die zweite Ausgabe unseres Magazins nicht geben können. Hingegen soll sie Platz bieten, um die Suchbewegungen, die einmal die Anfänge handfester Alternativen sein können, zu reflektieren. So spiegelt der Inhalt dieser Ausgabe zum Teil Verständnis und Gegenstände von Politik nicht nur des gesamten Bündnisses, sondern auch einzelner …ums Ganze! – Gruppen wieder und überlässt zusätzlich unabhängigen Autor*innen das Wort.

Die zweite Ausgabe des *mole magazins* umfasst vier Kapitel. Das erste widmet sich besagter Kampagne. Im März 2015 mobilisiert *Blockupy*

und damit auchums Ganze! zur Eröffnung der Europäischen Zentralbank. Wir drucken deshalb ein Interview mit Thomas Sablowski zur Rolle der EZB im europäischen Krisenregime ab, das möglicherweise verdeutlicht, warum sich die Institution als Ort symbolischen Protestes für die Mosaiklinke anbietet. Die Artikel im zweiten und dritten Kapitel beschäftigen sich zum Teil mit aktuellen politischen Kämpfen, zum Teil jenseits von tagespolitischer Aktualität mit der prinzipiellen strategischen Ausrichtung linksradikaler Politik. Im Vorfeld der Europawahl beteiligte sich ...ums Ganze! an der Blockupy-Kampagne gegen die AfD. Die Partei bietet als marktradikales und wertekonservatives Sammelbecken im Gegensatz zur klassischen neonazistischen Bewegung zeitgemäße Antworten auf die materiellen Bedürfnisse der großen Unternehmerverbände und die ideologischen Reflexe des Kleinbürgertums. Ein angesichts der auch in Deutschland nahender Rezession und massenhaft mobilisierender Bürgerbewegungen wie PEGIDA längst überfälliges Nachdenken über die strategische Neuorientierung antifaschistischer Praxis bietet daher Kritik & Praxis [f] in ihrer Auswertung der Kampagne Nationalismus ist keine Alternative. Ein ähnliches Problem stellt sich der Gruppe Iniciativa Ne Rasismu! aus Tschechien, die nach den Perspektiven einer post-militanten Antifa-Bewegung in Anbetracht einer antiziganistischen Mobilisierung fragt, die nicht mehr durch isolierte Neonazis getragen wird, sondern von breiten Bevölkerungsteilen einer vom Abstieg bedrohten Mittelschicht. Nicht nur in Richtung Tschechien versuchen wir im zweiten Kapitel über den Tellerrand zu Blicken. Chris Cutrone von Platypus analysiert mit einem an Moishe Postone geschultem Blick die Geschichte der Neuen Linken in den USA und zieht aus ihr die Lehre, den Zeitkern der eigenen Bewegung erfassen zu müssen, um nicht zur Verschlimmbesserung des Kapitalismus beizutragen. Im März 2014 nahm sich ein bundesweites Bündnis die Repolitisierung des Frauenkampftages vor. Gerade im Kontext der neu aufgeflammten Debatte um Care-Arbeit fragt die Gruppe TOP Berlin nach der Verknüpfung von feministischen und staats- und kapitalismuskritischen Positionen und problematisiert die neoliberale Indienstnahme geschlechtlicher Identitätspolitik. Darüber hinaus finden sich zwei weitere Artikel mit feministischem Schwerpunkt. Der Frage nach der Konstitution von Weiblichkeit im Kapitalismus geht auch die von der Gruppe TOP Berlin verfasste Buchrezension zu Silvia Federicis Caliban und die Hexe im vierten Kapitel nach. Eine weitere Buchrezension, verfasst von Theodor Wagner, widmet sich den Kämpfen von Wanderarbeiter*innen und Prostituierten und fragt nach der Klassenzusammensetzung in China.

Die erste Ausgabe des mole magazins hat Diskussionen starten können. Die Gruppe the future is unwritten antwortet in Vokü und Adorno auf den lokal geäußerten Vorwurf des Theoriechauvinismus mit einem Ja zum politischen Primat der Praxis. Eine weitere Replik ist der Artikel der Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft. Er kritisiert zwei Artikel aus mole #1, die das Konzept des Rätekommunismus und des Postoperaismus auf mögliche Anschlussfähigkeiten an heutige strategische Überlegungen diskutierten und attestiert der gegenwärtigen Linken vor allem Ratlosigkeit hinsichtlich einer konkreten Vermittlungen von Klasseninteressen und revolutionärer Politik.

Hoffen können wir aufgrund dieser Diagnose nur zweierlei: Dass sie nicht stimmt oder dass sie nicht bleibt. Im letzteren Fall möge die zweite Ausgabe des *mole magazins* zur Besserung beitragen.

Das Gendern wurde den Autor*innen überlassen.

mole Redaktion Dezember 2014



1. THERE IS AN ALTERNATIVE

| 8 | Für die EZB gibt es keinen stabilen Zustand Ein Interview mit <i>Thomas Sablowski</i> |
|----|--|
| 14 | Vaterlandsverrat? Avec plaisir! Einige Gedanken zum 3. Oktober vom <i>AK Antifa Köln</i> |
| 18 | Ankündigungenums Ganze! Termine im Frühjahr |
| | 2. ÜBER DEN TELLERRAND |
| 22 | Unsichtbarer Käfig Iniciativa Ne Rasismu! über Antiziganismus und Krise in Tschechien |
| 26 | Gipfelhopping ist zu wenig Rüdiger Mats interviewt <i>Beyond Europe</i> |
| 30 | Ein kleiner Kalter Krieg Ein Interview mit der Gruppe <i>Alpha Kappa</i> aus Griechenland |
| 37 | Level UP goes greece Ein politischer Reisebericht von <i>Level UP Tübingen</i> |
| 40 | Moishe Postone und das Erbe der neuen Linken Wann war eigentlich die Krise des Kapitalismus? fragt Cris Cutrone von Platypu |

3. VOR DER HAUSTÜR

| Den Einzelfall verhindern AZE über linksradikale Praxisversuche im Kampf gegen Zwangsräumungen | 48 |
|---|----|
| Warum es am Frauenkampftag ums Ganze geht TOP B3rlin zur Aktualität des Feminismus | 56 |
| Vokü und Adorno the future is unwritten über das Verhältnis von Theorie und Praxis | 60 |
| Im Zwiespalt Den Umgang der Linken mit dem NSU-Anschlag diskutiert der <i>Antifa AK Köln</i> | 67 |
| Not getting it Die Anerkennung sexueller Gewalt als strukturelles Problem von <i>Mia Kirsch</i> | 72 |
| Pannekoek in Bad Godesberg Eine Antwort der Freundinnen und Freunde der Klassenlosen Gesellschaft | 78 |
| No alternative <pre>kritik und praxis[f] reflektiert dieums Ganze! Kampagne gegen die AFD</pre> | 84 |
| 4. BUCHREZENSIONEN | |
| Ihrer Individualität beraubte Zahnräder Theodor Wagner rezensiert Aufbruch der zweiten Generation, über Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China | 90 |
| Aus der Zauber Eine Besprechung von Silvia Federicis <i>Caliban und die Hexe</i> , über das Ende der Hexerei als Geburt des Kapitalismus von <i>TOP B3rlin</i> | 93 |

an alternative There is



Für die EZB gibt es keinen stabilen Zustand

Ein Interview mit Thomas Sablowski

Die Europäische Zentralbank ist ein bestimmender Akteur, nicht nur der Geldpolitik. Über ihre beratende Funktion in der Troika" hatte sie z.B. auch Einfluss auf die Sanierungsprogramme, die im Zuge der Finanzkrise den Kreditnehmerländern im Süden Europas aufgezwungen wurden. Was genau tut die EZB in der Krise? Und was macht eine Zentralbank überhaupt aus? Phillip Metzger aus Wien hat für uns Thomas Sablowski interviewt, Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und aktiv im Blockupy-Bündnis.

Welche Rolle spielen Zentralbanken im Kapitalismus und was ist eigentlich Geldpolitik?

Zentralbanken stehen an der Spitze des pyramidenförmigen kapitalistischen Kreditsystems. Das Kreditsystem ermöglicht es einerseits, brachliegendes Geld, d.h. Profit aus vorheriger Produktion, den seine Besitzer selbst nicht unmittelbar für Konsum oder eine Ausweitung des Geschäfts verwenden können, wieder in den Kreislauf des Kapitals zurückzuführen, in zinstragendes Kapital zu verwandeln. Das brachliegende Geld sammelt sich z.B. in Form von Depositen, Einlagen, bei den Banken und wird als Kredit an Unternehmen gezahlt, die so ihre Investitionen über den von ihnen erzielten Profit hinaus ausweiten können. Andererseits wird im Kreditsystem nicht nur schon existierendes Geld umverteilt, sondern neues Kreditgeld geschaffen, das es erlaubt,

die kapitalistische Produktion auszudehnen. Denn die von den Banken vergebenen Kredite betragen ein Vielfaches ihrer Depositen. Diese "Kreditgeldschöpfung" der Banken hängt von den Profitaussichten ab: Je besser diese sind, desto eher sind die Banken bereit, Kredite zu vergeben. Um ggf. bei Zahlungsausfällen ihrer Schuldner selbst zahlungsfähig zu bleiben, müssen die Banken gewisse Geldreserven vorhalten bzw. selbst kurzfristig Kredite aufnehmen. Der kurzfristige Kreditbedarf der Banken kann zum größten Teil durch den so genannten Geldmarkt oder Interbankenmarkt gedeckt werden, auf dem sich die Banken wechselseitig Kredit geben. Darüber hinaus können sie sich jedoch auch bei der Zentralbank mit Geld versorgen. Insbesondere in Krisensituationen wie 2007-2009, als der Interbankenmarkt versagte, weil die Banken ihrer Zahlungsfähigkeit wechselseitig misstrauten, ist die Zentralbank als Kreditgeber letzter Instanz von Bedeutung, auf den die Banken zurückgreifen können, um Zahlungsschwierigkeiten zu überwinden. Die Zentralbank kann als staatliche Einrichtung nicht Bankrott gehen und im Prinzip unbegrenzt Geld schöpfen. Aber auch die Zentralbank verschenkt das Geld nicht einfach an die Banken, sondern vergibt es gegen Zinsen als Kredit. Erzwingt sie die Rückzahlung mit Zinsen, setzt sie damit eine gelingende Kapitalverwertung voraus, also dass Mehrwert erwirtschaftet wird, von dem ein Teil als Zins gezahlt werden kann. Die Geschäftsbanken können außerdem ihre Reserven bei der Zentralbank deponieren - im Normalfall gegen Zinsen. Reserven sind vom Standpunkt der Kapitallogik brachliegendes Kapital, das keinen Profit abwirft. Müsste jede Bank ihre Reserven individuell vorhalten, so würden sie höher ausfallen und die Bankprofite geringer. Die Zentralbank ist also primär eine Bank der Banken. Darüber hinaus ist die Zentralbank die Bank des Staates - sie kann den Staat direkt mit Geld versorgen oder indirekt die Finanzierung durch Staatsanleihen am Kapitalmarkt absichern. Charakteristisch für den kapitalistischen Staat ist, dass er sich nicht vollständig über Steuern finanziert, sondern sich auch bei privaten Kapitaleignern verschuldet - z.B. über Staatsanleihen, die der Staat verkauft und darauf einen Zinssatz zahlt. Die Zinsen auf diese Staatsschuld sind eine wichtige Einkommensquelle der Kapitaleigner. Die Zentralbank beeinflusst die Nachfrage für solche Staatsanleihen, da sie bei der Kreditvergabe an die Geschäftsbanken die Hinterlegung von Wertpapieren, insbesondere Staatsanleihen, als Sicherheiten verlangt. In dem Maße, in dem die Zentralbank also Staatsanleihen an sich zieht und gleichzeitig per Kredit die Banken mit Geld versorgt, fördert sie indirekt auch die weitere staatliche Kreditfinanzierung.

Darüber hinaus haben Zentralbanken häufig auch die Aufgabe der Bankenaufsicht, d.h. sie sollen kontrollieren, ob die Banken die gesetzlichen Vorgaben für ihre Geschäfte (Eigenkapitalanforderungen, Mindestreserveanforderungen etc.) einhalten. Bei Verstößen können sie in das private Bankgeschäft eingreifen, Änderungen verlangen oder die Abwicklung von insolventen Banken veranlassen. Der hierarchische Charakter des kapitalistischen Kreditsystems ist ein Spiegelbild der Klassengesellschaft: Die Zentralbank handelt in der Regel nur mit einer mehr oder minder kleinen Gruppe ausgewählter Banken. Diese vergeben dann Kredite an andere Banken, an die Unternehmen, den Staat und die Angehörigen der verschiedenen Klassen. Es ist charakteristisch für den Kapitalismus, dass die Zentralbank zwar beliebig Geld schöpfen kann, dass aber die Lohnabhängigen keinen unmittelbaren Zugang dazu haben. Die Geldschöpfung der Zentralbanken ist grundsätzlich dadurch beschränkt, dass sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln und den Zwang zur Lohnarbeit nicht in Frage stellen darf.

> Wie nehmen Zentralbanken auf Krisenprozesse in der kapitalistischen Ökonomie grundsätzlich Einfluss?

Mit ihrer Geldpolitik bestimmen die Zentralbanken die Bedingungen, zu denen sich die Banken bei ihnen mit Geld versorgen können bzw. ihre Reserven deponieren können. Sie entscheiden, wem sie Kredit geben und in welchem Umfang, sie legen die Zinssätze fest und bestimmen, welche Arten von Sicherheiten sie im Gegenzug für ihre Kredite akzeptieren. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sind die Zentralbanken mit den Widersprüchen konfrontiert, die die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnen. Die Geldpolitik der Zentralbanken ist der Versuch, mit diesen Widersprüchen umzugehen und Krisen, die aus unterschiedlichen Gründen auftreten können, wenn nicht zu vermeiden, so möglichst zu verschieben oder zu entschärfen. Ein Widerspruch liegt z.B. darin, dass Geld zugleich ausreichend verfügbar, aber auch knapp sein muss, damit die kapitalistische Reproduktion stattfinden kann. Je lockerer die Geldpolitik ist, also je mehr die Zinsen gesenkt werden, je geringer die Anforderungen an die von den Banken beizubringenden Sicherheiten sind, desto eher wird die Kapitalakkumulation angeregt. Umgekehrt kann die Zentralbank in Boomphasen, wenn die Kreditvergabe der privaten Banken stark anwächst und die Inflationsrate ansteigt, ihre Kreditvergabe einschränken und so die Kapitalakkumulation drosseln. Allerdings kann die Zentralbank die Kreditvergabe der Geschäftsbanken immer nur indirekt beeinflussen. Sie ist zwar einerseits als



staatlicher Akteur den privaten Banken übergeordnet, andererseits aber auch nur ein Akteur unter vielen in einem System privater Banken und Unternehmen. Dabei zeigt sich in den Handlungsmöglichkeiten der Zentralbank eine Asymmetrie: Es ist leichter in Boomphasen durch eine restriktive Geldpolitik die Kreditvergabe abzuwürgen, als umgekehrt durch eine lockere Geldpolitik in Zeiten der Krise

oder der Stagnation die Kreditvergabe zu fördern. Denn solange die Aussichten der Kapitalverwertung trübe sind, sind die Banken mit der Kreditvergabe zurückhaltend. Daran können auch Zinssenkungen und andere Lockerungen der Geldpolitik wenig ändern, wie

ES IST LEICHTER, IN BOOMPHASEN DURCH EINE RESTRIKTIVE GELDPOLITIK DIE KREDITVERGABE ABZUWÜRGEN, ALS UMGEKEHRT DURCH EINE LOCKERE GELDPOLITIK IN ZEITEN DER KRISE ODER DER STAGNATION DIE KREDITVERGABE ZU FÖRDERN.

nicht zuletzt die jüngste Krise wieder zeigt. Im Übrigen unterliegt die Geldpolitik der Zentralbanken der Währungskonkurrenz. Formal können Zentralbanken zwar beliebig Geld schöpfen und nicht Bankrott gehen,



aber ihr Handlungsspielraum wird dadurch beschränkt, dass das einheimische Geld zugleich eine Währung ist, die einen spezifischen Platz in der internationalen Währungshierarchie einnimmt. Bei freiem Kapitalverkehr haben geldpolitische Entscheidungen internationale Kapitalbewegungen (Kapitalzuflüsse oder -abflüsse) und entsprechende Auf- oder Abwertungen der Währung zur Folge. Je tiefer das betreffende Währungsgebiet in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung und damit in der Währungshierarchie steht, desto unfreier ist die einheimische Geldpolitik, desto mehr muss sie sich an der Geldpolitik anderer Zentralbanken orientieren, die über stärkere Währungen verfügen. Ansonsten drohen z.B. Kapitalabflüsse und eine steigende internationale Schuldenlast oder umgekehrt Währungsaufwertungen und ein Verlust der Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Industrie.

> Was ist die Besonderheit der EZB gegenüber anderen Zentralbanken? Was meint die Rede von "Austerität als Projekt" bezogen auf die Währungsunion?

Neoliberale Prinzipien sind im Statut der EZB festgeschrieben: Erstens soll sie von politischer Einflussnahme "unabhängig" sein – was schlicht bedeutet, dass die strukturelle Privilegierung der Kapitalinteressen in diesem Staatsapparat gegen demokratische Einflüsse, gegen die Interessen der beherrschten Klassen abgedichtet wird. [Dies vllt. etwas umformuliert: Die Privilegierung der Kapitalinteressen gegen demokratische Einflüsse, gegen die Interessen der beherrschten Klassen, wurde mit dem EZB-Statut abgedichtet.] Zweitens ist die Sicherung der Geldwertstabilität das oberste Ziel der Geldpolitik der EZB. Sie kann andere wirtschaftspolitische Ziele nur nachgeordnet verfolgen und nur insoweit sie dem Ziel der

DIE PRIVILEGIERUNG DER

KAPITALINTERESSEN GEGEN

DEMOKRATISCHE EINFLÜSSE.

GEGEN DIE INTERESSEN DER

WURDE MIT DEM EZB-STATUT

BEHERRSCHTEN KLASSEN,

ABGEDICHTET.

Sicherung der Geldwertstabilität nicht widersprechen. Drittens darf die EZB nicht die Staatshaushalte der Eurozone finanzieren. Selbst ob sie am Sekundärmarkt, das ist der Markt für früher bereits ausgegebene Staatsanleihen, Anleihen aufkaufen darf, ist umstritten. Andere bedeutende Zentralbanken wie die US-amerikanische Federal

Reserve oder die Bank of England sind in dieser Hinsicht wesentlich flexibler und haben größere Handlungsmöglichkeiten. Die Rigidität der EZB-Verfassung ist vor allem dem Einfluss des deutschen Kapitals, der Bundesbank und der Bundesregierung bei der Formierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion geschuldet. Die Regulationsweise des Kapitalismus in der BRD, die von einem spezifischen Amalgam der Interessen des monopolistischen, exportorientierten Industriekapitals und des Bankkapitals beherrscht wurde, wurde praktisch auf die europäische Ebene übertragen. In der Verfassung der Europäischen Wirtschaftsund Währungsunion wurde nicht nur eine in der Tendenz restriktive Geldpolitik, sondern auch eine restriktive Fiskalpolitik festgeschrieben. Insofern ist die Austeritätspolitik der EU in der jüngsten Krise nichts grundlegend Neues; vielmehr wurde die bisherige Politik mit der Neuregelung der "Economic Governance", mit dem Euro-Plus-Pakt, dem Fiskalpakt etc. nur noch einmal erheblich verschärft. Der Titel "Austerität als Projekt", den Ingo Stützle seiner marxistischen Studie über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion gegeben hat, charakterisiert diese daher sehr treffend.

Was ist die Rolle der EZB in der gegenwärtigen Krise?

Die Politik der EZB in der Krise seit 2007 war sehr widersprüchlich. Einerseits hat sie durch eine Lockerung der Geldpolitik versucht, die Krise zu entschärfen. Schon zu Beginn der Krise im Jahr 2007 haben die wichtigsten Zentralbanken ihre Geldpolitik koordiniert und als lender of last resort für die strauchelnden Banken agiert. Allerdings hat die EZB unter dem Druck der deutschen Bundesbank im Gegensatz zur Federal Reserve bereits 2011 die Zinsen erhöht - in der irrigen Annahme, die Krise sei vorbei. Dabei spitzte sich die Krise gerade in der Eurozone zu. Kurz darauf musste die EZB die Zinserhöhungen wieder zurücknehmen. Mit der Ankündigung der EZB im Sommer 2012, notfalls unbegrenzt die Staatsanleihen kriselnder Länder in der Eurozone aufzukaufen, hat die EZB dann wesentlich zur

Beruhigung der Kapitalanleger und zur politischen Stabilisierung im Interesse des Kapitals beigetragen. Allerdings wäre es falsch, zu glauben, dass die EZB nun unter Draghi einen keynesianischen [v.a. die Nachfrage stützenden, d. Red.] Kurs verfolgen würde. Zwar hat sich die EZB unter dem Druck der Krise flexibler gezeigt und

dabei auch nicht gezögert, über die Grenzen ihres Mandats hinauszugehen, aber selbst der Aufkauf von Staatsanleihen am Sekundärmarkt wurde noch sehr restriktiv gehandhabt und vor allem unmittelbar mit der Austeritätspolitik, mit den Strukturanpassungsprogrammen der Troika von Europäischer Kommission, EZB

und IWF in den Krisenländern gekoppelt. Insofern kann von einem wirklichen Politikwechsel nicht die Rede sein. Die Strukturanpassungsprogramme, die die Troika mit den Regierungen Griechenlands, Portugals, Irlands und Zyperns ausgehandelt hat, sind brutale Angriffe auf die beherrschten Klassen. Sie gehen weit über eine bloße Haushaltskonsolidierung hinaus. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu den Kapitaleignern wurde damit weiter vorangetrieben; das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, der öffentliche Dienst, die Tarifverhandlungssysteme wurden regelrecht zerstört, die Privatisierung öffentlicher Betriebe und öffentlicher Güter wurde weiter beschleunigt. Die Krisenpolitik der EZB, der Europäischen Kommission und der EU-Regierungen hat im wahrsten Sinne des Wortes mörderische Konsequenzen.

> Warum profitiert Deutschland eigentlich so stark vom Euro? Und wie würdest Du das Agieren Deutschlands in der Eurokrise interpretieren?

Ich würde nicht sagen, dass "Deutschland" vom Euro profitiert. Das deutsche Kapital profitiert, aber die Lohnabhängigen in Deutschland zahlen auch einen hohen Preis für die kapitalistische Produktions- und Lebensweise. Bei dem erreichten Stand der Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Reichtums wäre für die große Mehrheit ein besseres Leben denkbar, mit weniger Stress, kürzerer Arbeitszeit, mehr sozialer Sicherheit, mehr Bildung, größerem kulturellem Reichtum. Außerdem sollte man die Bedeutung des Währungsregimes nicht überbewerten. Das ist nur ein Element neben anderen, das die Position des deutschen Kapitals in der Weltmarktkonkurrenz und in der EU beeinflusst. Zunächst ist festzustellen, dass Deutschland seit langem zusammen mit einigen wenigen anderen Ländern einen Spitzenplatz in der internationalen Arbeitsteilung einnimmt. Deutschland verfügt über eine außerordentlich breit gefächerte Industriestruktur und das deutsche Kapital hat in einer ganzen Reihe von Branchen, in denen komplexe Waren hergestellt werden, nur sehr wenige Konkurrenten. Schlüsselindustrien sind hier vor allem der Maschinen- und Anlagenbau, die Automobilindustrie, die Chemische Industrie und die Elektroindustrie. Für die Konkurrenzfähigkeit dieser Industrien waren und sind ständige Produktinnovationen, eine hohe Qualität der Produkte und Produktivitätssteigerungen meines Erachtens wichtiger als das Währungsregime. So hat Deutschland auch zu Zeiten des Europäischen Währungssystems in den 1980er Jahren, als die D-Mark von Zeit zu Zeit aufgewertet wurde und die Währungen konkurrierender Standorte abgewertet wurden, Exportüberschüsse erzielt. Durch die Öffnung

Osteuropas und die Transformation in China haben sich dann für das deutsche Kapital ganz neue Handlungsspielräume ergeben. Produktionsverlagerungen oder deren bloße Androhung haben seit den 1990er Jahren erheblich zur Disziplinierung der Lohnabhängigen in Deutschland beigetragen. Die deutschen Gewerkschaf-

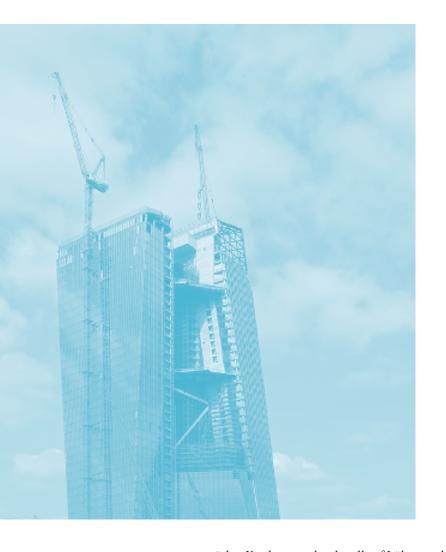
ten, die seit langem zu sozialpartnerschaftlichen Kompromissen mit den Kapitalisten und zur Unterordnung unter die Zwänge der Weltmarktkonkurrenz neigen, haben in den letzten Jahrzehnten vielfältige Zugeständnisse gemacht, die zu Kostensenkungen für das Kapital geführt

ICH WÜRDE NICHT SAGEN, DASS "DEUTSCHLAND" VOM EURO PROFITIERT. DAS DEUTSCHE KAPITAL PROFITIERT, ABER DIE LOHNABHÄNGIGEN IN DEUTSCHLAND ZAHLEN AUCH EINEN HOHEN PREIS FÜR DIE KAPITALISTISCHE PRODUKTIONS- UND LEBENSWEISE.

haben. Die Maschinenlaufzeiten wurden verlängert, die Arbeitszeiten flexibilisiert und teilweise auch verlängert, die Löhne gesenkt. Die Konkurrenzvorteile des deutschen Kapitals wurden dann noch durch die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Schröder (die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze) und die gezielte Schaffung eines Niedriglohnsektors verstärkt.

Aber wie wirkt denn das Währungsregime auf diese Verwertungsbedingungen zurück?

Die Existenz einer gemeinsamen Währung erklärt an sich nicht die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Löhne, der Arbeitsbedingungen und der Konkurrenzfähigkeit in den Ländern der Währungsunion. Das jeweilige Währungsregime verstärkt oder dämpft nur die Faktoren, die sich auf die Konkurrenzbedingungen auswirken. So würde in einem System flexibler Wechselkurse die Währung des Landes, das ein stärkeres Wachstum der Arbeitsproduktivität und wachsende Leistungsbilanzüberschüsse aufweist, normalerweise aufwerten, und die Währungen der Länder, deren Produzenten weniger konkurrenzfähig sind, abwerten. In einer Währungsunion ist dies ausgeschlossen. Die Möglichkeit, die in den 1980er Jahren innerhalb des Europäischen Währungssystems noch bestand, die ungleiche Entwicklung innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch die gelegentliche Neufestsetzung der Wechselkurse ein Stück weit auszugleichen, existiert nun nicht mehr. Insofern verstärkt die Währungsunion sicherlich die ohnehin ungleiche Entwicklung. Und da es zwar eine gemeinsame Geldpolitik, aber keine gemeinsame Fiskal-, Lohn- und Industriepolitik gibt, die die ungleiche Entwicklung ausgleichen könnte, schlägt der



verstärkte Konkurrenzdruck voll auf Löhne und Arbeitsbedingungen durch. Aber genau dieser Modus der europäischen Integration war bisher funktional für das Kapital, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen EU-Ländern. Denn dadurch wurden die Lohnabhängigen nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen EU-Ländern diszipliniert, und mit dem Argument der mangelnden Konkurrenzfähigkeit konnten immer wieder Zugeständnisse bei Löhnen und Arbeitsbedingungen erzwungen werden. Die Programme der Troika oktroyieren in Griechenland, Portugal, Irland oder Zypern im Prinzip nichts anderes, als was die Bundesregierung mit der Agenda 2010 vorexerziert hat. Und ohne die Zustimmung der dominierenden Kapitalfraktionen in den Ländern der europäischen "Peripherie" wären diese Maßnahmen niemals durchgesetzt worden. Es ist ja vielmehr so, dass die Troika gerade die Forderungen aufgegriffen hat, die seit Jahren auf der Agenda der Kapitalisten in Griechenland etc. standen, aber vor der Krise nicht durchsetzbar waren. Ungeachtet der imperialistischen Strukturen in der EU und

im Weltsystem: Entscheidend sind immer die inneren Kräfteverhältnisse in den jeweiligen Ländern. Die Konflikte, mit denen wir es in der EU zu tun haben, sind nicht primär Konflikte zwischen Ländern, sondern Klassenkonflikte. Die Politik der Bundesregierung entspricht nicht nur den Interessen der deutschen Kapitalisten, sondern bis zu einem gewissen Grade den Interessen der Kapitalisten in der ganzen EU. Das mag paradox erscheinen, weil die Austeritätspolitik ja eine Reihe von Ländern erneut in die Rezession treibt und deren Binnenmärkte zerstört. Aber es zeigt, dass in der EU insgesamt die weltmarktorientierten Kapitalfraktionen dominieren, die vor allem ihre Konkurrenten in China, Japan und den USA im Auge haben und deren "betriebswirtschaftliches" Interesse an einer fortgesetzten Kostensenkung stärker ist als das "volkswirtschaftliche" Interesse an der zahlungsfähigen Nachfrage im Binnenmarkt. Das mag irrational erscheinen, aber derartige Widersprüche sind eben normal für die kapitalistische Produktionsweise.

Wird der Euro die Krise überstehen? Was sind die Alternativen? Was wären deren Konsequenzen?

Das ist schwer vorauszusehen und hängt vor allem von der weiteren Entwicklung der Klassenkämpfe in der EU ab. Längerfristig kann die Wirtschafts- und Währungsunion aufgrund der inneren Widersprüche, die die jüngste Krise offenbart hat, meines Erachtens nicht in der gegenwärtigen Form bestehen bleiben. Wegen dieser Widersprüche gibt es keinen stabilen Zustand, sondern die Notwendigkeit weiterer Veränderungen. Und tatsächlich ist ja die Wirtschafts- und Währungsunion heute nicht mehr dieselbe wie vor der Krise, sondern hat sich durch zahlreiche neue Maßnahmen und Regelungen weiterentwickelt. Aber diese Neuregelungen haben die grundlegenden Widersprüche nicht beseitigt. In welche Richtung weitere Veränderungen gehen werden, ist offen. Im Prinzip sind zwei Richtungen denkbar: Die weitere Vertiefung der europäischen Integration, d.h. die Weiterentwicklung zu einer Fiskalunion, oder aber eine selektive Rücknahme der Integration, wozu an erster Stelle der Zerfall der Währungsunion gehören würde. Innerhalb der herrschenden Klassen gibt es Kräfte, die in unterschiedliche Richtungen drängen. Die dominierenden Kräfte innerhalb des Machtblocks der EU, zu denen in Deutschland beispielsweise der Bundesverband der Deutschen Industrie zählt, streben eher in Richtung einer Vertiefung der Integration. Es gibt aber auch Kräfte wie den Verband der Familienunternehmer, die auf eine Auflösung der Eurozone setzen. Wie die Kämpfe zwischen den verschiedenen Frakti-

onen innerhalb des Kapitals ausgehen, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sich der Widerstand der beherrschten Klassen gegen die herrschende Politik entwickeln wird und in welche Richtung er weisen wird. Innerhalb der Linken besteht ja selbst keine Einigkeit in der Haltung zur weiteren Entwicklung der EU. Offen ist auch, ob die Interessen dieser subalternen Klassen in der EU eher von linken Parteien oder von rechten Parteien artikuliert werden können. Im Moment lässt sich nur feststellen, dass es Tendenzen in beide Richtungen, also eine stärkere politische Polarisierung gibt. Ein Ausscheiden eines Landes aus der Währungsunion wäre ein "Sündenfall", der eine Kettenreaktion auslösen könnte. Denn das Vertrauen in die Haltbarkeit der Währungsunion wäre dann zerstört; die Spekulation über weitere Austritte würde sofort entflammen. Der "Grexit", also das Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion wäre ja auch keine Lösung für die grundlegenden Widersprüche - weder in Griechenland noch im Rest der Eurozone. Die neue griechische Währung würde stark abgewertet werden. Dies würde bedeuten, dass die in Griechenland aufgewendete Arbeit auf dem Weltmarkt weniger zählen würde. Die griechischen Waren würden relativ zu denen anderer Länder billiger werden, d.h. die griechischen Exporte würden gefördert werden, aber zugleich würden die Importe teurer werden. Angesichts der schwachen Industriestruktur Griechenlands und der geringen Zahl der international konkurrenzfähigen Branchen wäre keine Verbesserung der griechischen Zahlungsbilanz zu erwarten. Außerdem würde das Gewicht der internationalen (privaten und öffentlichen) Verschuldung Griechenlands noch wachsen, denn die Schulden sind ja vorwiegend in Euro oder in Dollar denominiert. Es müsste noch mehr Arbeit in Griechenland aufgewendet werden, um den Schuldendienst zu gewährleisten. Aber diese Schulden sind ja schon jetzt nicht bezahlbar; ein weiterer Schuldenschnitt ist ohnehin notwendig. Das Ausscheiden aus der Währungsunion würde auch den politischen Spielraum der Akteure in Griechenland nicht unbedingt erhöhen. Denn die Position Griechenlands in der internationalen Arbeitsteilung würde sich dadurch nicht verbessern; vielmehr würden eher die Möglichkeiten, die anderen Regierungen der Eurozone zu Zugeständnissen zu zwingen, geringer werden. Selbst eine linke Regierung hätte wenig Handlungsspielraum, wenn es nicht zu einem neuen Aufschwung der sozialen Bewegungen käme. Letzteres wäre aber genau meine Hoffnung: Falls es in Griechenland zur Bildung einer Regierung unter der Führung von SYRIZA kommt und diese Regierung in der Lage ist, ein Programm von Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Mehrheit der Bevölkerung umzusetzen, dann könnte

dies die Lohnabhängigen in Griechenland ermutigen, für weitergehende Veränderungen zu kämpfen, weil klar werden würde, dass progressive Veränderungen tatsächlich möglich sind. Genau so war es unter der Regierung der Unidad Popular in Chile Anfang der 1970er Jahre. Griechenland hätte dann allerdings auch

ähnlich wie Chile damals mit der geballten Gegenoffensive der kapitalistischen und imperialistischen Kräfte in jeder Form zu rechnen. Unter solchen Bedingungen könnte es tatsächlich notwendig werden, die Währungsunion zu verlassen – aber nicht vorher, nicht ohne einen breit

DIE KONFLIKTE, MIT DENEN WIR ES IN DER EU ZU TUN HABEN, SIND NICHT PRIMÄR KONFLIKTE ZWISCHEN LÄNDERN, SONDERN KLASSENKONFLIKTE.

getragenen Kampf für die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. Meine Hoffnung wäre jedoch, dass ein solcher Politikwechsel in Griechenland (oder in einem anderen EU-Land) die Verhältnisse in der EU insgesamt zum Tanzen bringt.

Die Fragen stellte Phillip Metzger.



Vaterlandsverrat? Avec plaisir!

ANTIFA AK KÖLN

Zu den Einheitsfeierlichkeiten in Hannover am 3.10.2014 stellt der "Antifa AK Köln" dar, warum dieses Fest kein ungefährliches und entkrampftes Zusammensein netter Mitbürger*innen ist, sondern als Teil ideologischer Formsetzung des deutschen Staates betrachtet werden muss und weswegen es notwendig war, dass es linksradikale Proteste dagegen gab. Dieser Text ist vor dem 3. Oktober 2014 entstanden und soll hier als Diskussionsanregung über die Strategie linksradikaler und kommunistischer Politik dienen.

Wie zu erwarten, waren die bundesdeutschen Einheitsfeierlichkeiten - welche dieses Jahr in Hannover abgehalten wurden – ein Potpourri aus Gottesdiensten, Schaulaufen der Bundesländer, lokaler Brauchtumspflege, Auftritten staatlicher Repräsentant*innen, Konzerten, Fressmeilen und Propagandaständen von (Bundes-) polizei, Verfassungsschutz und Bundeswehr. Dieses altbewährte "Konzept" brachte dieses Jahr ca. 100.000 Menschen auf das Deutschlandfest. Nicht nur an Infostand sowie Polizeishows interessierte Familien, nach drinks & local food gierenden Biergartenfans, Merkel feiernden Alt- & Jung Christdemokrat*innen und von halbwegs populären Musik-Acts angezogenen Schüler*innen und Studierenden, waren auch so ziemlich alle vertreten, die sich nicht zu schade sind, unter Mottos à la "Friede, Freude, Einheit" an dieser deutschnationalen Selbstbeweihräucherung teilzunehmen.

Der 3. Oktober bietet sich für solch einen Unsinn an, da an diesem Datum vor 24 Jahren eben nur ein paar Papiere unterzeichnet wurden; ganz anders als der 09. November, an dem zwar die deutsch-deutsche Grenze geöffnet wurde, allerdings 1938 ebenfalls die Novemberpogrome begannen. Es ist fraglich, ob die Wahl des Feiertags aus Rücksicht auf das Gedenken an die antisemitischen Plünderungen und Morde getroffen wurde, oder vielmehr, um einen Feiertag zu ermöglichen, an dem Deutschland "unverkrampft" gefeiert werden kann, ohne zwingende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Nützlich ist diese Entscheidung für die modernen Einheitsfeierlichkeiten aber allemal. Der Konflikt zwischen positiven Bezug auf deutsche Geschichte anlässlich des Mauerfalls und dem zu verdrängen versuchten Gedenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, findet am 9. November parallel zur sauberen Inszenierung der deutschen Nation am 3. Oktober statt.

New German History Order – Gaucks Geschichtsrevisionismus und die Lüge von der falschen Freiheit

Joachim Gauck wurde 2012 mit der statistischen Unterstützung von 80% der Bevölkerung und den Stimmen von Gewerkschaften und Parteien zum neuen Bundespräsidenten bestimmt. Als sehr aktiver Repräsentant deutscher Staatlichkeit ist Gauck in Hinblick auf seine Vergangenheit und Aktivitäten vor der Ernennung von einer gewissen Bedeutung für die Entwicklungen der Beziehung der Deutschen zu ihrer Nation. Während der Großteil der politischen und medialen Akteur*innen den DDR-Bürgerrechtler feierte, gab es vereinzelte, auch internationale Kritik. So warnte der Vorsitzende des Simon Wiesenthal Centers vor dem ideologischen Hintergrund mit dem Joachim Gauck sein Amt vertreten werde. Mit seiner Unterzeichnung des Prager Erklärung [1] sowie mehreren Aussagen zur angeblichen Überhöhung der Bedeutung des Holocaust und zum angeblichen Unrecht der Oder-Neiße Grenze [2] war abzusehen, wie Gauck als selbsternannter Oberlehrer das Geschichtsbild Deutschlands zu retuschieren versuchen würde. Wie zu erwarten, konnten die Boulevardzeitungen kurz nach seiner Ernennung groß titeln "Ja wir dürfen wieder", visuell schwarz-rot-gold unterlegt.

Joachim Gaucks ideologische Fixierung auf die Erzählung von den zwei deutschen Diktaturen (also die Gleichstellung vom Nationalsozialismus mit der DDR), die Einheitsfeierlichkeiten und der vermeintlich niedrigschwellige Partynationalismus der Männer-Fußball WM, sind in Kombination mit dem immer näher

kommendem Tod der letzten NS Täter*innen (und damit auch den Zeitzeug*innen ihrer Verbrechen) eine unkalkulierbare Gefahr. Während die letzten Menschen an denen der deutsche Nationalsozialismus noch personifizierbar ist, langsam aber sicher sterben und Israel als letzte materielle Konsequenz der deutschen Verbrechen immer mehr zur Projektionsfläche von deutschem Geschichtsrevisionismus wird, erlebt der deutsche Nationalismus, nach dem aufflammen deutschnationaler Angriffe, Morde und Pogrome in den 90ern, eine Wiederbelebung in nahezu allen Schichten und Milieus.

So lässt sich auch am aktuellen deutschen Krisenmanagement die Tauglichkeit dieser Faktoren zur nationalen Mobilisierung messen. In nationalistisch chauvinistischer Manier erklärte der deutsche Mainstream die Krise mittels rassistischer Zuschreibungen als Problem der am härtesten von ihr getroffenen Staaten und ihrer Menschen. Unterstützt von einer Hetze gegen Migrant*innen aus Süd- und Osteuropa konstituiert sich eine Stimmung, die einerseits die Abschottung der europäischen Innen- und Außengrenzen befördert und anderseits die Bestrebungen nach deutscher Dominanz in der EU untermauert.

Die Einheitsfeierlichkeiten finden also nicht trotz, sondern wegen der deutschen Geschichte statt und sind fester Bestandteil der Nationalen Mobilisierung. Zudem wird durch Gauck und die Inszenierung des Zerfalls des Realsozialismus, ein Freiheitsbegriff propagiert, welcher nichts mit den real existierenden Verhältnissen rassistischer, staatlicher, nationaler, patriarchaler und kapitalistischer Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft zu tun hat, sondern die Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland als Parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft ideologisch mit dem Begriff der Freiheit zu verknüpfen versucht.

So wird letztlich nicht nur Deutschland gefeiert, was schon aus Geschichtsbewusstsein und gesundem Antinationalismus verurteilt werden sollte, sondern auch die Herrschaft dieser falschen Freiheit in Szene gesetzt und gegen antikapitalistische Proteste in Stellung gebracht. Dies sollte uns also nicht nur als Antinationalist*innen, sondern gerade als Kommunist*innen auf den Plan rufen, um der Forderung nach einer wirklich freien Gesellschaft freier Individuen Ausdruck zu verleihen.

Antinationalismus zum Vaterlandsverrat zuspitzen

Dass die Ereignisse rund um den 3. Oktober im Kontext der großen deutschen Erzählung zu



..JA WIR DÜRFEN WIEDER"

sehen sind, ist somit klar, doch angesichts des Grades an nationaler Stimmung, in der schon der SPD für eine Gegnerschaft des Fiskalpakt und Freundschaft mit dem französischen Sozialisten Hollande Vaterlandsverrat [3] vorgeworfen wird, stellen wir uns die Frage: Was tun?

Mit den Protesten gegen die Feierlichkeiten, gerade wenn sie Kommunist*innen organisiert werden, lässt sich die widerliche Mobilisierung Deutschlands gegen die Verlierer*innen der Krise sicher nicht aufheben. Wo besteht also der Sinn darin, sich genau diese Tage auszusuchen, um sich den schwarz-rot-geilen Massen und staatlicher Repression entgegenzustellen?

Warum genau an dem Tag gegen Deutschland demonstrieren, an dem die meisten Bürger*innen ähnlich gewillt sein sollten sich mit solchen Anliegen auseinanderzusetzen, wie sie es während der Männer Fußball WM waren?

Ganz einfach: Der 3.Oktober bietet die Chance auf eine antinationale Mobilisierung. Möglichkeit ist vorerst selbstverständlich nicht die kommunistische Revolution gegen Deutschland, sondern Vorbehalte und Kritik an

Deutschland, die es unter politisierten Jugendlichen, links-alternativen Gruppen, JuSos, Grünen etc. bereits gibt, zu radikalisieren. Die Beteiligung von Bundeswehr und staatlichen Behörden an den Feierlichkeiten bietet genug Ansatzpunkte für eine Kritik an dem, was die staatliche Organisierung von Gesellschaft

IN CHAUVINISTISCHER MANIER
ERKLÄRTE DER DEUTSCHE
MAINSTREAM DIE KRISE
MITTELS RASSISTISCHER ZUSCHREIBUNGEN ALS PROBLEM
DER (AM HÄRTESTEN VON IHR
GETROFFENEN) STAATEN UND
IHRER MENSCHEN

WAS IHR FEIERT: ARMUT AUSGRENZUNG LEISTUNGSZWANG konkret bedeutet. Auch kann man genau hier eine grundlegende Gesellschaftskritik und Verweise auf die deutsche Vergangenheit setzen, und ihre aktuelle Neuschreibung problematisieren. Ziel einer solchen antinationalen Mobilisierung muss sein, die deutsche Staatlichkeit, ihre Feierlichkeiten und deutsch-positive Positionen, als bewusste politische Entscheidung zu markieren und zu kritisieren. Staatstragende, nationalismuskritische und deutschtümliche Haltungen in linken Millieus, Szenen und Bewegungen sollten im antinationalen und antiautoritären Sinne zum offenen Vaterlandsverrat zugespitzt werden. Wenn der deutsche Staat ein nationalistisches Event organisiert, welches nicht nur begeisterte Staatsbürger*innen bedient, sondern gerade auch Jugendliche anlockt, kann ein antinationaler Protest mit Eventcharakter ein Gegenangebot schaffen, welches Menschen, die noch keine gefestigte Kritik am deutschen

Staat haben, in ihrem Unwohlsein abholt. Gleichzeitig können Linke und "Szeneneulinge" damit konfrontiert werden, dass es eben nicht genügt, irgendwie gegen Nationalismus zu sein, sondern der Einheitsfeierlichkeit und ihren Akteur*innen mit ihrem Extremismusgeschwafel, ihrer bierseeligen Gemeinschaft, Blaulichtmeile und Bundeswehrpropaganda, also dem, was Deutschland ausmacht, seiner Verfasstheit und seiner nationalsozialistischen Vergangenheit unversöhnlich gegenüberzustehen.

Zudem ist der Protest gegen das Deutschlandfest nicht weniger als die Pflicht einer ernstgemeinten, internationalen Solidarität. Überall, wo Merkel einen Staatsbesuch tätigt, werden höchs-

te Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um eine der eifrigsten Anheizerinnen der "Austerity Policy" in Europa hermetisch vor Demonstrant*innen abzuriegeln. Diese greifen zwar mitunter zur stumpfesten aller Arten

DIE EINHEITSFEIERLICHKEITEN FINDEN ALSO NICHT TROTZ, SONDERN WEGEN DER DEUTSCHEN GESCHICHTE STATT.

der Denunziation und inszenieren Merkel als neuen Hitler bzw. als Nazi-Führerin – ohne Zweifel ist diese Symbolik unangebracht – dennoch bringen sie eins auf den Punkt: Deutschland geht wie mit der Axt im europäischen Walde vor, um seine Nachbarstaaten und Exportabnehmer innenpolitische auf ähnliche politisch-ökonomische Standards wie Hart IV, Lohndrückerei und Spätrente zu trimmen. Dass diese Maßnahmen rein pragmatisch sind, weil Deutschland nur durch Europa hoch hinaus auf dem Weltmarkt kann, ist keine linksradikale Verschwörungstheorie, sondern regelmäßiger Bestandteil der Reden deutscher Politiker*innen zur Europapolitik. Aus der Perspektive dieses konkreten Sachverhalts betrachtet, handelt es sich bei den Deutschlandfeierlichkeiten um den Ausdruck einer besonderen Perfidität und Selbstbeweihräucherung einer Nation und seiner Regierung, die in Europa derzeit zurecht den Hass in sozialen Proteste schürt.

Eine solche Haltung ist die Grundlage einer Bewegung, die eben nicht Nationalismus als politisches Extrem begreift und ein irgendwie linkeres oder sozialeres Deutschland fordert, sondern harsche Kritik an Deutschland, mit transnationaler Solidarität, ohne Rücksicht auf deutsche Standortinteressen, zu einer kommunistischen Praxis verbindet, damit der nächste von "deutschen" Bewegung ausgehende Versuch den Kapitalismus zu überwinden, sich nicht in Staatsozialismus oder mörderischer Volksgemeinschaft ausdrückt.

Anmerkungen

[1] Die Prager Erklärung wurde am 3. Juni 2008 veröffentlicht und von 27 – hauptsächlich osteuropäischen – Politiker*innen, Intellektuellen und antikommunistischen Aktivist*innen mit dem Ziel der Etablierung eines Gedenktages, Gedenkortes und einheitlicher Schulbücher vor dem Hintergrund der Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Sowjetherrschaft unterzeichnet.

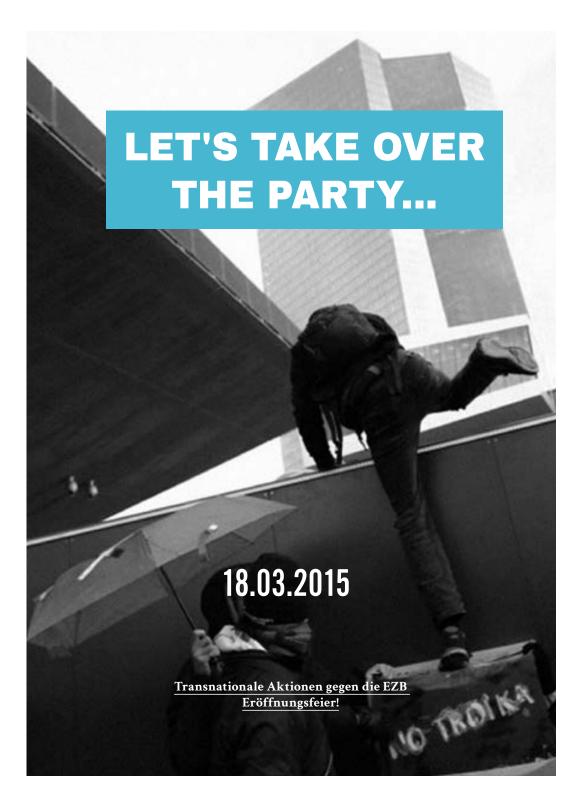
[2] 1998 äußert er sich unklar über die Oder-Neiße-Grenze: Sie sei ein »Unrecht« an Einheimischen und Vertriebenen. So erfährt Gauck nun Lob durch rechte Kreise. Die »Junge Freiheit« etwa freut sich: »Wir werden mit ihm positive Überraschungen erleben.« http://www.juedische-allgemeine. de/article/print/id/12398

[3] Am 8.5.2012 erschien in der Welt ein Kommentar mit dem Titel "Hollande-Ruck der SPD grenzt an Vaterlandsverrat" http://www.welt.de/debatte/kommentare/article106274202/Hollande-Ruck-der-SPD-grenzt-an-Vaterlandsverrat.html





Bald ist schon März und somit rückt ein Termin näher, bei dem es ums Ganze geht. Es geht beim Frauen*kampftag um nichts Geringeres, als um das schöne Leben für alle. Da wir davon leider noch weit entfernt sind, steht fest: So wie es jetzt ist, darf es nicht bleiben! Wie können wir gesellschaftliche Care- und Reproduktionsarbeit für und in einer befreiten Gesellschaft ohne Sexismus und Unterdrückung organisieren? Wie sieht eine feministische politische Praxis aus und wie können wir uns im Alltag gegen patriarchale und sexistische Herrschaftsstrukturen am besten wehren? Augen auf und nicht locker lassen. Reclaim Feminism! Kommt zum internationalen Frauen*kampftag am 8.März 2015, in Berlin und anderswo.



Tag X steht fest. Am 18. März 2015 will die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main ihr neues Hauptquartier eröffnen. An diesem Tag bekommt die europäische Krisenpolitik ein Wahrzeichen, wenn in Frankfurt am Main der neue Hauptsitz der EZB feierlich eröffnet wird. Bei einem großen Festakt werden sich Regierungsvertreter_innen aus ganz Europa zu ihren bisherigen Krisenlösungen gratulieren und sich auf die nächste Runde einstimmen. Wir werden aus ganz Europa anreisen, um diese Party aufzumischen. Denn die Regierungen Europas betreiben mit der EZB eine rigide Austeritätspolitik, die als Umstrukturierungsprogramm zugunsten der jeweiligen nationalen Eliten dient und die für soziale Verwüstungen in vielen europäischen Ländern verantwortlich ist. Die EZB ist damit Symbol und Akteur gegenwärtiger kapitalistischer Herrschaft in Europa. Kommt alle mit nach Frankfurt!

Über den Tellerrand



Unsichtbarer Käfig

Über Antiziganismus und Krise in Tschechien.

INICIATIVA NE RASISMU!

Die Gruppe "Iniciativa Ne Rasismu!" beschreibt den Antiziganismus in Tschechien als konsensfähige Krisenideologie, die aus der spannungsgeladenen Tradition von Realsozialismus und Neoliberalismus entwachsen sei und sieht die Strategien der auf den Kampf gegen Nazis eingeprobten Antifa als anachronistisch angesichts des breiten gesellschaftlichen Rückhaltes der Proteste gegen Roma.

Herbst 2011. In verschiedenen nordböhmischen Städten gehen tausende erzürnter Menschen auf die Straßen. Die Demonstrationen wiederholen sich Wochenende für Wochenende und es kommt zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, die Proteste weiten sich auf weitere Städte in Böhmen und Mähren aus. Genau wie

in anderen europäischen Ländern zur gleichen Zeit, ist einer der entscheidenden Gründe für die Proteste das rasant abfallende Lebensniveau breiter Schichten, verursacht durch die letzte Krise des "besten aller möglichen Wirtschaftssysteme" und vielleicht noch mehr das Ergebnis der neoliberalen Reformen, mit welchen die letzten Regierungen versucht haben, die Krise in den Griff zu bekommen. Etwas Wichtiges unterscheidet die Proteste aber von den Protesten in anderen europäischen Ländern. Das

Ziel der Wut der Demonstranten sind weder

die Politiker, die die Kürzungen im sozialen

Bereich vorgenommen haben, noch die Besitzer der frisch geschlossenenen Fabriken und Unternehmen, in welchen die Demonstranten bis vor Kurzem noch arbeiteten, sondern die Bevölkerungsgruppe, die schon lange oftmals weit unter der Armutsgrenze lebt - die Roma. Auf den Kundgebungen sind Slogans zu hören wie "Zigeuner zur Arbeit", aber auch "Zigeuner ins Gas". Auf vielen der Proteste herrscht eine buchstäbliche Pogromatmosphäre, zum Beispiel wenn die Demonstranten versuchen durch die Polizeireihen zu den Plätzen mit einem hohen Anteil an Romafamilien zu gelangen oder zu deren Wohnunterkünften, dem letzten Ort für Roma und andere in Armut lebende Menschen, bevor sie auf die Straße geworfen werden. Für die tschechische antifaschistische Szene, die sich hauptsächlich auf die größeren und reicheren Städte konzentriert, kamen die Proteste aus heiterem Himmel. Im Gegensatz zu den Demonstrationen organisierter Neonazis, mit denen sie gewöhnlicherweise zu tun hatte, gab es gegen diese neue Form des Protests keinerlei funktionierendes Konzept.

Historischer Exkurs

Die Proteste kamen natürlich nicht aus dem Nichts. Um sie zu verstehen, müssen wir zurück in die Geschichte schauen. Die Unterdrückung der Roma auf dem Gebiet des heutigen Tschechiens ist viel älter als der tschechische Nationalstaat und reicht zurück in die Zeiten der Habsburger Monarchie. Worüber man in der tschechischen Gesellschaft fast nicht spricht, sind die rassistischen Gesetze und die Verfolgung der Roma während der von Liberalkonservativen idealisierten Ersten Republik (1918-1838). Die rassistischen Tendenzen steigerten sich in der faschistischen Zweiten Republik (1938-1939), als neben den Roma auch Juden, Linke und andere als öffentliche Feinde galten. Während des Krieges reichte es den tschechischen Faschisten nicht, sich "nur" an der Shoah zu beteiligen. In einem Lager

in Hodonín unweit von Brünn wurden Roma gefangen gehalten, zu Sklavenarbeit gezwungen und in das Vernichtungslager Ausschwitz deportiert. Von den Roma, die vor dem Krieg auf dem Gebiet Böhmens und Mährens lebten, hat fast niemand den Krieg überlebt. Diese Ereignisse spielen im der tschechischen Öffentlichkeit keine Rolle und ohne die Arbeit ausländischer

Historiker über den Holocaust an den Roma in den frühen neunziger Jahren, wäre bis heute zu dem Thema vermutlich nichts passiert. Trotz aller Versuche zur Errichtung eines würdiges Ehrendenkmals für die Opfer des Genozides

steht auf dem Platz des Lagers von Lety seit den siebziger Jahren eine Schweinemastanlage. Nach dem Krieg gab es Druck von Seiten der tschechischen Nationalisten, einen ethnisch homogenen Staat zu erschaffen (bis dahin waren Staatsgebilde auf diesem Gebiet immer multiethnisch gewesen). Aus den Grenzgebieten wurden Hunderttausende Deutsche vertrieben (auch die, die ein paar Wochen zuvor erst aus Konzentrationslagern entlassen wurden), Ungarn, Polen und weitere. In den industrialisierten Grenzgebieten gab es daraufhin in den nächsten Jahren nicht genügend Arbeitskräfte. So versuchte der Staat diese mit Roma aus dem Osten, vor allem aus der Slowakei zu füllen. Roma wurden als ungelernte Arbeitskräfte in der Industrie eingesetzt. Das staatssozialistische Regime hielt dann die ethnischen Konflikte mit einer restriktiven und paternalistischen Politik sowie künstlich geschaffener Beschäftigung in Schach. Mit dem Fall des Realsozialismus im Jahre 1989 und der schnellen neoliberalen Transformation änderte sich die Situation dramatisch.

Die goldenen Neunziger

Die Unfähigkeit der bis dahin auf den Markt des sozialistischen Blocks ausgerichteten Wirtschaft in der globalen Konkurrenz zu bestehen, die Re-Orientierung der Wirtschaft auf den tertiären Sektor und der Rückgang der Kohlegewinnung, führten zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Durch die Ausgestaltung der Umwandlung des Marktes und den Rassismus in der Arbeitsmarktpolitik wurden viele Roma in die Armut getrieben. In der Mehrheitsgesellschaft gewann die Rechte an Popularität, die ultrarechte Republikanische Partei kam sogar ins Parlament und auf den Straßen fielen Banden nichtorganisierter Naziskinheads denjenigen an, der ihnen in den Weg kam. Einige dieser Überfälle endeten mit dem Tod, in der Mehrheit der Fälle waren die Opfer Roma. [1] Die aufgeheizte Situation beruhigte sich teilweise im Laufe der nächsten Jahre, die Probleme hielten trotzdem an. Die Schere zwischen reichem Zentrum und der armen Peripherie öffnete sich weiter. Die Diskriminierung beschränkte sich nicht nur auf den Arbeitsmarkt, sondern umschloss auch das Schulwesen und den Wohnungsmarkt. Roma hatten Probleme Arbeit zu finden, Umzüge sind ihnen nur schwer ermöglicht worden und sie wurden angehalten, ihre Kinder auf Sonderschulen zu schicken. Für die junge Generation war es daher mit einem niedrigen Bildungsniveau sehr schwierig, sich auf dem liberalen Arbeitsmarkt zu verkaufen. Gentrifizierungsprozesse vertrieben viele Roma aus den großen Städten in billige Wohnungen in Plattenbausiedlungen in die ärmeren Gebiete der Republik. Immobilienfirmen

nutzten geschickt aus, dass viele verschuldete Romafamilien sich aus ihren Wohnungen

gegen eine niedrige Auszahlung in arme Regionen vertreiben ließen – es handelte sich hauptsächlich um Bewegungen nach Nordböhmen.

Krise

Der derzeitige wiederholte Anstieg des

BIS JETZT WAREN WIR ES GEWÖHNT, DEMONSTRATIONEN VON NEONAZIS GEGENÜBERZUSTEHEN, DOCH JETZT WIRD KLAR, DASS UNSER FEIND TENDENZEN SIND, WELCHE DIE GESAMTE GESELLSCHAFT BEEINFLUSSEN.

Antiziganismus deckt sich zeitlich mit Phasen der ökonomischen Rezession. Mit der Akkumulationsklemme des Kapitals und dem damit verbundenen Zunahme der Arbeitslosigkeit kam es auch zu einer Legitimitätskrise. Das massenhafte Misstrauen in den Staat und die Frustration über das eigene Lebensniveau in Kombination



mit den schon lange existierenden rassistischen Vorurteilen kanalisierte sich im Hass gegen die Roma. Am geringsten sind die Probleme im liberalen und reichen Prag. Abgesehen von einigen kleinen Ausnahmen spielen sich die

DIE RADIKALE LINKE ERWACHT LANGSAM AUS DER SCHOCKSTARRE UND EINE VER-VIELFÄLTIGUNG DER ANSÄTZE IM KAMPF GEGEN ANTIZIGANISMUS BEGINNT. rassistischen Demonstrationen gerade in den armen Regionen ab, in welchen man vielleicht eher Proteste gegen die liberalen ökonomischen Reformen hätte erwarten können.

Um das verstehen zu können, müssen wir ein Blick auf die Entwicklung der tschechischen Gesellschaft werfen. In den 90er Jahren, nach dem Fall der staatssozialistischen Ordnung überwog Fukuyamas Vorstellung vom Ende der Geschichte und darüber, dass die Ehe des wirtschaftlichen Liberalismus und der parlamentarischen Demokratie in keiner Weise das ideale, aber das einzig mögliche und somit unanzweifelbare System sei. Auch eine Welle von Skandalen rund um die Privatisierung des Staatsbesitzes führte nicht zur Zerstörung dieser Illusion, die Kritik endete beim Skandalisieren individueller Entscheidungen oder der Partizipation an Wahlen. Ein zweiter wichtiger Faktor ist der tschechische Nationalismus. Dieser hat sich zwar nie (im Gegensatz z.B. zum polnischen) auf die Expansion des Staatsgebietes konzentriert, rief allerdings das Tschechischsein zur Norm aus.

Eine Illustration hierzu ist, dass sich im Zusammenhang mit den Antiromaprotesten das Wort "anständiger Tscheche" etablierte, mit dem versucht wird, offiziell auf Anständigkeit statt auf Ethnizität anzuspielen.

In der Falle

Die junge Romageneration wächst auf in einem mehr oder weniger sichtbaren Käfig aus Vorurteilen der Mehrheitsgesellschaft und institutionalisiertem Rassismus in Form von Sonderschulen und Armenghettos. Im Gegensatz zum optimistischen Blick einiger Bürgervereinigungen und antirassistischer Gruppen machen wir uns nichts vor. Das Leben in Armut ist hart und Konflikte sind auf der Tagesordnung. Sprengsätze für rassistische Demonstrationen gibt es aber erst bei entsprechender Medialisierung. In den Medien sind diese Konflikte häufig präsentiert als Konflikte der aggressiven Roma mit der Mehrheitsgesellschaft, auch wenn die meisten dieser Konflikte mit der

Ethnizität der Beteiligten nichts zu tun hatten. Im Gegenteil, es sind viel mehr rassistisch motivierte Vorfälle gegen Roma zu beobachten. Der Rassismus gegenüber Roma zeigt sein Gesicht bei der Suche um Arbeit, Wohnungen oder Kredite. Die Unmöglichkeit eines Zugangs zu Wohneigentum und die Absenz eines sozialen Wohnungssystems führen zur Bildung von Ghettos mit miserablen Lebensbedingungen. Die Miete wird pro Person bezahlt, so zahlen große Familien für ein Zimmer in einer Wohnunterkunft in einer armen Lokalität eine Miete, die vergleichbar ist mit der Miete in einem durchschnittlichen Viertel in Prag. Dies macht Roma anfällig für Firmen, die einen schnellen Kredit versprechen.

Ratlose Linke

Die Situation, in der rassistische Mobilisierung auf die Frustration der lokalen Bevölkerung trifft, versetzte der antifaschistischen Bewegung einen Schock. Bis jetzt waren wir es gewöhnt, Demonstrationen von Neonazis und Faschisten gegenüberzustehen, doch jetzt finden wir uns in einer Situation wieder, in der es nicht mehr um eine Gruppe von isolierten und in sich zerstrittenen Schlägern geht, sondern klar wird, dass unser Feind Tendenzen sind, welche die gesamte Gesellschaft beeinflussen. Sie sind so stark, dass heute Menschen auf der Straße neben Nazis demonstrieren, welche sich noch vor wenigen Jahren über genau diese Nazis geärgert haben. Die ersten und für lange Zeit einzigen, die in der Lage waren zu reagieren, waren Gruppen mit einem bürgerlichen Ansatz. Ihre Wahrnehmung der Probleme und Formen des Protestes sind leider noch immer dominant. Sie sehen das Problem des Rassismus losgelöst von anderen gesellschaftlichen Prozessen und so zeigen sie physische Anwesenheit, wenn sich die Ereignisse hochspielen und bemühen sich um das Empowerment der Roma. Es ist sicherlich angebracht, die großen Anstrengungen zu würdigen, zu denen häufig kleine und isolierte Gruppen in der Lage sind, aber dieses Konzept kann nicht als effektiv beschrieben werden. Ohne eine tiefergehende Analyse, warum die rassistischen Demonstrationen eine solche Unterstützung bekommen, können wir keine Änderungen herbeiführen. Ein Empowerment der Romastrukturen beispielsweise, welches Klassenaspekte außer Acht lässt, bleibt ergebnislos. Es gibt einen kleinen Prozentsatz reicher Roma, die sich häufig an der Ausbeutung armer Roma bereichern. Diese Romaelite versucht gleichzeitig die Repräsentation nach außen an sich zu reißen. Ihre Interessen unterscheiden sich natürlich von den Interessen der nichtpriviligierten Roma. Der Versuch sich mit Roma zu vernetzen endet meistens bei dieser Elite, welche häufig von nichtpri-



vilegierten Roma respektiert wird und deren Meinung großes Gewicht hat. Gruppen wie zum Beispiel die Roma-NGO "Konexe", welche die oben beschriebenen bürgerlichen Ansätze vertritt, reflektieren kaum die schwierigen Beziehungen innerhalb der Roma-Community und vertreten die Roma als "Volk". Mit diesem Ansatz verhilft "Konexe" allerdings ungewollt der Elite, welche ihre Stärke aus der sozialen Exklusion der anderen zieht und deshalb an ihrem Fortbestehen interessiert ist, mehr Einfluss innerhalb der Community zu erlangen. Die Konstruktion einer Roma-Nation, welche sich aus der Romantik des 19. Jahrhunderts speist, trägt in sich die Vorstellung der Roma als einer "Freien Nation", deren Kern die Attribute Freiheit (Nomadentum), Geselligkeit, das Leben auf- und die Kultur der Straße sind. Schon damals idealisierten weiße Intellektuelle bestimmte Aspekte des Lebens der Roma und banalisierten ihre Unterdrückung. Es ist nicht das Problem, dass die Gesellschaft die "Roma Mentalität" nicht verstünde, das Problem ist, dass die Unterdrückung aufgrund von Klasse und Nationalismus weiter besteht. Die Bemühung um die Konstruktion einer Roma-Nation ist also klar kontraproduktiv. Anstatt diese offiziellen Repräsentanten zu unterstützen, versuchen wir, unabhängige Aktivitäten nichtpriveligierter Roma zu unterstützen, wenn sie sich entscheiden zu kämpfen. Ein Beispiel kann der erfolgreiche Kampf gegen die Umsiedlung von Familien aus den Wohnunterkünften in Usti sein. In diese Unterkünfte waren sie gelangt, nachdem sie ihr ehemaliges Wohnhaus, welches einem Roma Geschäftsmann gehörte, aufgrund von Baufälligkeit verlassen mussten. Weder die Stadt noch NGOs waren in der Lage oder gewillt ihnen einen anderen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, und so endeten sie in der Unterkunft der Firma CPI, der zweitgrößten Immobiliengesellschaft in der Tschechischen Republik. Wegen den grauenhaften Umständen in der Wohnunterkunft erlangte der Fall große öffentliche Aufmerksamkeit. Die Reaktion der Firma auf die schlechte Presse war der Versuch die Unterkunft zu schließen und die Familien mitten im Winter zu räumen. Als erste Antwort auf die Geschehnisse wurde in Prag zu einer Demonstration vor dem Ministerium für Arbeit und Soziales aufgerufen, in deren Lauf eine Gruppe von Aktivist_innen in das Gebäude gelangte. Die Aktion wurde zwar von der Polizei aufgelöst, doch sie steigerte die öffentliche Aufmerksamkeit und mobilisierte verschiedenste Gruppen der linken Szene. Ein paar Tage vor der angekündigten Räumung besetzten die Familien und Aktivisten die Unterkunft. Nun standen dem Besitzer nicht nur die entschlossenen aber auch langsam ausgezehrten Familien, sondern ein breites Bündnis verschiedener linker Gruppen gegenüber. Die Besetzung

dauerte einige Tage und der Besitzer verschob die Räumung, trennte allerdings die Unterkunft von Strom, Wasser und Gas, wodurch es beina-

he unmöglich wurde, in dem Gebäude weiter zu bleiben. Anstatt nach bewohnbaren Alternativen zu suchen, startete die größte tschechische NGO "Člověk v tísni" eine Medienkampagne, welche die Familien und Aktivist_innen als unkooperativ verunglimpfte. Durch die Medienpräsenz folgten dann relativ schnell und im

GRUPPEN WIE ZUM BEISPIEL DIE
ROMA-NGO "KONEXE" REFLEKTIEREN
KAUM DIE SCHWIERIGEN BEZIEHUNGEN
INNERHALB DER ROMA-COMMUNITY UND
VERTRETEN DIE ROMA ALS "VOLK". MIT
DIESEM ANSATZ VERHILFT "KONEXE"
ALLERDINGS UNGEWOLLT DER ELITE,
WELCHE IHRE STÄRKE AUS DER SOZIALEN
EXKLUSION DER ANDEREN ZIEHT.

letzten Augenblick Wohnungsangebote, da der Besitzer der Unterkunft verstärkt mit einer Räumung durch die Polizei drohte.

Offensichtlich war das nicht die Lösung der Probleme, mit welchen sich Roma täglich konfrontiert sehen, doch bleibt es wenigsten ein Beispiel für einen zumindest teilweise erfolgreichen Kampf.

Auch wenn die Situation nicht sehr optimistisch ist, so besteht auch kein Grund zur Verzweiflung. Die Radikale Linke erwacht langsam aus der Schockstarre und eine Vervielfältigung der Ansätze im Kampf gegen Antiziganismus beginnt. Auch innerhalb der Roma-Community keimen jetzt die ersten Versuche von Organisation und Aktion. Vor der radikalen Linken Tschechiens steht eine große Herausforderung. Sie muss sich damit auseinander setzen, wie die Wut der prekarisierten Schicht der Gesellschaft von Antiziganismus in Gesellschaftskritik umgewandelt werden kann.

Anmerkung

[1] Für eine bessere Illustration der Ereignisse empfiehlt sich der Film der Antifaschistsichen Aktion "161 > 88", der auch auf Englisch und Deutsch verfügbar ist.



Gipfelhopping ist zu wenig

Ein Interview mit Beyond Europe

Vor einem Jahr wurde Beyond Europe gegründet. Ein guter Anlass für ein Interview. Beyond Europe ist eine "antiautoritäre Plattform gegen Kapitalismus". Was das heißt? Die Plattform organisiert den inhaltlichen Austausch der beteiligten Gruppen, Workshops mit internationaler Ausrichtung und grenzüberschreitende politische Arbeitstreffen. Neben dem …ums Ganze! sind an dem Projekt eine britische, eine griechische und eine zyprische Gruppe beteiligt. Ein Genosse aus Köln hat uns dazu einige Fragen beantwortet.

Ihr schreibt auf eurer Internetseite, dass ihr Erfahrungen austauschen wollt und Diskussionsprozesse internationalisieren. Das ist auf jeden Fall unterstützenswert, bleibt ja aber im Rahmen üblicher internationaler Austauschkonzepte: treffen, reden, wieder auseinandergehen. Ihr schreibt aber, dass Ihr wegwollt vom "reinen Besuchen und Konsumieren der Hotspots (radikalen) Protests und vom radikalem Journalismus". Ihr schreibt weiter, dass Solidarität "aus der Isolation von einzelnen Themen-Kampagnen befreit" werden muss und die grenzüberschreitende Interaktion von Beyond Europe "ihren Ausdruck in praktischen Angelegenheiten finden [solle], denn kein relevanter Umbruch wurde jemals allein im Verfassen von Texten vollzogen." Euer Fokus liegt also eindeutig auf einer Aktionseinheit der beteiligten Gruppen. Was habe ich mir darunter konkret vorzustellen?

Gemeinsame Aktionen können sich in unseren Augen zum einen in relativ klassischen Formen vollziehen: Zentral, wobei man physisch tatsächlich zusammenkommt und Aktionen durchführt, oder dezentral, wo alle vor Ort etwas machen und sich die Gruppen in der Vorbereitung und Durchführung inhaltlich aufeinander beziehen. Solche dezentralen Aktionen hatten wir bisher einige, zum Beispiel zu der Repression gegen selbstverwaltete Räume in Griechenland, zu Morden an AntifaschistInnen in Europa oder zu migrationspolitischen Fragen. Diese beiden klassischen Formen haben ihre Berechtigung; wir suchen darüber hinaus aber auch nach sinnvollen Innovationen. Wir hatten z.B. vor einigen Monaten im Rahmen einer Veranstaltungsreihe griechische GenossInnen da. Die haben sich an den üblichen Diskussionsrunden beteiligt, klar - dann haben wir mit ihnen aber auch noch einen Stadtteilspaziergang durch das Arbeiter- und jetzt Szeneviertel Köln-Kalk veranstaltet, und uns dahingehend ausgetauscht.

<u>Und wie genau ist das mit der Arbeit von Beyond Europe verknüpft?</u>

Wir haben zum Beispiel sowohl bei den Diskussionen als auch beim Spaziergang nicht nur allgemeine politische Aspekte von Kapitalismus und Stadt aufgegriffen und uns auch nicht auf die besonderen Erscheinungsformen in Deutschland beschränkt, sondern sie in einen größeren Kontext gestellt. Wir haben Stadtpolitikmuster diskutiert – nicht nur in der BRD, sondern in mehreren Ländern und konnten uns damit an den Komplex "Stadt und Stadtteil in Europa" herantrauen. Ergebnisse bzw. Erkenntnisgewinne dieser Art bringen wir dann als Netzwerk BE in Debatten bei sozialen Kämpfen ein - und somit etwas schlagkräfter als die einzelnen Gruppen das könnten. Zum Beispiel bei Konferenzen verschiedener europäischer Bewegungen, die ja momentan geradezu aus dem Boden sprießen.

Das heißt, Ihr nehmt an solchen Konferenzen besser/tiefer vorbereitet teil? Oder was heißt "schlagkräftiger"?

Zum einen das. Vor allem meine ich aber die Bedeutung der Plattform als transnationale. Das bedeutet, dass wir eine (grobe) Position entwickeln, hinter der mehrere Gruppen bzw. Organisationen aus verschiedenen Ländern stehen. Das hat eine andere inhaltliche Qualität und damit auch eine andere Strahlkraft, als wenn wir beispielsweise "nur" als ...ums Ganze! diese Position vertreten. Ich weiß nicht, ob die Positionen immer "tiefer" oder "prägnanter" sind. Einerseits nehmen wir Aspekte auf, die eine Diskussion in nationalen Schranken nicht hätte. Andererseits sind

BE-Positionen z.T. noch etwas grob. Das heißt nicht unklar, aber es werden Meinungen und Positionen von viel mehr Gruppen und dementsprechend Personen zusammengetragen. Da muss man gelegentlich, wenn es ins Detail geht, auch die verschiedenen Argumente und Meinungen innerhalb des Bündnisses darstellen, also Kompromisse finden. Es gibt aber natürlich Konsense, und das zunehmend.

Wer trägt die Arbeit eigentlich? Mit wie vielen Leuten tragt Ihr das? Und geht das sehr auf Kosten Eurer anderen Arbeit vor Ort?

Das ist ein sehr wichtiger Punkt, wie ich finde. Kurz würde ich sagen: Mittlerweile bin ich persönlich und auch wir als Gruppe zufrieden mit der Beteiligung von ...ums Ganze!. Anfangs war es noch das Projekt weniger, die wirklich im Kern Arbeit dort reingesteckt haben. Das ist ja kein Novum. Doch mit der Zeit wurde die internationale Perspektive bei uns im Bündnis denke ich immer wichtiger und so begaben sich mehr und mehr Leute in den Prozess. Das ist sehr positiv. Bei BE läuft das ähnlich, das Interesse wird dort größer und die Arbeit verbindlicher. Aus Kölner Sicht gesprochen kann ich sagen, dass die Ressourcen, die in BE gesteckt werden, sicher woanders nun fehlen. Wir haben das aber bei uns weitestgehend geklärt und die Balance ist gut.

Ich selbst habe internationale Zusammenarbeit oft als recht punktuell erlebt – inhaltlich und organisatorisch, also: Man solidarisiert sich, führt vielleicht mal zwei Diskussionen miteinander, aber eine kontinuierliche Arbeit leisten vor allem Leute, die man (etwas böse) als Kader bezeichnen könnte. Liegt darin nicht auch eine Gefahr? Weil die zusätzlich zum Know How auch noch die Kontakte aufrechterhalten?

Absolut. Sowohl das Punktuelle, als auch die Kadergefahr. Viele ein wenig ältere GenossInnen, die ich z.B. in England erlebt habe, haben ähnliche Erfahrungen in Sachen internationale Politik gemacht und begegnen letzterer in Sachen Kontinuität deshalb mit Skepsis. Das haben wir auch auf dem Schirm und versuchen, dem so gut wir eben können entgegen zu wirken. Neben regelmäßigen Telekonferenzen ist es uns wichtig, auch physische Treffen und öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, z.B. im Rahmen von "Bewegungskonferenzen", wo dann auch neuere Leute dabei sind. Dazu kommt eben die Betonung gemeinsamer Aktionen, wobei das mehr Arbeit bedarf. Ein bloßes "Gipfelhopping" ist, das zeigen die Erfahrungen in der Anti-Globalisierungs-Bewegung, zu wenig. Und zur Kadermentalität: Anfangs waren es wenige, und dementsprechend waren es im

Laufe des Vernetzungsprozesses "gekaderte"
Leute. Aber sowohl bei uns als uG als auch bei
den Gruppen in Griechenland und England
funktioniert die Wissensweitergabe. Es werden
nun nach fast einem Jahr BE auch mal neue
Gesichter zu Terminen geschickt. Ganz weg
kriegt man so ein Experten- oder Kaderproblem
aber glaube ich nur sehr langwierig. Vielleicht
geht es aber auch nicht darum, verzweifelt
zu versuchen, Kader oder Expertentum auszuschalten, sondern mit Informations- und
Skillshierarchien so umzugehen, dass die
Pyramiden nach unten hin abgebaut werden.

Was hast Du eigentlich für Erfahrungen mit der Sprachbarriere gemacht? Ein Positionspapier zur EU zu diskutieren ist ja was anderes als auf Englisch eine Pizza zu bestellen...

(lacht) Besser hätte ich es nicht ausdrücken können. "Amtssprache" bei BE ist klar englisch, alle, die im Kern mitarbeiten, beherrschen das auch. Aber es ist trotzdem hin und wieder vieles langsam, schwer zu verstehen und Ausgangspunkt für Missverständnisse. Ich persönlich habe das in Griechenland am krassesten erlebt; viele der Leute auf dem jährlichen Festival der Demokratie in Thessaloniki haben sichtlich wegen der Sprachbarriere den Kontakt gescheut. Glücklicherweise haben wir griechisch sprechende Leute in Der Gruppe. In England drehte sich für mich der Spieß um und ich war oft der, der nicht verstand. Dementsprechend lange dauern beispielsweise Textdiskussionen. Die müssen vom Netzwerk in die Gruppen gelangen, dort diskutiert werden und zurück und weiter diskutiert. Das ist schon ein irre langer Weg, durch die Sprachbarrieren nochmal verlängert.

Ich könnte mit vorstellen, dass auch deshalb Sachen vor Ort wie Euer Stadtrundgang durch Köln so wichtig sind: Zum einen gibt's da ja wahrscheinlich informellen Talk, der einen leichteren Zugang bietet – und ich denke, das hat auch was für Eure Gruppe vor Ort gebracht...

Genau: Wirkliche Vernetzung passiert Face2Face. Klar sind Telekonferenzen wichtig, um
den Draht zueinander zu halten und auch mal
zu diskutieren. Aber von Angesicht zu Angesicht werden meiner Meinung nach die Karten
auf den Tisch gelegt. Auch so ein Bierchen
zusammen trinken am Abend gehört dazu,
man lernt sich auch menschlich kennen und
kann informeller reden. Das klingt vielleicht
hippiehaft, ist aber, finde ich, tatsächlich die
Substanz. Und so ein Spaziergang oder auch
eine bloße Diskussionsveranstaltung endet
meist nicht mit dem Schlusswort, sondern es
bildet sich ein Pulk aus den Veranstaltungsteilnehmer und Referenten und man zieht weiter.



Dabei ist am besten, dass auch Leute nicht nur direkt aus unserer Gruppe, sondern aus dem Umfeld miteinbezogen werden können.

Wo siehst Du BE in, sagen wir mal, fünf Jahren? Was ist anders als heute?

Das ist eine schwierige Frage, denn für mich persönlich als auch für viele GenossInnen bei BE ist das hier komplettes Neuland auf dem Level. Ich denke wir wollen die Fehler ähnlicher Versuche der letzten Jahrzehnte nicht wiederholen. Da ist das Stichwort - wen wundert's - Kontinuität. Ich denke das muss noch besser werden bei BE, d.h. wir müssen nicht nur mehr GenossInnen in den Gruppen "aktivieren", sondern auch über Aufrufe etc. hinaus mehr Politikum werden, mehr ins Bewusstsein kommen. Ich sage nicht, dass alles sich auf internationale Vernetzung konzentrieren sollte, das wäre Quatsch. Aber für viele ist diese Ebene noch fremd, denke ich. Wir wollen mehr Gruppen werden, uns fehlen Länder vor der Tür wie Frankreich, Italien, Spanien. Da merken wir, dass dort andere Fokusse gesetzt werden und wir nicht so schnell PartnerInnen finden. Wie wir aber bisher bei BE diskutieren und auch in der Öffentlichkeit handeln, d.h. uns öffnen und zeigen, sollten wir unbedingt so beibehalten. Und in 5 Jahren jetten wir hoffentlich durch die Beyond Europe Länder und feiern natürlich die Revolution. Aber Spaß beiseite: Verbesserungsbedarf gibt es natürlich bei den technischen und finanziellen Mitteln, damit wir Ressourcen haben, um noch mehr Leute einzubeziehen

Das heißt, wenn ich dich richtig verstehe, dass Euer Fokus ein langfristigerer ist – also nicht in erster Linie eine große Aktion in einem der beteiligten Länder 2015, 2016, sondern, ja, was eigentlich – eine internationale Organisation?

Langfristigkeit: auf jeden Fall. Organisation: Ja, auch. Aber weiter ins Detail gehen kann ich eigentlich gerade nicht. Nicht wegen eines eingeschränkten Mandats, sondern tatsächlich



aufgrund der bisherigen Zeit. BE ist erst knapp ein Jahr alt, vieles ist anders gekommen, als ich und wir dachten. Vieles passiert sehr schnell: Im Rückblick kommt mir die Ankündigung und die Absage des Gipfels zur Jugendarbeitslosigkeit in Turin vor wie ein Augenblick. Die gesellschaftspolitische Entwicklung in Europa und der Welt ist rasant. Da werden auch wir, wie es in neoliberaler Manier so schön heißt. flexibel sein müssen. Aber es gibt einige Visionen: ein BE-Festival organisieren, irgendwann in 10 Ländern Gruppen zu haben, und natürlich das ultimative und diesmal wirklich wahre Manifest für den Kommunismus (lacht). Aber das ist weit weg, und wir müssen Schritt nach Schritt gehen. Größte Herausforderung bisher: Das Sommerloch überstehen!

Wenn ich nun ein Genosse in Leipzig oder eine Genossin in Göttingen bin, kein perfekt vernetzter Kader, aber BE mit aufbauen will – was tue ich dann? Ich kann zu einer internationalen Veranstaltung von Euch fahren, ich kann versuchen, noch zwei drei Leute aus meiner Gruppe mitzuziehen – was folgt dann? Nicht technisch verstanden, sondern wie sähe für so jemanden eine politische Perspektive aus?

Konkret sieht das meist so aus, dass viele unserer GenossInnen tatsächlich durch so eine Reise in Kontakt zu uns gekommen sind. "Holidarity" (Holiday in Solidarity) haben wir das bei unserer England-Reise getauft. Ich glaube wie gesagt daran, dass wirkliches Interesse an internationaler Vernetzung am besten entwickelt wird, wenn man mal aus Deutschland rauskommt und die Situation woanders sieht. Wir schreiben die ganze Zeit von einer Krise in Europa (oder einer Krise Europas). Da steckt die internationale Ebene schon in der Analyse drin. Das dann mal praktisch werden zu lassen, belebt diese Position, die man hat. Dann gibt es Gespräche und auch Fun mit den Genossen im Ausland. Wir haben bei uG dementsprechende Strukturen um "verbindlich" mitzumachen. Dann trägt man das Ganze in die Gruppen, ist vielleicht eine Art Deli der Gruppe oder so etwas. Auf jeden Fall brauchen wir solche Leute und das Interesse, mitzumachen. Ich denke es ist auch logisch, dass dann die Erfahreneren die Neuen mit allem bekannt machen. Aber glaub's mir, es geht bei uns wie auch bei den anderen Gruppen schneller, als alle dachten, dass neue Leute zu den Treffen fahren oder sich um Projekte bei BE kümmern. Der "Nutzen" für die Leute ist dann erstmal, dass man - das meinte ich am Anfang - eine neue Perspektive gewonnen hat. Ich sehe jetzt verschiedene Aufrufe einzelner uG-Gruppen oder Thesenpapiere, in denen mehr und mehr die europäische Perspektive und zum Beispiel deutsche

Politik im Rahmen Europa gesehen wird.

Das ist – natürlich nicht nur, aber auch
– ein Effekt von Beyond Europe. Und jetzt
kommen zum Beispiel schon Leute hinzu,
die in Ländern, Kontakte haben, in denen wir
bisher wo wir noch niemanden kannten...

Die Fragen stellte Rüdiger Mats.



Ein kleiner Kalter Krieg

Gespräch mit der der Gruppe Alpha Kappa aus Griechenland

CAMPAGNOL

Eine Redakteurin von Campagnol hat ein Interview mit dem Netwerk Alpha Kappa (Antiautoritäre Bewegung) aus Athen geführt. Alpha Kappa ist dort wie kaum eine andere Organisation in die sozialen Proteste involviert. Berichtet wird über ihre Erfahrungen im Kampf gegen eine erstarkende rechte Szene und die Folgen der Austeritätspolitik der EU. Das Interview fand im Sommer 2014 statt

Im Jahre 2003 fand das Gipfeltreffen der Europäischen Union in der Nähe von Thessaloniki statt, im gleichen Jahr wurde Alpha Kappa gegründet. Könntet ihr uns ein paar Hintergrundinformationen zu den politischen und sozialen Umständen in diesem Zeitraum geben? Warum habt ihr es für richtig gehalten, gerade dann eine neue Bewegung ins Leben zu rufen?

Alpha Kappa ist im Kontext der Anti-Globalisierungs-Bewegung und besonders der sozialen Unruhen während des EU Gipfels im Jahre 2003 in Salonica entstanden. Als solche hat A.K. verschiedene politische und soziale Gruppen aus ganz Griechenland aufgenommen, von denen manche schon länger aktiv waren, die meisten sich erst im Zuge der Anti-Globalisierungs-Bewegung gegründet haben. A.K. versteht sich als ein Netzwerk autonom agierender lokaler Kollektive und politischer Gruppen, welche alle mindestens folgende drei Prinzipien vertreten: Direkte Demokratie,

Hierarchiefreiheit und Herrschaftslosigkeit. Das Ziel der Gründung war es, einen antiautoritären, öffentlichen Raum zu schaffen, in welchem jede Theorie und jede Aktion, solange sie zu menschlicher Freiheit führen sollte, besprochen, kritisiert und in die Gesellschaft verbreitet werden sollte, ohne einem Theorie-Dogmatismus zum Opfer zu fallen. Die alte anarchistische Bewegung in Griechenland durchlebte zu dieser Zeit eine Phase der Engstirnigkeit und schreckte auch einige Leute mit Interesse an sozialen Kämpfen ab, die nicht den gleichen Musikgeschmack und oder andere ästhetischen Vorstellungen hatten. Deshalb war A.K. als ein Netzwerk ohne besondere Mitgliedschaft gedacht, in dem jeder als freies und verantwortungsvolles Individuum an den Versammlungen und Aktionen teilnehmen können sollte, als ein Individuum also, welches die Kollektivität durch persönliche Kreativität und Befreiung erzeugt.

Nach dem EU Gipfel 2003 und den weitläufigen Demonstrationen zu dieser Zeit wurde eine weitere Zusammenkunft einberufen, um zu entscheiden, ob A.K. als Netzwerk autonomer Gruppen weiter bestehen sollte. Dies wurde einstimmig, also von allen Gruppen aus allen Regionen Griechenlands, beschlossen. Natürlich unterscheidet sich ein nicht-formatives Netzwerk, welches auf drei einfachen Prinzipien basiert wie A.K.; deutlich von Gruppen, die sich z.B. mit einem bestimmten Teil historischer anarchistischer Bewegungen identifizieren und alle anderen Teile derselben ablehnen.

Könntet ihr uns Hintergrundinformationen zur historischen Entwicklung der anarchistischen/antiautoritären Bewegung in Griechenland geben?

Anarchistische Ideen kamen zuerst im 19ten Jahrhundert nach Griechenland und waren Teil der europäischen revolutionären Bewegung der Zeit. Griechenland, als erster Staat, welcher nach der Französischen Revolution von einer vom Volke ausgehenden Revolution entstanden ist, war von Anfang an gespalten. Auf der einen Seite standen die lokalen Warlords, welche die griechische Bevölkerung unterdrückten; auf der einen Seite internationale Tycoons und gebildete Händler, welche die reichen griechischen Auswanderer repräsentierten. Diese Spannung führte zu mehreren Bürgerkriegen während der Revolution, woraufhin eine von westlichen Mächten geförderte Monarchie eingeführt wurde. Die ersten Anarchisten in Griechenland erschienen nach der Pariser Kommune auf der Bildfläche, besonders im Westen Griechenlands, auf den Ionischen Inseln und an der Westküste (in Patras gab es die größte dieser Gruppen). Diese Ideen fanden breiten Zuspruch unter den arbeitenden Klassen und einige Griechen

reisten selbstorganisiert durch Europa, um an Versammlungen der Internationalen teilzunehmen. Unter ihnen war zum Beispiel Plotinos Rodocanakis, welcher sogar bis nach Mexiko reiste und dort durch Persönlichkeiten wie Flores Y Magon beeinflusst wurde. Diese Entwicklung der revolutionären Bewegung kam zum Erliegen, als diese sich in Kommunisten, Anarchisten und Sozialdemokraten aufspaltete. Die Anarchisten beteiligten sich an der Gründung der ersten Gewerkschaften, jedoch wurden die meisten Arbeiter nach der bolschewistischen Revolution 1917 zu Kommunisten. Dies führte zur Herabsetzung der anarchistischen Idee. Anarchisten wurden im Zweiten Weltkrieg sowohl von Nazis und deren Kollaborateuren, sowie von Stalinisten und deren Anhängern verfolgt und umgebracht. Nach dem Krieg verhängte die extrem rechte Regierung despotische Gesetze gegen alle Teile der revolutionären Bewegung. Es wird sagt, dass der letzte "alte" griechische Anarchist ein Schneider aus Patras war, der in den 50er Jahren gestorben ist. Nach dem Fall der Militärjunta, durch den Einfluss des Pariser Mai und der "Polytechnic-Auftstände" gab es jedoch ein Wiederaufleben anarchistischer Ideen in Griechenland. Konstandinidis, ein Philosoph und Publizist, welcher 1968 in Paris gelebt hatte, begann Situationisten, klassische Anarchisten und andere Denker zu veröffentlichen. Diese Ideen wurden begierig von einer Jugend aufgenommen, die sich gegen den Staat auf der einen und einen stalinistischen Konservatismus auf der anderen Seite auflehnte. Diese historische Strömung gibt es immer noch, und sie wächst unter den aktuellen globalen Zuständen.

Am 6. Dezember 2013 wurde Alexis Grigoropoulos von einem Polizisten in Exarchia (Athen) erschossen. Der Mord löste schwere Proteste aus – unter großers Beteiligung prekärer Arbeiter und Immigranten. Wie habt ihr diese Proteste erlebt? Wie schätzt ihr den Einfluss ein, den sie auf die Gesellschaft hatten?

Das Bemerkenswerteste an den Protesten im Dezember war, dass es Proteste der griechischen Gesellschaft in einem weiteren Sinne waren, verglichen mit den Aufständen in Paris oder London. Mehr noch als die Arbeiter waren es die Studenten, welche dem Protest sein Tempo vorgaben und die Polizeistationen belagerten. Ein wichtiger Punkt ist außerdem, dass sich der Protest über ganz Griechenland verbreitete, er blieb nicht nur in der Hauptstadt Athen, sondern fand in wirklich jeder einigermaßen großen Stadt des Landes statt. All diese politischen Faktoren bildeten den Hintergrund einer rebellierenden Gesellschaft. Was der Dezember verdeutlicht hat, ist, dass Freiheit und Gleichheit jeden betrifft, und nicht nur

zu bestimmten politische Bewegungen oder Ideologien gehört. Das Gefühl sozialer Solidarität verbreitete sich in Griechenland und damit änderte sich alles.

Die verschiedenen Austeritätsmaßnahmen, welche durch die Europäische Union und den Internationalen
Währungsfond seit 2010 durchgesetzt
werden, stoßen auf verschiedene Formen des Wiederstands. Wie schätzt
ihr die kommenden Entwicklungen ein?

DAS ZIEL WAR ES, EINEN ANTIAUTORI-TÄREN, ÖFFENTLICHEN RAUM ZU SCHAFFEN

Die andauernde Krise umfasst mehr als nur die ökonomische Sphäre, auch wenn diese ihr offensichtlichster Auswuchs ist. Es ist eine Krise des Sinnes und der Identität, welche sich in allen Aspekten des sozialen und individuellen Lebens generiert. In Griechenland kamen nach der Krise die Dezember-Aufstände und die Austeritätspolitik stieß somit auf massive Demonstrationen, lokale Aufstände und die Occupy Bewegung. Jedoch hatte sich das autoritäre Paradigma geändert und Gewalt füllte die Leere, welche die Abwertung der Autoritäten hinterlassen hatte. Die Menschen dieses Landes sind mit Polizeigewalt konfrontiert und deren kaltblütiger Kollaboration mit der extremen Rechten und Nazis. Nehmen wir zum Beispiel das Thema der Migration, so wurde mit dem Bild der Festung Europa geworben, um Propaganda in einer verzweifelten Bevölkerung zu machen. Allerdings gab es auch solidarische Netzwerke und antiautoritäre Kollektive, die soziale Themen in den Mittelpunkt stellten, und das Wissen, dass die Menschen durch ihre eigenen Handlungen ihre Zukunft gestalten können, erreichte zum ersten Mal eine weltweite Gemeinschaft.

Was meint Ihr mit "kalt-blütiger Kollaboration"?

Die Realität zeigt, dass die griechische Politik es niemals geschafft hat, die Junta [der 70er Jahre, d. Red.] wirklich abzuschütteln. Die Köpfe der Militärdiktatur, die tatsächlich inhaftiert wurden, ausgenommen, besteht der Staatsapparat, so wie er war, bis heute weiter. Dies kann auch über den Parastaat der 50er und 60er gesagt werden. Nicht nur die einzelnen Persönlichkeiten, sondern auch die Logik des

Staates wurde weitergeführt und schuf einen Nährboden für die konservativen Teile der griechischen Gesellschaft. Die extremsten Teile der griechischen Exekutive sind heute am anfälligsten für eine Unterwanderung durch die Goldene Morgenröte. Insbesondere fallen hier bestimmte Teile der Polizei ins Auge (MAT, DIAS und

WIR KÖNNEN VOM AUFSTAND NICHT MEHR ALS ZWECK SPRECHEN, SONDERN MÜSSEN IHN ALS MITTEL ANERKENNEN. DADURCH, DASS WIR IHN ERLEBT HABEN, WISSEN WIR, DASS DIE TATSÄCHLICHE FRAGE IST: WAS KOMMT DANACH? DELTA Einheiten), welche sich durch Sympathien mit der Goldenen Morgenröte auszeichnen.

In Deutschland hat man, was Flüchtlingsarbeit angeht, oft das Gefühl, man befinde sich in einer defensiven Alarmbereitschaft, oder agiere wie die Feuerwehr, um Gefahren dort entgegenzutreten, wo sie gerade sind (Beispiele hierfür sind Angriffe auf Refugee-Wohnheime oder das Aufkommen von sogenannten "Bürgerbewegungen", welche rassistische Ideologien verbreiten). Wie ist die Arbeit gegen die Goldene Morgenröte organisiert? Wie sehen die Umstände eurer Arbeit aus?

Der Kampf gegen die Goldene Morgenröte und die ihnen zugrundeliegende Ideologie hat über die Zeit verschiedene Formen angenommen und musste auf unterschiedliche Werkzeuge und Organisationsmodelle zurückgreifen. Zusammenfassend können wir von verschiedenen Netzwerken und Kollektiven sprechen, die die Goldene Morgenröte durch ihre Aktionen stören und die Reden von extremen Rechten und Nazis dekonstruieren. Im Moment gibt es viele,

MEHR NOCH ALS DIE ARBEITER WAREN ES DIE STUDENTEN, WELCHE DEM AUFSTAND SEIN TEMPO VORGABEN die in Anbetracht von vorläufigen Verhaftungen einiger Anhänger der Goldenen Morgenröte, einen sogenannten "staatlichen Antifaschismus" als eine effektive und akzeptable Methode zur Lösung des Problems betrachten. Wir müssen jedoch einen sozialen antifaschistischen Kampf wieder prominent

machen, ihm Bedeutung verleihen. Außerdem müssen wir aufzeigen, dass Fremdenfeindlichkeit im Falle Griechenlands über die Goldene Morgenröte hinausgeht und sich mannigfaltig im Alltag und in staatlicher Politik zeigt.

2012 ließ Premierminister Antonis Samaras verlauten, die Griechen "haben die Straßen von Migranten zu säubern". Dies klingt eindeutig nach der gleichen Rhetorik, die auch die GM benutzt. Man sieht Parallelen zu von der konservativen Partei CSU benutzten Slogans wie "Wer betrügt, fliegt" und es gibt Kampagnen in England, welche illegale Einwanderer davon überzeugen sollen, das Land zu verlassen. Trotzdem liegt der Fokus der Öffentlichkeit auf Nazis, und nicht auf der Zivilgesellschaft. Wie reagiert ihr auf diesen Diskurs?

Indem er in die Fußstapfen der extremen Rechten tritt, versucht Antonis Samaras die extrem konservativen Teile der Wählerschaft, welche entweder zur GM oder zu den "Unabhängigen Griechen" gegangen sind, zurückzugewinnen. Durch Verwendung rassistischer Sprache legitimiert er dadurch auch die Gewalt der extremen Rechten, unter welcher Migranten seit Jahrzehnten leiden. Es ist nicht leicht, die

gut organisierte und dirigierte Kommunikationspolitik, welche von den stimmgebenden Medien in diesem Land verfolgt wird, zu konfrontieren. In jedem Fall sollte es unser Ziel sein, die Bürger über die tatsächlichen Fakten von Migration aufzuklären und die Gründe aufzuzeigen, die hinter einer Antimigrationspolitik stehen. Dies geschieht in unserer gemeinsamen Organisation mit Migranten und dem Abwehren aller Aggression mit allen Mitteln.

Aufgrund der Migrationspolitik der
EU bleiben gezwungener Maßen viele
Migrant*innen und Asylsuchende in
Griechenland. Könntet ihr uns einen
Überblick über deren heutige Situation in
Griechenland geben und beschreiben, welche
Bemühungen antagonistische Bewegungen
betreiben, um den Kampf zu unterstützen?

Auf der einen Seite sehen wir, dass Griechenland von der europäischen Politik in eine Art Küstenwache transformiert wurde, und auf der anderen Seite haben wir die Antimigrationspolitik von Griechenland selbst, welche zu Tragödien wie kürzlich in Farmakonissi, oder den beschämenden Zuständen in den Gefangenenlagern führen. Die Situation für Migranten und Refugees ist furchtbar, und sie werden in dieser Situation gefangen gehalten. Arrangements über die Aufenthaltsgenehmigung und Asyl zeigen weder Spielraum noch Mitgefühl und sind dazu bürokratisch sehr aufwändig. Es gibt Bewegungen, die auf der Seite des Kampfes der Migranten stehen, diese unterstützen einen legalen Status zu erhalten bzw. Asyl gewährt zu bekommen, sowie öffentlich auf die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen, sowie den alltäglichen Rassismus hinweisen. Außerdem verteidigen sie Migranten gegen Angriffe aus einem extrem-rechten Spektrum.

Die Goldene Morgenröte ist seit einiger Zeit mit gerichtlichen Verfahren konfrontiert. Der Prozess und Ermittlungen bringen Details zu Tage, welche es für sie unmöglich machen, weiterhin als bloß besorgte Bürger aufzutreten. Waren der plötzliche Aufschwung und der kurz danach kommende Absturz der Goldenen Morgenröte eine Überraschung für euch?

Die GM war schon immer eine parastaatliche Organisation, welche vom Establishment, der Polizei und den Geheimdiensten dazu genutzt wurde, in demokratischen Zeiten mit Bürgerkriegstaktiken gegen (linke) Bewegungen vorzugehen. Obwohl sie in dieser Hinsicht Unterstützung erhielten, hatten sie früher niemals einen großen Einfluss auf die griechische Gesellschaft. In letzter Zeit hat die gewaltsame Proletarisierung der Mittelschicht und die Unfähigkeit einer antiautoritären

Linken, eine Alternative gegen die Konsequenzen einer neoliberalen Globalisierung zu schaffen, zu einem großflächigen Rechtsruck in der Gesellschaft geführt. Dieser geschieht ja in ganz Europa, in besonderer Schärfe jedoch in Griechenland. In diesem Fall profitierten davon besonders "reine" Nazigruppierungen. Das rapide Anwachsen der Popularität der GM, wandelte diese in den Augen des Establishments und der Mitte-Rechts Regierung von einem Werkzeug zu einem Problem. Die Folge war, dass GM nun auch vom Großteil des Establishments angegriffen wurden. Jedoch kann die rassistische, faschistische und nationalsozialistische Ideologie mit ihren Werten und Gründen nicht von der staatlichen Politik, sondern nur in unseren eigenen Kämpfen besiegt werden.

In Griechenland lassen sich heute bestimmte Prozesse der Selbstorganisation in verschiedenen Formen finden. In Chalkidiki kam es zu Protesten gegen ein Goldminen Projekt und die selbstverwaltete Fabrik Vio.me hat viel Aufmerksamkeit für ihren Versuch erhalten, selbstorganisierte Strukturen zu schaffen. Könntet ihr uns nochmal erklären, warum die Unterstützung dieser Projekte so wichtig ist und welche Perspektive diese Kämpfe haben?

wollen wir das Zusammenleben und das Lösen gemeinsamer Probleme miteinander verbinden, und so sind die Projekte von Vio. Me und Chaldiki nicht nur eine Gelegenheit zur Unterstützung, sondern vielmehr eine Situation, in welcher die Gesellschaft gegen ihre Unterdrücker den Kopf hebt und Alternativen zu den herrschenden Zuständen bieten kann. Natürlich beinhalten alle Felder und Themen dieser Versuche in ihrer Essenz den Widerspruch zwischen Altem und Neuem. Aus diesem Grund ist es das Ziel jeder Teilnahme an solchen Kämpfen, befreiende soziale Kräfte zu stärken und wegzukommen von Strategien, die sich auf Avantegarde-Politzirkel gründen. Wir finden sie abscheulich, dennoch finden solche Taktiken eine große Verbreitung unter linken und sogar anarchistischen Gruppen. Wir glauben dagegen an soziale Autonomie.

Manchmal wird Griechenland als das "Laboratorium der Krise" bezeichnet, um den Einfluss und die Effekte der gerade stattfindenden Austeritätsmaßnahmen zu beschreiben. Diese sogenannte Schocktherapie, welche alle Teile der Gesellschaft betrifft, wird auch andere Teile Europas in ähnlicher Weise treffen. Würdet ihr dem zustimmen? Welche Konsequenzen entstehen daraus?

Ja, wir glauben, dass das, was hier in Griechenland passiert, sich auf ganz Europa ausweiten wird, jedoch mit unterschiedlichen Charakte-

ristika. In diesem Sinne könnte man Griechenland als eine Art "Experiment" beschreiben. Andererseits ist es kein "Experiment", dass es hier einen entfesselten sozialen Kampf zwischen der Mehrheitsbevölkerung und staatlichen und wirtchafttlichen Interessengruppen. Das ist nicht nur eine einzelne Praxis (also ein "Experiment"), sondern die Essenz des Kapitalismus. Denn der Kapitalismus ist eine Kraft, welche Gesellschaft und Natur umformt, um sie zum Zwecke der Ausbeutung zu rekonstruieren. Wenn die Systeme radikal umgestellt werden, müssen auch die Bewegungen ihre Ziele, Strategien und ihre Praxis neu evaluieren. Außerdem, das ist das Wichtigste, müssen die Widersprüche und Möglichkeiten, welche daraus entstehen, voll ausgenutzt werden, um das System "vermenschlichen" zu können.

Der Versuch des Organisierens kann oftmals zu einem kritischen Punkt führen: Mit wem können und wollen wir uns verbünden und gemeinsam protestieren? Die Gruppe "Antifa-Negative" aus Griechenland sagt, dass der Europäische Aktionstag M31 und der damit Zusammenhängende Austausch mit Gruppen in Griechenland die sozialen Bewegungen romantisiere; und diese Form der Solidarität



wurde als Folklore bezeichnet. Des Weiteren werdet Ihr dafür kritisiert, 2011 in Syntagma mit den sogenannten "Empörten" zusammen demonstriert zu haben, die letztlich Antisemiten sind. Wie reagiert ihr darauf?

Transnationale Netzwerke des gemeinsamen Kampfes zu bilden ist ein schwieriges aber notwendiges Unterfangen. Wenn wir Fehler vermeiden wollen, müssen wir die Besonder-

ES IST EINE KRISE DES SINNES UND DER IDENTITÄT, WELCHE SICH IN ALLEN ASPEKTEN DES SOZIALEN UND INDIVIDUELLEN LEBENS GENERIERT. heiten der Länder, Gesellschaften und der regionalen Subjekte miteinbeziehen. Fehler können dennoch nicht immer vermieden werden. Die Kritik von "Antifa-Negative" ist sehr alt, es gibt sie seit der Anti-Globalisierungsbewegung. Aber müssen wir deswegen schlussfolgern, dass

die Anti-Globalisierungs-Bewegung wegen dieser Charakteristika unnötig gewesen ist? Eher nicht. Kritik und Kritisieren wichtig für Gruppen, um sich weiterzuentwickeln. Es hängt alles von unseren Zielen ab. Wir müssen koordinierte Veranstaltungen mit genau formulierten Zielen zu bestimmten The-

men organisieren. Da wir antiautoritär sind und an die Autonomie von Bewegungen gegenüber politischen und ökonomischen Kräften und Strukturen glauben, müssen wir eine europaweite Agenda aufbauen, um unsere Proteste in den verschiedenen Ländern zu popularisieren und Einfluss zu gewinnen. Die Demonstrationen gegen die EZB z.B. haben aus Sicht der hiesigen Bewegungen Sinn, und wir können damit das transnationale Element, welches unsere Kämpfe beinhalten sollen, bekannt machen.

Im Januar hat Griechenland die sechsmonatige Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernommen, und Samaras verkündete: "Mit großen Opfern hat Griechenland die Krise hinter sich gelassen" und "Griechenland steht wieder auf seinen eigenen Füßen; Europa kennt seinen Kurs" – Eure Stellungnahme dazu?

Die neoliberale Rhetorik versucht die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die jetzigen Zustände ihrer Unterdrückung beibehalten werden müssen, indem sie die Gegenwart ahistorisch in die Zukunft projizieren. Um genau zu sein: Samaras braucht eine Erfolgsgeschichte um vier Jahre der neoliberalen Katastrophe zu



überdecken. Die Staatsverschuldung ist von 128% (zum Zeitpunkt als begonnen wurde Griechenland zu unterstützen) auf 172% angestiegen. Auch wurde die Krise dazu verwendet, bestimmte Gesetzgebungen zu implementieren, die darauf abzielen, den Reichtum von den Armen zu den Reichen umzuverteilen, Macht von den Arbeitern zu den Kapitalisten zu verschieben, demokratische Rechte zu unterwandern, Wohlfahrtsstaatliche Institutionen abzubauen und die Unterdrückten von öffentlichen Gütern abzuschneiden, alles Öffentliche zu enteignen, und es in die Hände des Kapitals und des institutionalisierten Totalitarismus zu schieben. Doch wir gehen fest davon aus, dass Samaras damit keinen Erfolg haben wird.

Übersetzung: L.M.







Tübingen goes greece

Ein politischer Reisebericht

AG EUROPA TÜBINGEN

Unter dem Motto "From the exception of state to the constituency of movements" fand vom 04. - 06. September 2013 im griechischen Thessaloniki das Festival der direkten Demokratie statt, zu dem die die antiautoritäre Bewegung Alpha Kappa (A.K.) europaweit eingeladen hatte. Den Abschluss bildeten die Proteste gegen die jährliche Rede zur Lage der Nation des griechischen Ministerpräsidenten anlässlich einer Handelsmesse in Thessaloniki. Vier Studierende aus Tübingen nahmen die Einladung an und schildern hier ihre Eindrücke.

Nachdem im Sommer meist nicht so viel politisch Relevantes geschieht, stehen im September in Nordgriechenland einige wichtige Ereignisse an, wie z.B. das Festival der direkten Demokratie, das 2013 zum vierten Mal stattfand und von Alpha Kappa organisiert wird. Es ist eine Mischung aus Kongress und Partys und findet auf dem Gelände der Universität statt. Nachmittags und abends können Workshops und Podiumsdiskussionen besucht werden und anschließend gibt es auf dem Campus bis in die frühen Morgenstunden Konzerte. Im inhaltlichen Teil werden dabei die aktuelle Konflikte behandelt und so bietet der Blick auf das Programm des Kongresses einen guten Überblick darüber, womit sich die Linke in Griechenland aktuell beschäftigt. Dabei stehen verschiedene Prozesse der Selbstorganisierung in Griechenland und die Vernetzung und Verknüpfung von sozialen Bewegungen in Europa im Vordergrund, wie z.B. die Auseinandersetzungen um die selbstverwaltete Fabrik Vio.Me, die Schließung und Besetzung des öffentlich-rechtlichen Senders ERT, oder die Konflikte um die geplanten Goldminen in Chalkidiki.

Im Juni hat die griechische Regierung den öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsender ERT praktisch über Nacht unter dem Vorwand der Kosteneinsparung geschlossen. Es war offensichtlich, dass dieser zu kritisch über die Sparpolitik der griechischen Regierung und der Troika berichteten. Einige Studios des ERT-Netzwerks wurden daraufhin von den Journalist*innen besetzt und selbstverwaltet weitergeführt. Sie müssen ihre Inhalte mittlerweile über das Internet verbreiten. Dabei wird berichtet, wie ehemals etablierte Journalist*innen durch die gegen sie selbst gerichtete Maßnahmen politisiert wurden, nun basisdemokratisch arbeiten und laut eigenen Aussagen nicht mehr nur einfach ihren Job tun.

Ein anderes großes Konfliktfeld ist momentan in Thessaloniki eine anstehende Privatisierung der Wasserversorgung, die eine Auflage der Troika ist und von einem überwiegendem Teil der Bevölkerung abgelehnt wird, da Preisanstiege und ein Qualitätsverfall befürchtet werden. Als Gegenmaßnahme gibt es den Ansatz, jenseits gewinnorientierter Unternehmen durch den genossenschaftlichen Kauf von Wasseruhren die Versorgung selbst zu organisieren. Das wäre für 136 Euro pro Haushalt möglich,



woher der Name "movement 136" kommt. Allerdings wurden sie von der Ausschreibung der Wasserversorgung ohne Begründung ausgeschlossen, obwohl alle Voraussetzungen erfüllt wurden.

Neben den aktuellen lokalen Protesten ist eine grenzüberschreitende Vernetzung eben dieser Proteste ein wichtiges Thema des Kongresses, da sich die Krise eben nicht nur in Griechenland niederschlägt. So findet z.B. ein internationales Treffen statt, an dem alle internationalen Gäste des Festivals teilnehmen können. Es hat weniger den Charakter eines Workshops, sondern ist eher ein Plenum. In einem Kreis von ca. 100 Teilnehmer*innen aus Griechenland, der Türkei, England, Bulgarien, Italien, Frankreich, Österreich und Deutschland wird die Frage diskutiert, welche Gemeinsamkeiten die lokal unterschiedlichen sozialen Proteste haben, wie diese zusammengeführt werden und sich gegenseitig unterstützen können.

Schließlich steht zum Abschluss des Festivals der direkten Demokratie der Höhepunkt auf dem Programm: Eine Podiumsdiskussion zum Thema: "From the exception of state to the constituency of movements" mit Vetreter*innen von A.K., der Bewegung

gegen die Goldminen in Chalkidiki und der No TAV Bewegung aus dem norditalienischen Val di Susa. Durch das Val di Susa soll eine Bahnstrecke für Hochgeschwindigkeitszüge von Torino nach Lyon gebaut werden. Dies würde eine schwere Umweltzerstörung bedeuten, da Tunnel durch asbest- und uranhaltiges Gestein gebohrt werden müssten. Die wirtschaftlichen Grundlagen der Region sind hauptsächlich Landwirtschaft und Tourismus, somit wären diese Umweltzerstörungen besonders verheerend. Seit Beginn der Planungen vor 20 Jahren gibt es Widerstand gegen dieses Projekt und obwohl bereits mit den Bauarbeiten begonnen wurde, besteht immer noch die realistische Chance der Verhinderung.

Bei dem Podium wird unter anderem der Frage nachgegangen, warum der Staat in der Krise derartige Großprojekte, wie z.B. den Bau des Flughafens Notre-Dame-des-Landes in der Bretagne oder auch die Castor-Transporte im Wendland (mit Einschränkungen) verstärkt umsetzt. Einerseits wird die These aufgestellt, dass der Staat hier nach außen Handlungsfähigkeit demonstriert und nach innen diese "Pilotprojekte" mit aller Gewalt durchsetzen will, um später ähnliche Projekte einfacher zu verwirklichen. Andererseits wird die Frage aufgeworfen, inwiefern diese gleichzeitige, exzessive Ausbeutung der Natur und der Menschen eine neue Form der Akkumulation darstellt, der mit neuen Handlungsstrategien begegnet werden muss.

Zur Kenntnis genommen wird außerdem, dass das Handeln des Staates in solchen Situationen aber auch eine Radikalisierung der Protestbewegungen bewirkt. Somit werden auch Ziele formuliert, die weit über die Verhinderung der eigentlichen Projekte hinausgehen, wie an den Beispielen der No TAV Bewegung und deren Teilnahme an den Protesten gegen den EU-Jugendarbeitslosigkeitsgipfel in Torino im Juli 2014 sowie der Vernetzung der Aktivist*innen in Chalkidiki mit anderen soziale Kämpfen gezeigt werden kann. Dies ist ein Schritt, der z.B. bei den Protesten gegen Stuttgart 21 nie erfolgt ist.

Nach dieser ereignisreichen Zeit in Thessaloniki beschließen wir nach Chalkidiki zu fahren, um uns selbst ein Bild von der dortigen Situation zu machen – und auch um ein wenig entspannen zu können. Chalkidiki ist eine Region östlich von Thessaloniki, besteht aus drei Halbinseln und ist eine beliebte Touristenregion. In den direkt ans Meer anschließenden Bergen werden größere Mengen Gold vermutet. Diese Vorkommen sollten schon einmal vor etwa zehn Jahren ausgebeutet werden, was aber von der dortigen Bevölkerung verhindert wurde. Im Rahmen der Krise verkaufte der griechische Staat erneut Lizenzen, um das Gold abzubauen, welche von dem kanadischen Unternehmen Eldorado Gold gekauft wurden. Vor etwa zwei Jahren begannen die Aktivitäten des Unternehmens in der Region, welches das Gold in einem Tagebau fördern will, was verheerende Konsequenzen für die Region hätte. Aufgrund der eingesetzten Chemikalien wird eine Verseuchung des ohnehin schon knappen Grundwassers angenommen, was vielen Anwohner*innen die wirtschaftlichen Grundlagen entziehen würde, da diese ihr Geld überwiegend mit Landwirtschaft und Tourismus verdienen.

Bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, mit welcher Vehemenz die dortige Bevölkerung für die Verhinderung dieses Projekts kämpft. So ist es allein im letzten Jahr mehrfach zu massiven Ausschreitungen an den Baustellen und zur Zerstörung der Baugeräte gekommen. Seit Oktober 2012 zeigt die Polizei in Lerissos keine Präsenz

mehr. Die Menschen dort haben in dieser Zeit auch Methoden entwickelt, zwischenmenschliche Konflikte, die gemeinhin als Kriminalität bezeichnet werden, ohne die Polizei zu lösen.

Allerdings wird der Bewegung gegen die Goldminen auch eine massive Repression entgegengesetzt. So werden die Protestierenden mittlerweile von rechtsgerichteten Medien als "Terroristen" bezeichnet und es wurden einige mehrjährige Haftstrafen ausgesprochen. Andererseits erfahren die Anwohner*innen aber auch viel Unterstützung und Solidarität aus anderen Regionen. Chalkidiki ist eine der wenigen Regionen in Griechenland, in denen sich breite Teile der Bevölkerungen aktiv gegen die Nazis zur Wehr setzen, die dadurch in Chalkidiki keine Gefahr darstellen.

Es war sehr beeindruckend, während unseres Besuches etwas in die politische Praxis in Griechenland eintauchen zu können, denn diese unterscheidet sich doch teilweise von unserer Praxis. In zwei zentralen Punkten wurde uns dies deutlich. Erstens bleiben Proteste in Deutschland oftmals auf einer symbolischen Ebene stehen, ohne zu versuchen Alternativen im Alltag zu schaffen. Und zweitens gibt es einen anderen Ausgangspunkt emanzipatorischer Politik. Hier gehen derartige Projekte in der Regel von Menschen aus, die sich der radikalen Linken zuordnen und ihre Theorie umgesetzt sehen möchten, während in Griechenland vieles oftmals aus einer Notwendigkeit heraus entsteht, da der bürgerliche Staat seine selbst gesteckten Aufgaben nicht mehr erfüllt und die Menschen die Dinge im wahrsten Sinne des Wortes selbst in die Hand nehmen müssen.



Moishe Postone und das Erbe der neuen Linken

Wann war eigentlich die Krise des Kapitalismus?

CHRIS CUTRONE

Chris Cutrone von Platypus Affiliated Society (Chapter Washington) wirft einen kritischen Blick auf die Geschichte der Linken, um anhand der 68er-Bewegung und den Schriften Postones den verpassten Möglichkeiten auf den Grund zu gehen sowie daraus Schlüsse für die Gegenwart zu gewinnen. Dabei untersucht er vor allem auch die Entwicklungen in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg.

Lenin konstatierte berüchtigterweise, der Marxismus habe das Ziel, den Kapitalismus auf Basis seiner selbst zu überwinden. Dies formulierte er im Angesicht der Grauen industrieller Ausbeutung, besonders des Ersten Weltkriegs. Anders als er gelegentlich gelesen wird, war er jedoch nicht einfach ein Verfechter des sogenannten "Kriegskommunismus" oder Staatskapitalismus. [1] Vielmehr erkannte er den Staatskapitalismus als Zuspitzung der immanenten Widersprüche des Kapitalismus. Nach Lenins Tod finden wir hingegen einen Staatskapitalismus vor ohne jegliches politisches Bewusstsein seiner Widersprüchlichkeit. Dies hatte Auswirkungen auf die Rück-Entwicklung der Linken in der Folgezeit. [2]

Die Frage ist, wann die Krise des Kapitalismus einen Punkt erreicht hatte, ab dem plausibel angenommen werden konnte, dass die Welt überreif für Veränderung war? War es 1968, wie die Neue Linke vermutete, oder war es viel früher, sprich im Ersten Weltkrieg, wie es Marxisten wie Lenin dachten?

Moishe Postone ist meines Erachtens der bei weitem wichtigste Marxinterpret, der aus der Neuen Linken der 60er und 70er Jahre hervorgegangen ist. Er war Teilnehmer der damals stattfindenden "Wiederentdeckung" von Marx, die motiviert war von der allgemeinen Unzufriedenheit der 60er Jahre. Diese Wiederentdeckung fand in der ökonomischen Krise der 70er Jahre zunehmende Verbreitung. Postones Werk entstand, als sich die "keynesianisch-fordistische" Synthese, die damals vorherrschende Art des Kapitalismus, im Übergang befand hin zum Kapitalismus neoliberaler Ausprägung, beginnend in den 70ern.

Wenn Postone, genauso wie andere Denker der Neuen Linken, den Neoliberalismus als Travestie der emanzipatorischen Bestrebungen der 1960er betrachtete, stellt sich die Frage, wie sein Werk heute einzuordnen ist. Denn Postones Werk ist ein Kind seiner Zeit, der 1960er und 70er.

Es ist viel Zeit vergangen seit der Veröffentlichung der grundlegenden Werke Postones - allein 20 Jahre seit dem Erscheinen von Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft (1993): Einige der jüngeren Marxleser, die sich mit Postone auseinandersetzen, waren vermutlich nicht einmal geboren, als er seine Gedanken zu Marx verfasst und veröffentlicht hat. In der aktuellen "Rückkehr zu Marx", hervorgerufen durch die derzeitige Krise, finden auch die Betrachtungen der Marx- Rezeption der 60er und 70er wieder interessierte Leser. Und die scharfsinnigsten unter den jungen Möchtegern-"Marxisants" haben nun auch Postone für sich entdeckt und versuchen mithilfe seines Begriffsapparats der Gegenwart auf den Grund zu gehen.

Diese, wenn auch verspätete, Anerkennung des Postone'schen Werks ist wohlverdient und kann von jedem, der sich für die wahrhaft eigentümliche Herangehensweise Marxens an das Problem "Kapitalismus" interessiert, eigentlich nur begrüßt werden. Postones besondere Leistung bestand darin, den Fokus auf Marx' Kritik des Zusammenhangs von abstrakter Arbeit und abstrakter Zeit, innerhalb des Selbstwiderspruchs des Wertes im Kapital, zu legen. Dies ermöglichte es Postone herauszuarbeiten, wie Marx die Akkumulation von Geschichte im Kapital erfasste, den Antagonismus zwischen "toter Arbeit" und "lebendiger Arbeit" in der fortschreitenden Reproduktion von Kapital und der sozialen Beziehungen des Tausches von Arbeit in der Warenform des Wertes. Der Großteil der Einwände, vorrangig politischer Art, gegenüber Postones kritischen

Einblicken in das Marx'sche Vorgehen sind samt ihrem Fundament verschwunden. Diese drehten sich um die Frage des Verhältnisses von "das Proletariat transzendierender" und "das Proletariat konstituierender" Politik und das Problem der "Ontologie der Arbeit". Zur selben Zeit wurde jedoch die politische Annahme Postones - die Möglichkeit, die Politik der Arbeit zu transzendieren - von der Wirklichkeit unterhöhlt: Das Objekt seiner Kritik in der Auseinandersetzung mit Marx in den 60ern und 70ern ist fast gänzlich verschwunden. Die politische Prognose, die Postone motivierte, wurde im Nachhinein widerlegt: Sein Werk war nicht geeignet, der Neuen Linken ihren eigenen Zeitkern zu verdeutlichen, weil diese in ihren Ansprüchen scheiterte. Es trug nicht dazu bei, den Kapitalismus zu überwinden.

Liberale und staatliche Phasen des Kapitalismus – individualistisches und kollektivistisches Unbehagen

Das Scheitern der Neuen Linken ist ein höchst undurchsichtiges Problem, da ihr Erfolg die Maske des Scheiterns und ihr Scheitern die Maske des Erfolgs trägt: Die Neue Linke scheiterte genau dort, wo sie glaubte erfolgreich zu sein und war dort erfolgreich, wo sie glaubte zu scheitern. Doch weder ihr Scheitern noch ihr Erfolg hatten wirklich etwas damit zu tun, dass sie Teil der Geschichte der Linken war, sondern damit, dass sie dem ideologischen Bewusstsein für eine erneuerte Rechte den Weg bereitete. Zum Beispiel dort, wo die Neue Linke glaubte, sie habe zur individuellen Freiheit und Vielfältigkeit sozio-kultureller Praktiken, Beziehungen und Identitäten von "race, gender and sexuality" beigetragen, leistete sie doch nur ihren Teil zur lähmenden, unterdrückenden und teils genozidalen Homogenisierung, zum sozialen Konformismus, basierend auf industriell-kapitalistischer Arbeit. Tatsächlich bereitete sie den Weg für die noch weitreichendere und tiefgehendere Partizipation am Prozess kapitalistischer Arbeit auf globaler Ebene und machte Unternehmen und Regierungen nicht verantwortlicher und bürgernah, sondern noch unerreichbarer für politische Aktionen. Wenige in der selbsterklärten "Linken" heute würden behaupten, es habe seit den 1960ern einen größeren Schritt weg vom Kapitalismus, geschweige denn hin zum Sozialismus gegeben: Wie auch immer jedoch die "Bilanz" der Erfolge und Verluste der letzten Generationen aufgestellt werden, im Ganzen tendiert die Waage eher in Richtung Niederlage. Und doch ist die Vorstellung, dass wir es "nun besser wissen", dank der Entdeckungen der Neuen Linken und ihrer Fortentwicklung, heute vorherrschend. Dass sie der vorherigen überlegen sei, aus ihren Fehlern gelernt habe, denkt jedoch jede

Generation. Und genau diese Annahme von Fortschritt ist vielleicht eines der bösartigsten ideologischen Phänomene des Bewusstseins. Die Metaphysik des Bewusstseins – also der Fakt, dass das Bewusstsein seine konkrete empirische Grundlage räumlich und zeitlich transzendiert

– bedeutet, dass die Geschichte nicht bloß die faktischen Ereignisse konstituiert. Vielmehr lässt sich eine angenommene historische Kausalität einzig vor dem Hintergrund des Einflusses theoretischer Perspektiven auf unsere fortwährenden Praxen und deren Reproduktion in der Gesellschaft begreifen. Geschichte ist nicht einfach nur

DIE NEUE LINKE SCHEITERTE GENAU DORT, WO SIE GLAUBTE ERFOLGREICH ZU SEIN UND WAR DORT ERFOLGREICH, WO SIE GLAUBTE ZU SCHEITERN.

Geschichte ist nicht einfach nur eine Abfolge von angesammelten Effekten, sondern Entwicklung des Bewusstseins – oder sollte sie nach Hegel zumindest sein. [3] Die Frage ist, ob und wie die Entwicklung der gesellschaftlichen Praxen die weitere Entwicklung des Bewusstseins befördert oder eher behindert – oder sogar geblockt – hat. Was für eine Art von Bewusstsein bietet uns nun Moishe Postones Werk und wie wurde es von seinen Anhängern begriffen? Was sagt uns das über die Geschichte vom prägenden Einfluss des Postone'schen Bewusstseins bis heute?

Das Moment der Neuen Linken der 1960er

Es ist notwendig, das Moment der Neuen Linken und die darin liegenden Möglichkeiten zu bestimmen. Die 1960er erlebten die tiefe Krise des "keynesianistisch-fordistischen" liberal- sozialdemokratischen "Wohlfahrtsstaats". In den USA, welche als Vorlage für den Rest der Welt dienten, wurde das New Deal Bündnis der Demokraten aufgebrochen. Zuerst unterwanderte das Civil Rights Movement (i. F. "CRM") die Demokraten in den Südstaaten, die sogenannten "Dixiecrats". Dann unterhöhlte der Einsatz der US-Armee in Vietnam die Regierung unter Lyndon Baines Johnson (i. F. "LBJ"). Das CRM eröffnete, einen "Teil des Weges" in der Wahl von 1964 zusammen mit LBJ bestreiten zu wollen, in der Hoffnung, im Austausch für Zurückhaltung bezüglich des Anti-Kommunistischen Krieges in Südostasien Unterstützung durch LBJ in ihren Rechtsentwürfen zu erhalten. Johnsons Wiederwahl erhöhte die Möglichkeit einer Krise innerhalb der Demokraten. Dies wurde als Anlass zur Transformation der Partei gesehen. Bayard Rustin schrieb, es seit notwendig das CRM "From Protest to Politics" (dt.: "Vom Widerstand in die Politik") zu führen und die Demokraten zur Partei der Arbeit und der Schwarzen (engl.: "blacks") zu machen, basierend auf der Unterstützung der



Gewerkschaften für das CRM und die neuen "Students for a Democratic Society" (dt.: "Studenten für eine demokratische Gesellschaft"), die aus dem CRM und dem studentischen "Free Speech Movement" (dt.: "Bewegung für Meinungsfreiheit") der späten 50er und frühen 60er hervorgegangen waren. Dazu kam es nicht und die "Southern Strategy" der Republikaner, die erstmals in der Wahl von 1964 Verbreitung fand und 1968 voll realisiert wurde, trieb die Wähler der Südstaaten-Demokraten in das Lager der Republikaner. Der Gezeitenwechsel in der US-Politik wird deutlich am Unterschied der Präsidentschaftswahlen von 1952 und 1968: Bereits 1952 verloren die Demokraten gegen Dwight Eisenhower, und der damalige Kandidat der Demokraten Adlai Stevenson gewann ausschließlich im tiefsten Süden; 1968 lieferte der Süden die Grundlage für den Sieg des Republikaners Richard Nixon. Rustins Plan hätte eine Neuauflage des New Deal Bündnisses unter anderen Bedingungen bedeutet. Doch er scheiterte. Die Demokraten, welche seit 1932 die Regierung dominierten, wanderten in die Opposition, wenn sie auch bis zur "Republican Revolution" (auch "Gingrich Revolution") 1994 durch Newt Gingrich die Mehrheit im Kongress innehatten. Seit den 1930ern waren die Republikaner, wie auch heute, die Oppositionspartei. Die Republikaner genossen nie das Privileg gleichsam die Mehrheit der Regierung und des Kongresses zu stellen, was die Demokraten hingegen seit den 30ern fast durchgehend taten. Der Charakter der Politik der herrschenden Klasse in den USA bedeutete ganz bestimmte Bedingungen für jede angebliche Linke.

In den 1960ern bedeutete "Links-sein", in Opposition zur überwältigenden Demokratischen Mehrheit der Regierung zu stehen, welche weitestgehend den Anspruch erhob, die Interessen der Arbeiterklasse und Minderheiten zu vertreten. Die New Deal Coalition der 1930er

erkannte ein problematisches Bündnis aus weißen Lohnarbeitern der Südstaaten und Gruppen ethnischer Minderheiten aus den Städten des Nordens, welches in den 1960ern kollidierte. Beispielsweise begannen in den 30ern die Schwarzen zunehmend die Demokraten zu wählen, nachdem sie seit dem Amerikanischen Bürgerkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts und der darauffolgenden Reconstruction-Ära die Republikaner unterstützt hatten. Die Schwarzen wurden lediglich als eine weitere kleine ethnische Wählergruppe in die New Deal Coalition der Demokraten integriert - Adam Clayton verkörperte dies in seiner Politik. Darüber hinaus gab es die sogenannte "Great Migration" von Schwarzen, vom Süden in den Norden, seit dem Ersten Weltkrieg und den Zweiten hindurch, sowie die gewerkschaftliche Organisation der Schwarzen durch den "Congress of Industrial Organizations (CIO)" in der Great Depression (dt.: "Große Depression") der 1930er, sowie in der Kriegsindustrie der 1940er Jahre. Zur Mitte der 60er Jahre wurde LBJ, welcher den Forderungen des CRM deutlich offener gegenüber stand als John F. Kennedy, während der Krieg in Vietnam eskalierte, von der aufkommenden Neuen Linken als "Faschist" bezeichnet – als Repräsentant des autoritären Staates, der vielmehr als Hinderung, denn als Instrument der sozialen Veränderung erschien. Der Druck des CRM auf die Demokraten (deutlich im Protest der Mississippi Freedom Democrats 1964 vor dem Nominierungsparteitag) traf zur gleichen Zeit auf einen Kalten Krieg, der sich in Südostasien aufzuheizen drohte. Eine Anmerkung zum Vietnamkrieg: Die USA fuhren den Koreakrieg hindurch bis hin zum Vietnamkrieg fort mit dem Versuch, die Vereinten Nationen des Zweiten Weltkriegs aufrechtzuerhalten und zu mobilisieren; statt dem Faschismus entgegen, nun in Opposition zum kommunistischen "Totalitarismus" – sie versuchten die Strategien des Zweiten Weltkriegs in diesen beiden Kriegen weiterzuverfolgen. Der griechische Bürgerkrieg schaffte die Rahmenbedingungen für Aufstandsbekämpfungen in der Zeit nach '45. Bereits im Koreakrieg wandten die US-Strategen sich teilweise von den konventionellen Formen der Kriegsführung ab und Formen der Aufstandsbekämpfung zu. In Vietnam wurde dann mit der Bombardierungskampagne durch LBJ und später Nixon gänzlich auf die neuen Strategien gesetzt. Diese neue Form der Kriegsführung setzte den "keynesianistisch-fordistischen", sozialdemokratischen "Wohlfahrtsstaat", geführt durch die New Deal Coalition der Demokraten, einem bestimmten Druck aus. Dieser Druck war gleichsam politisch-öknomisch und sozio-kulturell, und schaffte die Rahmenbedingungen für die Neue Linke.

Das Bündnis aus Lohnarbeitenden und dem "Wohlfahrtsstaat" der New Deal Coalition diente zur Zeit des Kalten Krieges weltweit als Vorlage, gleichermaßen in entwickelten kapitalistischen Ländern, wie in den gerade unabhängig gewordenen postkolonialen Staaten. Sein Zusammenbruch schaffte die historisch-politischen Rahmenbedingungen für die Studentenunruhen und Streiks in den 1960ern. Überdies bedeutete die Unzufriedenheit mit dem Konservativismus des Ost-Blocks gegen Ende der 50er Jahre die Identifikation von New Deal Coalition und dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat mit Stalinismus, als "Staatskapitalismus" und "Staatssozialismus", beide betrachtet als politisch beschädigte Hürden für das neue Aufbegehren "von unten" in den 60er Jahren. Politische Probleme des Kapitalismus und Sozialismus wurden so gleichsam mit dem Staat identifiziert.

Das Gefühl, von der New Deal Coalition der Demokraten, welche mit der Krise identifiziert wurde, verraten worden zu sein, führte nicht nur bei den Schwarzen und Lohnarbeitenden, sondern auch unter Intellektuellen des Establishments zur Unzufriedenheit mit der Politik. Es kam zur Krise im ideologischen Gebäude des Nachkriegsstaates. So war zum Beispiel der "Neo-Konservativismus" ein Phänomen des Verlusts an Vertrauen darin, dass die Demokraten fähig seien, den Kalten Krieg erfolgreich zu führen, innen wie außen. Viele ehemalige Unterstützer und sogar Ideologen der Demokraten schufen die ideologische Basis dafür, dass die Republikaner die Krise zu ihren Gunsten ausnutzen konnten. So zum Beispiel der ehemalige Assistent der "Frankfurter Schule", Daniel Bell, der die Demokraten erst unterstützte und ihnen dann aus einer vermeintlich nicht ideologischen technokratischen Haltung heraus entgegentrat. So war die Unzufriedenheit mit dem Nachkriegsstaat vorherrschend in den 1960ern, vom unteren Ende der Gesellschaft bis hoch in die Regierung.

In Frankreich war der Mai '68 ebenfalls eine Krise des gaullistischen Nachkriegsstaats. Er begann als Studentenprotest gegen die Geschlechtertrennung von Uni-Wohnheimen – gegen die Unterdrückung von Sex in der Bildung – und entwickelte sich zur Massenmobilisierung der Studenten und Lohnarbeitenden gegen den Staat. Es wurde ganz richtig als potentiell revolutionäre Zeit betrachtet. Politisch scheiterte diese Bewegung dennoch. Viele der Neuen Linken Frankreichs bildeten die Neue Rechte.

Moishe Postone bezeichnete dies als eine Krise der "Neuen Sozialen Bewegungen", die ihre Unzufriedenheit mit dem "Staatskapitalismus" als historischer Form darstellten. Diese Formation lässt sich bis zum Zweiten Weltkrieg, der Großen Depression in den 30ern, zum Ersten Weltkrieg und vielleicht sogar noch weiter zurückführen, zu den Veränderungen des späten 19. Jahrhunderts nach der ökonomischen Krise von 1873, sowie zu der Zeit nach dem Bürgerkrieg, der folgenden "Reconstruction" – aber auch zur Bismarck'schen Politik in Deutschland, der staatlich unterstützten Entwicklung in Japan unter der "Meiji Restoration" und zu anderen Phänomenen.

1968 und 1917

Postone bezieht den Begriff "Staatskapitalismus" auf die Krise des Ersten Weltkrieges und die Russische Revolution von 1917 und charakterisiert die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki als unbeabsichtigte Instrumente des Staatskapitalismus. Aus dieser Sicht, welche in einigen Punkten jener der Frankfurter Schule der 30er Jahre ähnelt und von ihnen inspiriert ist, trugen Lassalean'sche Sozialdemokratie, der Faschismus, Lenins Bolschewismus ebenso wie angeblicher "Leninismus" (also: Stalinismus) und Keynesianismus (New Deal-Politik) zur Wendung vom liberalen "laissez-faire" Kapitalismus des 19. zum Staatskapitalismus des 20. Jahrhunderts bei, der sich zur Zeit der Neuen Linken in den 1960ern in der Krise befand.

Die Krise des modernistischen Staatskapitalismus führte jedoch nicht zum Sozialismus im Marx'schen Sinne, sondern vielmehr zur neoliberal-"postmodernen" Wende des Kapitalismus in den 70ern und 80ern, und bis heute. Postone meinte, dass das 20. Jahrhundert eine "post- bürgerliche" Form des Kapitalismus sei. Für die Frankfurter Schule jedoch war es eine Form bürgerlicher Gesellschaft in extremis: nach Adorno bleibt "[d]as Neue [...] die Not des Alten" [4]

Es gibt indessen eine wichtige Doppeldeutigkeit in Bezug auf die Russische Revolution aus Postones Sicht. Postone verurteilt den "Staatskapitalismus" der UdSSR und anderer nicht bloß als ungeeignet, sondern sogar als irreführend bezogen auf die potenzielle Möglichkeit zum Sozialismus. Doch war und bleibt dieser Staatskapitalismus eine Form der politischen Vermittlung der Arbeiterklasse an die Produktionsmittel. Postone thematisiert, trotz seiner Kritik an und Opposition gegenüber dem Sowjet-Kommunismus, die UdSSR als eine progressive Entwicklung, in einer Weise, die wir zum Beispiel bei Adorno (oder bei Trotzki in seiner Kritik am Stalinismus) nicht finden. Die Sowjetunion und ihre sozialistischen Bruderstaaten (sowie auch der Faschismus) lassen sich jedoch eher als eine dekadente, barbarische

Form der bürgerlichen Gesellschaft denn als "post-bürgerliche" verstehen. Andererseits ist Postone (rückblickend) gegen die Bolschewiki Lenins und Trotzkis in der Oktoberrevolution,

ES GIBT NICHT MEHR "DAS EINE" SUBJEKT, UND DAS IST ES, WAS WIR VON DER NEUEN LINKEN UND AUS DER POSTMODERNEN WENDE LERNEN KÖNNEN. während Adorno und andere der "Frankfurter Schule" sie befürworteten. Postone bezeichnet eine derartige Unterstützung als eine Kombination aus theoretischer Blindheit und historischer Beschränktheit, die sich in der Unreife der Produktionsmittel, als auch der Produktionsverhältnisse, für den Sozialismus äußert. Der Charakter dieses "Fortschritts" – der eigentlich ein Rückschritt war – des Kapitalismus im 20. Jahrhundert

wäre in diesem Fall die Fortsetzung des Widerspruchs der Arbeitskraft als Ware und die politische Sinngebung dieses Widerspruchs.

Das Proletariat müsste sich nicht bloß "objektiv" (ökonomisch), sondern politisch und somit subjektiv konstituieren. Die Warenform des Wertes der Arbeit müsste durch politische Praxis konstituiert werden. Doch eine derartige Praxis heute, wie zu jeder Zeit seit der Industriellen Revolution, würde den Selbstwiderspruch der Warenform offenbaren.

Die Frage ist, was eine "soziale Beziehung" konstituiert? Sie muss als eine sich entwickelnde soziale Praxis in der Geschichte thematisiert werden, statt als feststehendes Faktum. Postone thematisiert sie ökonomisch, aber nicht politisch. Darin folgt er Marxens Kapital, welches allerdings unabgeschlossen blieb und folglich nicht bis auf die Ebene der Politik gehoben wurde - als ob Marx niemals etwas geschrieben habe, was auf seine politischen Ideen hingewiesen hätte. Ja, die Frage ist, nach Postone, nicht die nach der Existenz der Kapitalisten-Klasse (das Privateigentum an Produktionsmitteln), sondern die Existenz des Proletariats, als Klasse jener Menschen, die durch die soziale Praxis der Lohnarbeit mit den Produktionsmitteln in Beziehung stehen. Diese Klasse existiert weiterhin objektiv (ökonomisch), doch die Frage ist, wie sie heute politisch vermittelt ist. Leben wir immer noch im Kapitalismus? James Heartfield hat aufgezeigt, dass die heutige "Linke" marxistische Kategorien wie "Klasse" als "objektiv" betrachtet. Dies hat den Einfluss von Politik, die sich auf Kapitalismus bezieht, zum Verschwinden gebracht. Wenn die Arbeiterklasse aufgehört hat sich als Klasse "für-sich" zu konstituieren, also subjektiv, dann hat dies einen generellen Einfluss auf Politik.5 Überdies bedeutet es, dass die Arbeiterklasse nicht einmal mehr als Klasse "an-sich" konstituiert ist, also objektiv. Für Marx war dort eine Subjekt-Objekt-Dialektik zugange - in dieser war die Subjektivität objektiv

determiniert und die Objektivität subjektiv determiniert, in der Praxis –, und zwar im Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus.

Marx hat aufgezeigt, dass die Arbeiterklasse nach der Industriellen Revolution ihre Arbeitskraft einzig kollektiv als Ware konstituieren kann. Marx hat ebenfalls aufgezeigt, dass die Kapitalisten- Klasse als solche einzig in Opposition zu der kollektiven Inanspruchnahme des Werts der Arbeit durch die Arbeiterklasse konstituiert sei. Postone weist darauf hin, dass dies so ist, weil für Marx die Dynamik des Werts der Zeit der Arbeit jene der Gesellschaft als ganzer geworden sei. Für Marx geschehe das Feilschen um den an Zeit gemessenen Wert der Arbeitskraft nicht auf der Ebene der Gewerkschaften, in Einzel-Unternehmen oder sogar Industriegewerkschaften, die ganze Produktionsgebiete umfassen, sondern auf der gesellschaftlichen Ebene in Form des politischen Kampfes der Arbeiterklasse für Sozialismus. Ohne diesen Kampf für Sozialismus ist die Arbeiterklasse nicht als solche konstituiert und ebenso wenig die Kapitalisten-Klasse. Vielmehr hat sich Gesellschaft, wie Adorno es in der Mitte des 20. Jahrhunderts beobachtete, in einen Kampf von "rackets" verwandelt und hat somit aufgehört "Gesellschaft" im bürgerlichen Sinn zu sein. Politik war für Marx "Klassenkampf" - der Kampf für Sozialismus. Ohne diesen hört Politik, im Marx'schen Sinn, auf zu sein.

In diesem Sinne müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, ob wir weiterhin im Kapitalismus leben, wie Marxisten ihn historisch verstanden haben. Ein Bewunderer Postones, **Jamie Merchant** des "Permanent Crisis"-Blogs, sprach mit **Elmar Flatschart** der Zeitschrift EXIT! und Alan Milchman von "Internationalist Perspective" auf einer Platypus-Diskussion über Wertkritik. Im Folgenden meine Frage und die jeweiligen Antworten:

Der Neoliberalismus hat möglicherweise die Erfahrung der Ära des Fordismus verschleiert, indem er sie fast schon esoterisch wiedergab, aber hat nicht der Fordismus selbst, sowie der nicht von ihm zu trennende Nationalismus noch tiefere Probleme des Kapitalismus verdeckt? Elmar, du warnst vor einer "Privilegierung" der Lohnarbeitenden als revolutionäres Subjekt, doch dadurch scheinst du den früheren Marxismus, in dem das Proletariat negativ charakterisiert wurde, mit dem Stalinismus und der Sozialdemokratie zu vermengen. Welches andere Subjekt könnte stattdessen die Selbstüberwindung des Kapitalismus "auf der Basis des Kapitalismus selbst" manifestieren, wie Lenin sie in: Der "Linke Radikalismus",

die Kinderkrankheit des Kommunismus (1920) darlegte?

Elmar Flatschart: Marx hatte eine negative Vorstellung von Klasse, insofern, als er sie als dem Kapitalismus immanent verstanden hat, was in der logischen Vorgehensweise des Kapitals deutlich wird. Doch findet man bei Marx, und mehr noch mit Engels, diese politische Privilegierung von Klasse als einem emanzipatorischen Akteur vor. Es wurden also keine anderen Fragen der Unterdrückung gestellt und somit keine anderen emanzipatorischen Subjektivitäten anerkannt. Es gibt nicht mehr "das Eine" Subjekt, und das ist es, was wir von der Neuen Linken und aus der postmodernen Wende lernen können.

Jamie Merchant: Ja, der Fordismus hat definitiv in unterschiedlicher Weise das Kapital verdeckt, besonders im Kontext des Kalten Krieges, bezogen auf die Rolle des Nationalstaats. Aber mein Argument war, dass dies eine Form der Gesellschaft war, in der das gesellschaftliche Ganze in Erscheinung trat, wodurch die Idee von Gesellschaft eine größere Verbreitung fand. Es gab in der Ära des Fordismus die Befürchtung, das Individuum könnte vom sozialen Ganzen absorbiert werden und seinen Individualismus verlieren. Aber das war bloß die Inversion der kulturellen Logik des Neoliberalismus. Der Punkt ist, dass unterschiedliche Perioden der Akkumulation unterschiedliche Formen von Gesellschaft und Furcht vor dem "Gesellschaftlichen" hervorbringen; die gesellschaftliche Form erscheint in unterschiedlich vermittelter Weise. Verschiedene Ordnungen der Akkumulation können zu verschiedenen Wahrnehmungen davon führen, was Gesellschaft ist, worin wiederum Zugänge für neue Formen von Politik gefunden werden können.

Diese Antworten klingen eher optimistisch, besonders bezogen auf den Zerfall der Neuen Linken der 60er und 70er als Bewegung, ganz zu schweigen vom Postmodernismus der 80er und 90er. Postone behauptet, dass der traditionelle Marxismus die gesellschaftliche Totalität des Kapitalismus affirmiert und eigentlich nach dieser trachtet, wirklicher Sozialismus diese hingegen abschaffen würde. Die Frage ist jedoch die nach ihrer Transformation ihrer "Aufhebung". Sollte der Marxismus den Kapitalismus jemals als Totalität begriffen haben, dann kritisch, als totale Krise der Gesellschaft, die der Kampf für den Sozialismus verschärfen, jedoch nicht direkt überwinden, würde. Aber die Krise wurde verschleiert und trat bloß in disparaten Phänomenen in Erscheinung, deren Verbindung unklar bleibt.

Postone bot das deutlichste Bewusstsein vom Unbehagen der 1960er, die als erste

Möglichkeit verstanden wurden, über den Kapitalismus durch Überwindung jener Formen von Politik, die das Proletariat konstituieren hinauszugehen. Doch sie wurden nicht überwunden, sondern ohne Versöhnung aufgelöst. Um das Proletariat zu transzendieren, müsste es sich erst einmal konstituieren.

Wir zahlen auch weiterhin den Preis für vergangene Fehler des Marxismus, welche naturalisiert und hypostasiert – also verdinglicht – wurden. In diesem Sinne stehen wir immer noch vor der Aufgabe, Lenin zu erlösen. Wir stehen immer noch vor der Notwendigkeit, den Kapitalismus auf seiner eigenen Grundlage zu überwinden.

Anmerkungen

[1] Lenin schrieb: "Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren, unsäglichem Elend preiszugeben. Wir "unterstützen" diese Entwicklung nicht, wir, fordern" so etwas nicht, wir kämpfen dagegen. Aber wie kämpfen wir? Wir erklären, die Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen sind progressiv. Wir wollen nicht zurück, zum Handwerk, zum vormonopolistischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts über die Trusts usw. hinaus und durch sie zum Sozialismus." (Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, 1916/17, verfügbar online unter: https://www.marxists.org/ deutsch/archiv/lenin/1916/10/militaer.htm)

- [2] Siehe meinen Text: 1873-1973: The century of Marxism," Platypus Review 47 (June 2012), verfügbar online unter: http://platypus1917.org/2012/06/07/1873-1973-the-century-of-marxism/
- [3] Hegel, Die Philosophy der Geschichte
- [4] Adorno, Theodor W.: Reflexionen zur Klassentheorie, S. 375. In: Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften 8, S. 373-392. Frankfurt: Suhrkamp.

Die englische Originalfassung dieses Artikels findet ihr in Kürze auf unserer Homepage: www.magazin.umsganze.org

Vor der Haustün



Den Einzelfall verhindern!

Über linksradikale Praxisversuche im Kampf gegen Zwangsräumungen

ANDERE ZUSTÄNDE ERMÖGLICHEN

In Berlin gibt es eine lange Geschichte linksradikaler, stadtpolitischer Praxis. Parallel zu einem Aufflackern der militanten Freiraumszene begann um 2006 ein neuer Zyklus stadtpolitischer Proteste mit dem Kampf gegen die Bebauung der Spreeufer in Friedrichshain-Kreuzberg. Daran anknüpfend kam es zu mietenpolitischen Protesten und Organisierungsansätzen. Wir nehmen als Gruppe an den hier entstandenen Protesten teil. Der Fokus in diesem Artikel liegt auf der Arbeit im Bündnis "Zwangsräumung verhindern", das sich im Herbst 2012 gründete. Dabei zeigen wir an diesem Beispiel, wie eine emanzipatorische, linksradikale Praxis über die Szene hinaus wirken kann. Nach einer kurzen Einführung zum Zwangsräumungsbündnis beleuchten wir dafür drei, aus unserer Sicht wichtige, Bestandteile der Praxis genauer: Solidarität, theoretische Einbettung und Konflikt. Abschließend stellen wir die Arbeit im Bündnis in den Kontext unserer politischen Arbeit und stadtpolitischen Ansätze. Diese Überlegungen sind unsere Sicht auf die Tätigkeit des Bündnisses "Zwangsräumung verhindern" wir sprechen dabei nicht im Namen des Bündnisses.

Bei der Herausbildung der derzeitigen stadtpolitischen Kämpfe in Berlin gelang es der Szene die politisch gewollte Entwicklung steigender Mieten mit dem traditionellen Protestpotential zu verknüpfen. Die stadtpolitischen Akteure formierten sich hier nicht von Beginn an explizit antikapitalistisch. Wie häufig bei bewegungslinken Inhalten begannen auch diese

Kämpfe mit einer inhaltlichen Verkürzung, in diesem Fall auf steigende Mieten und die damit einhergehende Verdrängung. Vor dem Hintergrund einer neoliberalen Hegemonie muss es aber bereits als Erfolg gelten, wenn diese Entwicklungen nicht stillschweigend hingenommen, sondern zunehmend skandalisiert werden. Es gelang in den letzten Jahren regelmäßig, öffentliche Reden linksradikal zu beeinflussen, auch weil die Politik lange Zeit versuchte, sich durch Ignoranz aus der Affäre zu ziehen und die Kritik an steigenden Mieten nicht von einer institutionalisierten Opposition oder Nichtregierungsorganisationen verwaltet wird. So bekam zunächst der Begriff Gentrifizierung und die Aufwertung von Stadtvierteln eine negative Wertung. Daran anschließend wurden steigende Mieten und Verdrängung in der ganzen Stadt problematisiert. Dabei unterstützen sicherlich die "objektiven Fakten", gleichzeitig ist die Politisierung dieser Entwicklung weitgehend einer stadtpolitisch-linksradikalen Szene zuzuordnen.

Zwischen Einzelfall und Gesamtscheiße

Mit dem Bündnis "Zwangsräumung verhindern" (BZV) wurde eine stadtpolitische Organisierung etabliert, die einerseits verstärkt einen antikapitalistischen Ansatz verfolgt und andererseits über die Szene hinaus weist. Das BZV baut dabei stark auf den Strukturen der Basisarbeit in den Stadtvierteln, besonders in Kreuzberg, auf. Der Startschuss für das BZV war die drohende Zwangsräumung von Nuriye Cengiz, welche sich mit Zetteln in den Fenstern ihrer Wohnung gegen ihre Räumung positioniert hatte. Die Politisierung von und der direkte Protest gegen Zwangsräumungen nahm dann erheblich an Fahrt auf als im Herbst 2012 Familie Gülbol die Räumung der Wohnung in der Lausitzer Straße 8 angedroht wurde und am 14. Februar 2013 schlussendlich vollzogen wurde. Um die Zwangsräumung zu sabotieren hatte das BZV zu Blockaden mobilisiert, die verhindern sollten, dass die zuständige Gerichtsvollzieherin den Räumungstitel zustellen konnte. Ungefähr 1000 Menschen blockierten sowohl vor dem Hauseingang als auch an beiden Straßenecken. Sie waren mit einem Großeinsatz der Polizei konfrontiert. Dieser gelang es letztlich mit über 800 Polizist*innen, einem Hubschrauber und einer als Polizistin verkleideten Gerichtsvollzieherin, die Wohnung zu räumen.

Im Folgenden kam es noch zu drei weiteren Blockadeversuchen von Zwangsräumungen. Im März 2013 kam es zur Räumung der Wohnung von Rosemarie F., einer älteren Frau, die vom Arzt ein Attest zur 'Räumungsunfähigkeit' hatte und auch mehrfach selbst angekündigt hatte, eine Räumung nicht ertragen zu können. Nach der vollzogenen Räumung verstarb diese tra-

gisch zwei Tage später in einer Kälte-Nothilfe. Angesichts der zunehmenden Proteste und einer immer kritischeren Öffentlichkeit versuchten Vermieter*innen, insbesondere öffentliche Wohnungsbaugesellschaften, Zwangsräumungen zu vermeiden um damit Blockaden und Protesten aus dem Weg zu gehen. Die Blockade gegen die Räumung der Familie Gülbol ermöglichte demnach eine erfolgreiche solidarische Praxis gegen Zwangsräumungen. In letzter Zeit konnten darauf aufbauend die meisten Zwangsräumungen, die das Bündnis begleitet hat, verhindert werden. Ungefähr 20 Zwangsräumungen wurden so schon durch die Tätigkeit des Bündnisses abgewendet.

Solidarität und Organisierung im Bündnis

Solidarität mit den Betroffenen ist im Zwangsräumungsbündnis elementarer Bestandteil und Beginn der Praxis. Sie prägt auch die Organisierung des Bündnisses. Die Betroffenen, das heißt die Leute, um deren Zwangsräumung es aktuell geht, sind Teil des Plenums. Alle Aktionen werden zusammen besprochen, alles wird gemeinsam abgestimmt. Das prägt das Plenum, manches ist langsamer, manches, für Aktivist*innen selbstverständliche, muss erklärt werden. Andere Perspektiven auf Probleme zu bekommen, ist für uns sowohl in Hinsicht auf mögliche Praxisfelder als auch in Bezug auf die theoretische Einbettung weiterbringend. Entlang der Geschichte der Betroffenen wird deutlich, wie die einzelne Zwangsräumung mit den allgemeinen Mechanismen von Herrschaft verflochten ist. Die konkrete einzelne Geschichte fordert die allgemeine Erklärung aber auch heraus und es entsteht ein anderer Zugang zu theoretisch-praktischer Analyse. Was für eine Rolle spielt die Verordnung einer gesetzlichen Betreuung und Pathologisierung von psychischen Problemen bei Zwangsräumungen, bei der Disziplinierung in der Gesellschaft? Was sind die Politiken der staatlichen Wohnungsbaugesellschaften? Welche Rolle spielt Rassismus dabei, ob es zu Mietsteigerungen, behördlichen Schikanen und letztlich Zwangsräumungen kommt? Der Zusammenhang von verschiedenen Herrschaftsverhältnisse kann manchmal im Konkreten klarer erkannt werden, als er im Allgemeinen erscheint. Staatliche Zurichtungstechniken sind für Privilegierte schwieriger zu erkennen, weil sie diese häufig anders oder gar nicht erfahren. Disziplinierung und Einschüchterung können aber dann an ihre Grenze stoßen, wenn die Betroffenen sich von einer solidarischen Gruppe umgeben fühlen. Hier kann die Organisierung einen Raum bieten, in dem die Betroffenen als politische Subjekte agieren können und in dem sie ernst genommen und nicht unter die Sachzwänge staatlich-kapitalistischer Herrschaft und ihrer

Techniken subsumiert werden. Es ist für das Bündnis zentral, dass es kein Dienstleistungsunternehmen ist. Die Betroffenen geraten bei uns nicht zum "Fall", der abgehandelt wird. Inwieweit das gelingt, hängt natürlich stark

DIE BETROFFENEN, DAS HEISST DIE LEUTE, UM DEREN ZWANGSRÄUMUNG ES AKTUELL GEHT, SIND TEIL DES PLENUMS. ALLE AKTIONEN WERDEN ZUSAMMEN **BESPROCHEN, ALLES WIRD GEMEINSAM** ABGESTIMMT.

mit der Bereitschaft der Betroffenen zusammen ein gewisses Vertrauen gegenüber dem Bündnis aufzubauen und es als politischen Widerstand





gegen Zwangsräumungen, behördliche Drangsalierung und kapitalistische Sachzwänge wahrzunehmen. Teilweise sind Betroffene auch nach ihrer Zwangsräumung im Bündnis aktiv und bringen ihre Erfahrungen ein. Die eigenen Privilegien mit zu reflektieren und auch die Unterschiede zu anderen Positionen

DIE FRAGE IST DABEI, WIE WIR UNS GEMEINSAM ORGANISIEREN UND POLITIK MACHEN KÖNNEN, AUCH WENN WIR TEILWEISE SEHR VERSCHIEDENE LEBENSSITUATIONEN HABEN. und Lebensläufen nicht einfach zu ignorieren, ist aus unserer Sicht wichtig. Es ist feststellbar, dass sich Hierarchien in der Zusammenarbeit abbilden, durch Wissensvorsprung oder Habitus. Die Frage ist dabei, wie wir uns gemeinsam organisieren und Politik machen können, auch wenn wir teilweise sehr verschiedene Lebenssituationen haben. Dies ist kein einseitiger Prozess.

Ein aufbrechendes Bewusstsein wird weder durch das Verstecken der eigenen Lebenssituation und theoretischen Überzeugungen erleichtert, noch durch das Einigeln in den eigenen Positionen und Verhaltensweisen. In der Konsequenz stellt sich natürlich auch die Frage, wo die Zusammenarbeit aufhört. Ist es okay, wenn ein Betroffener rechte Freunde hat? Geht es nur um die Zwangsräumung oder erwarten wir von den Betroffenen ein insgesamt politisch richtiges 'Weltbild'?

Die unmittelbare Erfahrung in einer sozial homogenen Gruppe bei einer Demo verkloppt zu werden, erleichtert sicherlich jede Staatskritik - wichtig ist aber auch die soziale Realität mit Solidarität zu koppeln, das Gemeinsame zu erfahren und zu reflektieren. Schließlich geht es ja auch darum 'unseren' Antikapitalismus mit dem Bedürfnis der Betroffenen, nicht zwangsgeräumt zu werden, zu verknüpfen - also den Kampf der Betroffenen zum eigenen Kampf zu machen und unsere Motivation dahinter zu vermitteln, die die jeweilige Zwangsräumung verhindern will und dabei gleichzeitig möglichst jede weitere erschwert. Das funktioniert, so unsere Erfahrung aus dem BZV, meistens am besten, wenn man sich kennt, wenn man gemeinsam plant und gleichzeitig dabei versucht bestimmte Rollenmuster zu überwinden. Es geht also nicht um einseitige Politisierung der Betroffenen, sondern um das gegenseitige Lernen voneinander.

Gegenüber der hartnäckigen Erzählung, die kapitalistische Prozesse als Naturhaftigkeit erklärt, der gegenüber die Einzelnen ohnmächtig seien und eben schauen müssten, wie sie zurecht kämen, muss zunächst die Solidarität gesetzt

werden. Solidarität heißt für uns erst einmal, dass wir die Betroffenen bei ihrer Zwangsräumung unterstützen und bei ihnen sind. Das BZV geht beispielsweise mit vielen Leuten ins Gericht oder zu Ämtern, redet mit Verantwortlichen in der Stadtverwaltung oder mit Hausund Wohnungsbesitzenden und baut dadurch Druck auf. Wir versuchen dabei die Geschichte der Betroffenen öffentlich zu machen und die konkrete Hilfe mit einer allgemeinen Kritik zu verbinden. Die Zwangsräumung soll verhindert werden und da dies seit dem eskalierenden Beginn um die Familie Gülbol und Rosemarie F. meist im Vorfeld Erfolg hatte, tritt das Bündnis deswegen auch nicht direkt konfliktuell auf. Diese solidarische Praxis ist ungewohnt erfolgreich und weist über das Konkrete hinaus. Es geht darum den gesellschaftlichen Zwängen, der gelebten Konkurrenz und Vereinzelung ein anderes Leben, eine andere Form der Organisierung entgegen zu halten. Denn schlussendlich zielen wir in unserer politischen Tätigkeit nicht vorrangig auf eine Gesellschaft voller Kundgebungen und Transparente, sondern streben nach einer, welche mehr Solidarität und bedürfnisdienende Organisierung

ermöglicht. Das Ausüben und die Erfahrung von Solidarität sind für eine gegenseitige Bezugnahme wichtig, denn sie zeigen über unserer Gesellschaft hinaus. Ein gemeinsamer Gerichtsbesuch ist nicht sonderlich spektakulär, aber wir haben festgestellt, dass die Erfahrung mit einem existenziellen Problem nicht mehr allein zu sein, eine starke Wirkung hat.

Die Schwierigkeit einer solchen Praxis ist klar, es droht die Ersetzung staatlicher Institutionen durch eine Sozialarbeit und Hilfestellung, welche die eigenen Strukturen auffrisst. Das BZV beschäftigt sich stark mit juristischen, logistischen und sozialen Details; und eine Außenwirkung dieser Tätigkeit ist häufig nicht feststellbar. Eine Wohnungsbaugesellschaft beispielsweise hatte dem Bündnis eine Nummer gegeben, die wir anrufen sollten, wenn wir eine Betroffene von ihrer Gesellschaft hätten. Eine andere hat einen runden Tisch angeboten, an dem wir gemeinsam nach Lösungen für Betroffene suchen sollen. Als Linksradikale sind wir eher Abwehrreflexe von staatlicher Seite gewöhnt, aber hier versuchen sie uns eher als "Partnerin" einzubinden. Der Abbau von sozialen Sicherungsnetzen könnte so im Extremfall durch das ehrenamtliche Engagement von Linken aufgefangen werden, die im Einzelfall was erreichen und den Großteil der Scheiße trotzdem an sich vorbei rauschen lassen müssen. Die institutionalisierte Trennung von sozialer und politischer Tätigkeit gilt es einerseits zu überwinden, sie ist andererseits aber mit erheblichem Zeitaufwand

verbunden. Unserer Meinung nach kann das vor allem gelingen, wenn es schon eine größere Anzahl von Menschen und Gruppen gibt, die in einem Themenbereich erfolgreich zusammenarbeiten und damit eine direkte solidarische Praxis an einem Punkt

aufbauen. Unser Ziel kann nicht die Professionalisierung der Einzelfallhilfe sein, wir müssen ständig auf die politische Dimension unserer Tätigkeit achten. Die Reaktion auf die Schwierigkeiten sollte aber nie sein, soziale Arbeit völlig aus der politischen Praxis zu verbannen. Wir meinen, dass eine Praxis der Solidarität dann eine radikale gesellschaftskritische Wirkung entfalten kann, wenn sie von einer politischen und konfliktuellen Praxis begleitet ist.

Die politische Stoßrichtung

Der Protest gegen Zwangsräumungen kann das Besondere auf eine einleuchtende Weise mit dem Allgemeinen verbinden. Wir wollen nicht, dass eine bestimmte Person geräumt wird, wir sind solidarisch mit ihr und gleichzeitig hinterfragen wir das Eigentum an Wohnraum, die Wohnung als Ware, wir kritisieren die

Funktionsweisen der kapitalistischen Stadt, die Rolle der Politik und Polizei. Dass das Private und Einzelne politisch und diskursiv verhandelt werden, ist ein Erfolg. Wir wollen einen empörenden Akt, der einzelne Menschen trifft, sichtbar machen, als politisch kennzeichnen und die Betroffenen

SCHLUSSENDLICH ZIELEN WIR IN UNSERER POLITISCHEN TÄTIGKEIT NICHT **VORRANGIG AUF EINE GESELLSCHAFT VOLLER KUNDGEBUNGEN UND TRANS-**PARENTE, SONDERN STREBEN NACH EINER. WELCHE MEHR SOLIDARITÄT UND BEDÜRFNISDIENENDE ORGANISIERUNG ERMÖGLICHT.

aus der Vereinzelung herausholen. Durch die Aktionen des Bündnisses wurde der gesamte Komplex erstmals in größerem Rahmen öffentlich, auch wenn Zwangsräumungen schon seit Jahren Standard sind.

und gesellschaftlicher Ohnmacht verbunden sind, ist den meisten Menschen klar. Es ist uns allerdings noch nicht nennenswert gelungen dagegen eine reale antikapitalistische Perspektive aufzumachen, auch wenn es natürlich immer wieder in Texten auftaucht. Im Diskurs wurden steigende Mieten und Verdrängung als Problem gesetzt und auch weitgehend das Versagen der herrschenden Parteien vermittelt.

Die stadtpolitische Szene hat zwar eine antikapitalistische Perspektive in Theorie und Praxis immer wieder aufgezeigt. Aber trotz vieler kleiner Erfolge ist die Situation natürlich weit davon entfernt, gesellschaftstransformierend zu sein. Dazu sind die Mobilisierungsfähigkeit und die Unterstützung zu gering,

ist die gesellschaftliche Lage nicht gegeben und die Repression zu mies.

Die Politisierung der einzelnen Zwangsräumung ist medial gut möglich, neigt aber zu einer Verkürzung hin zu einem "Skandal", so dass grundsätzliche Ursachen in den Hintergrund treten. So sind Zwangsräumungen mit Privatvermieter*innen natürlich besonders empfänglich für bestimmte Arten von irreführender Kapitalismuskritik. In Teilen der stadtpolitischen Szene tauchen in Veröffentlichungen in bestimmten Fällen die üblichen Tiere auf, wie Haie, Geier, Schweine. Spekulant*innen werden als das Böse identifiziert und in schlechter Tradition des Mietwuchers angeprangert; das Problem ist

Dass Zwangsräumungen mit Verdrängung

STAATLICHER INSTITUTIONEN **DURCH EINE SOZIALARBEIT** UND HILFESTELLUNG, WELCHE **DIE EIGENEN STRUKTUREN** AUFFRISST.

ES DROHT DIE ERSETZUNG

selbstredend nicht erst der sogenannte Wucher, sondern das Mietverhältnis als solches. Die emotionale Zuspitzung einer Zwangsräumung birgt große Gefahren diese regressiven Momente zu mobilisieren. Dabei ist es wichtig die Benennung einzelner Akteure auf dem Wohnungsmarkt, die im Einzelnen natürlich eine ursächliche Mitverantwortung für eine Räumung haben, mit den konstituierenden Strukturen von Staat, Kapital und Recht zu verbinden.

Für die inhaltliche Ausrichtung halten wir es aber auch für wichtig zu sehen, dass sich aus den Mietenprotesten nicht linear der Umsturz der kapitalistischen Vergesellschaftung ergibt. In der Konsequenz wäre es kaum weiterbringend in jedem Flyer auf die befreite Gesellschaft zu verweisen, die nach den Mietenprotesten kommen wird. Die inhaltliche Stoßrichtung ist zunächst das Ende des Wohnungsmarkts, das Ende der Wohnung als Ware und die politische Selbstbestimmung über das eigene Wohnen und Leben. Eine demokratische

DASS DAS PRIVATE UND EINZELNE POLITISCH UND DISKURSIV VERHANDELT WERDEN, IST EIN ERFOLG.



oder kommunistische Wohnraumorganisierung wird es im bürgerlich-kapitalistischen Staat nicht geben. Die Kämpfe um die Stadt können isoliert also nicht das erreichen, was sie wollen. Der Kampf muss sich letztlich gesamtgesellschaftlich ausweiten. Aber Mietenproteste können dazu ein Anstoß sein.

Konflikt

Die dritte Komponente, die für uns Teil einer linksradikalen Praxis sein sollte, ist die konfliktuelle. Eine grundsätzliche Kritik an den Funktionsweisen und Abläufen des Bestehenden drückt sich besonders eindrücklich in einem praktischen Überschreiten dieser Abläufe aus, neben der inhaltlichen Zuspitzung auch in der Produktion einer Radikalität der Bilder und Ereignisse. Das Verständnis der gesellschaftlichen Zustände läuft nicht nur über rationale Erkenntnis, sondern auch über das emotionale und körperliche Empfinden. Die Aufregung und Emotionalität z.B. bei einer Blockade mit Polizeieinsatz führt dazu, dass stärker nachvollzogen werden kann, dass die Zustände ungerecht sind und dass Aktivität notwendig ist. Diese emotionale Erkenntnis erreicht nicht nur die Teilnehmer*innen einer Aktion, sondern auch die Freund*innen, denen davon berichtet wird und Menschen, die Bilder oder Videos sehen. Es ist für eine politische Dynamik immer wichtig, einen konkreten Punkt benennen zu können, warum es gerade jetzt wichtig ist aktiv zu werden und eine Situation herbeizuführen, in der die einzelne Person spürt, dass sie sich gegen unhaltbare Zustände auflehnt. Der Konflikt ist nur ein Mittel zur Vermittlung, er ist nicht der Zweck der Organisierung. Konfrontative Aktionen können aber den Gewaltcharakters des Normalzustands sichtbar machen und sie können das Politische zum Vorschein bringen. Es kann deutlich werden, dass das Bestehende nicht alternativlos ist, sondern angegriffen und hinterfragt werden kann.

Die Perspektive des Konflikts verbindet sich mit Fragen der Vermittelbarkeit, Anschlussfähigkeit und Repression. Die Blockade einer Zwangsräumung, wie oben vorgestellt, ist eine kollektive Aktionsform und knüpft an die Diskurse von zivilem Ungehorsam á la Dresden an. Sie ermöglicht es direkt in die Nachbar*innenschaft hineinzuwirken. Das hat das Bündnis bisher noch nicht in einem nennenswerten Umfang realisiert, ist aber zukünftig möglich. Die Resonanz auf bisherige Zwangsräumungsblockaden war in der Nachbar*innenschaft ausgesprochen positiv, auch wenn viele Menschen nicht direkt mobilisiert werden konnten. Das Interesse und die Unterstützung sind besonders in Vierteln, in denen steigende Mieten ein Problem sind, groß. Die Blockade ist damit eine Form Öffentlichkeit

zu bekommen, die Nachbar*innen direkt zu erreichen und den Konflikt und Widerspruch deutlich zu machen. Die Blockaden bei der Zwangsräumung der Familie Gülbol waren eher bunt, weil sich auch viele Nachbar*innen dem Protest anschlossen. So war die Identifizierung als "böse linke Szene" für die Gegenseite schwie-

riger. Das ist unserer
Meinung nach ein Prozess,
der durch solche offenen
Aktionen und Kampagnen
mit ausgelöst wird. In
diesen die konkreten
Möglichkeiten einer konfliktuellen Dynamik zu
entdecken und zu gestalten, halten wir für zentral.

DIE EMOTIONALE ZUSPITZUNG EINER ZWANGSRÄUMUNG BIRGT GROSSE GEFAHREN DIESE REGRESSIVEN MOMENTE ZU MOBILISIEREN.

Es geht eben auch darum, der körperlichen kapitalistischen Praxis von Disziplinierung und Kontrolle, Unsicherheit und Angst, eine antagonistische körperliche Praxis entgegen zu setzen. Diese Dynamik ist aber beschränkt, gerade solange eine Bewegung noch relativ marginal ist. Hier kann es wichtig sein, den Konflikt als Reaktion auf die herrschenden Zustände einsichtig zu machen. Er ist eine Reaktion auf strukturelle Gewalt und Ausgrenzung, die bei Bedarf mit konkreter Polizeigewalt durchgesetzt werden. Ein konfliktuelles Ereignis kann aufzeigen, dass die herrschenden Zustände auf Gewalt gebaut sind und nur durch die gewaltvolle Zurichtung der Menschen aufrechterhalten werden können. Es durchbricht den Normalzustand und zeigt die Verhandelbarkeit des Bestehenden. Tiefgreifende Veränderungen gesellschaftlicher Organisierung werden durch das Überschreiten gesetzter Grenzen und der Legitimierung dieser Grenzüberschreitungen erreicht. Eine konfliktuelle Dynamik ist also essenziell für das Erzielen von gesellschaftlicher Veränderung – sollte aber politisch, theoretisch und strategisch reflektiert werden und mit einer breit angelegten Aktivierung verbunden sein.

Ausblick

Wir selbst sind seit Gründung des BZV Teil der Organisierung und es ist derzeit unser primäres stadtpolitisches Bündnis. Die stadtpolitische Szene ist stark von Einzelpersonen und nicht-klassischen Gruppen geprägt. Im Bündnis Zwangsräumungen verhindern sind wir beispielsweise die einzige sogenannte Politgruppe. Und auch wir als Gruppe haben keinen homogenen Zugang zur Arbeit im BZV. Die oben geschilderten Schwierigkeiten der Organisierung betreffen uns natürlich auch als Einzelne, nicht nur als Gruppe. ,Soziale Arbeit' ist nicht Teil der Szene-Sozialisierung und muss erst individuell angenommen werden. Darauf hat nicht jede*r Lust und/oder dafür Zeit. Sind Proteste gegen Zwangsräumungen wirklich

antikapitalistisch oder sind sie zu nah dran an staatsbürgerlicher Empörung, die lediglich ein Recht auf Mieter*in sein einfordert? Lohnen sich die Mühen der solidarischen Vernetzung und Unterstützung, oder will man die Kapazitäten doch eher in den nächsten greifbaren Demo-Event oder eine inhaltliche Auseinander-

setzung stecken? Hier gibt es bei uns keinen Konsens, weder in der Praxis noch in der Analyse. So beschränken wir uns als Gruppe auch nicht auf Stadtpolitik und innerhalb der Stadtpolitik nicht auf das Bündnis Zwangsräumung verhindern. Wir

nehmen an vielen anderen stadtpolitischen Aktivitäten teil, die teilweise auch eine explizit antikapitalistische, linksradikale Ausrichtung haben. So hatten wir zuletzt die Verteidigung des AZ Köln unterstützt und zur Flora-Demonstration am 21. Dezember in Hamburg mobilisiert. Die Kämpfe um die Rote Flora sind für uns auch in geschichtlicher Hinsicht zentral, denn es geht bei besetzten Häusern wie der Flora um nicht weniger als die Zeug*innenschaft linksradikaler Vergangenheit und eine gegenwärtige Verortung antikapitalistischer Alltäglichkeit. Auch wenn das BZV in gewissem Sinne als ein "Raus aus der Szene!" verstanden werden kann, wäre eine Reduzierung darauf fatal, da eine solche Organisierung, gerade in den Anfängen, äußerst prekär ist. Die ganzen oben skizzierten Schwierigkeiten einer Organisierung außerhalb der Szene dürfen aber eins nicht verdecken: auch innerhalb der Szene gibt es bekanntlich Tücken und Herausforderungen. Die organisatorischen und inhaltlichen Differenzen in der Szene sind ja nicht als Selbstbeschäftigungsmaßnahme entstanden. Natürlich versuchen auch wir unsere theoretischen Überzeugungen zu vermitteln, eigene Perspektiven zu setzen und Verkürzungen zu kritisieren. Mit "Spot the Touri", einer Plakatkampagne die das Touri-Bashing im Anti-Gentrifizierungsdiskurs als falsche Identitätspolitik kritisiert hat, hatten wir im Sommer 2010 damit innerhalb der bürgerlichen Presse einige Aufmerksamkeit bekommen, in der Szene zumeist Unverständnis geerntet. Uns ist es aber wichtig, dass wir keine 'Einheitsfront' unterstützen, sondern Abweichungen und Kritik Teil einer jeden emanzipatorischen Bewegung sind. Dabei sollte die Kritik nicht andere Menschen einschüchtern, sondern zu einer Reflexion anregen.

Wir halten als Fazit drei Thesen fest:

a) Stadtpolitik ist in der politischen Stoßrichtung häufig noch auf Einzelfälle und lokale Phänomene reduziert. Eine Gesellschaftskritik ...ums Ganze!, ausgehend vom stadtpolitischen Kontext, wird noch zu selten formuliert. Die ist möglich und wir halten es zukünftig für nötig, einerseits die lokalen Phänomene theoretisch stärker miteinander zu verknüpfen, als auch aufzuzeigen, dass die Berliner städtische Entwicklung nicht nur lokalen Einflüssen folgt, sondern generalisiert werden kann, um damit eine Kritik an den Strukturen von Verwertung und Staat zu ermöglichen.

b) Die Mobilisierungsfähigkeit bei stadtpolitischen Protesten ist zurzeit zu gering. Gleichzeitig bieten städtische Konflikte die Möglichkeit einer eruptiven

Protestdynamik. Abgesehen davon halten wir die stadtpolitischen Kämpfe nicht für Beiträge einer linearen Entwicklung hin zur anderen Gesellschaft, sie sind stattdessen Teil einer allgemeinen Politisierung. Unsere Aufgabe ist es, diese Politisierung emanzipatorisch voranzutreiben und die

ES IST WICHTIG EINE PRAXIS ZU FINDEN, DIE ÜBER SYMBOLISCHE SZENEPOLITIK HINAUSGEHT. DAFÜR IST DER KONTAKT ZU LEUTEN NOTWENDIG, DIE NICHT DIE GLEICHE LINKSRADIKALE SOZIALISATION HABEN.

Verhältnisse zu kritisieren. Dafür muss nicht in jedem Flyer Kapitalismus als Gesamtscheiße benannt werden. Es geht aber darum eine antagonistische Haltung zu verbreitern, die sich Konflikte und Eskalationen zutraut. c) Es ist wichtig eine Praxis zu finden, die über symbolische Szenepolitik hinausgeht. Dafür ist der Kontakt zu Leuten notwendig, die nicht die gleiche linksradikale Sozialisation haben. Mit diesen Menschen gilt es eine gemeinsame Organisierung zu finden, die sowohl eine gemeinsame Praxis als auch eine gemeinsame theoretische und politische Stoßrichtung beinhaltet. Gelebte Solidarität kann dabei eine Perspektive in eine andere gesamtgesellschaftliche Organisierung aufzeigen.





Warum es beim Frauenkampftag ums Ganze geht

Reclaim Feminism!

TOP B3RLIN

Die Gruppe TOP B3rlin hat zum Frauen*kampftag 2014 einen Text verfasst, dessen Aktualität sobald leider nicht vergehen wird! Dieser kennzeichnet einen Zwischenstand in der Diskussion über das Verhältnis von Feminismus und Kapitalismus und warum man "the F-Word" nicht dem bürgerlichen Staat überlassen kann. Die Diskussion ist noch lange nicht abgeschlossen, und ...umsGanze! ruft auch 2015 wieder zum Frauen*kampftag und zu reger Beteiligung auf!

Wenn die Bundesarbeitsministerin erklärt, dass sie Feminismus braucht, "weil nur eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichgestellt sind, eine moderne Gesellschaft ist", dann zeigt das ziemlich deutlich, dass das F-Wort etwa so viel politischen Sprengstoff wie eine Luftpumpe hat. Weitere Beispiele dafür finden sich zuhauf: die Debatte, die unter dem Hashtag #Aufschrei versuchte Alltagssexismus darzustellen, die Kampagne Pinkstinks, die sich gegen hellblaue und rosa Geschlechterstereotype wendet oder zuletzt der viel diskutierte Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung in Friedrichshain-Kreuzberg, keine sexistische Werbung mehr auf den (wohlbemerkt wenigen) bezirkseigenen Werbeflächen zuzulassen. All diese wichtigen Debatten und Kampagnen werden größtenteils ohne öffentlich wahrnehmbare theoretische oder praktische Beteiligung linksradikaler Gruppen geführt. Klassische feministische Interpretationen und antisexistische Interventionen werden weitgehend dem bürgerlichen Lager überlassen. Das F-Wort hat längst einen verstaubten und überholten Anklang. Das zeigt sich auch im defensiven Subtext des Spruchs "still loving feminism". Was eigentlich einen Versuch darstellt, sich Feminismus wieder anzueignen, verrät gleichzeitig die Notwendigkeit, ihn zu verteidigen. Wenn sich Politiker_innen von SPD über Linkspartei bis zu den Grünen, Stadtverwaltungen und Unternehmen dazu bekennen, könnte es so scheinen, als wäre Feminismus kaum noch geeignet, um eine radikale Kritik der Verhältnisse voranzubringen.

Frauen* an die Front

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch an der jahrzehntelangen Professionalisierung und Institutionalisierung feministischer Ansätze ablesen, die von Frauenförderung über Gleichstellungsindikatoren zu Gender Mainstreaming reicht und faktisch ihre Entradikalisierung nach sich zog. Wer sich die Landschaft der staatlichen Gleichstellungspolitik und -diskurse genauer anschaut, wird schnell feststellen, dass die vielen schönen Worte, Maßnahmen und Instrumente meist nur eine rhetorische Funktion haben und in der Praxis weitgehend wirkungslos bleiben. Ein Großteil staatlicher und betrieblicher Gleichstellungspolitik basiert zudem auf einer quantitativen Vorstellung, die den Gleichstellungserfolg durch Indikatoren und Quotierungen misst. Diese Vorstellung manifestiert sich etwa in der "Frauen an die Spitze"-Argumentation, wie der Titel einer Kampagne des Bildungsministeriums lautet. Dabei geht es nicht primär um Gleichberechtigung, sondern um die Nutzbarmachung weiblicher Humanressourcen und Potentiale. Ähnlich wie beim Diversity Management wird der Aspekt der strukturellen Ungleichheit von Geschlecht neoliberal gewendet und in ein modernisierungstheoretisch aufgeladenes Paradigma verkehrt. Oder einfacher ausgedrückt: Gleichstellung wird zur Voraussetzung einer modernen kapitalistischen Gesellschaft, in der kein Potential ungenutzt bleiben soll. Wie alle als "Andere" und "Verschiedene" verstandene Menschen sollen auch Frauen* betriebs- und nationalökonomische Vorteile verschaffen. indem sie helfen Ineffizienzen weiß-männlich-heterosexueller Routinen zu überwinden. Ein Beispiel ist etwa die Rede von weiblich konnotierten soft skills, die der moderne Manager für effiziente Personalpolitik braucht. Dass sich Frauen* in defizitärer Manier durch Rhetoriktrainings und Verhandlungsgeschick an eine männliche Norm anpassen sollen, um erfolgreich zu sein, wird dadurch aber keineswegs in Frage gestellt, sondern sogar institutionalisiert.

Die ideologische Grundlage dieser gleichstellungspolitischen Bemühungen ist allerdings

ebenso krude wie falsch. Die auf Ober- und Mittelschichten bezogene Gleichstellungspolitik geht nämlich einher mit der Feminisierung von Migration und von Armut. Ebenso sind auch dem Gender Mainstreaming gegenläufige geschlechterpolitische Tendenzen, die auf eine Retraditionalisierung der Geschlechterrollen zielen, nach wie vor virulent - etwa eine bürgerlich-konservative Familienpolitik, die durch Maßnahmen, wie Betreuungsgeld und Ehegattensplitting an dem Ernährer-Hausfrau bzw. dem Ernährer-Zuverdienerinnen-Modell festhält. Aber auch die Perspektive eines Elitenfeminismus, der etwa durch Quotierungen in Aufsichtsräten erreicht werden soll, ist in mehrfacher Hinsicht problematisch: Finanzielle Unabhängigkeit bspw. vom Familienernährer ist zwar eine notwendige Grundlage für Emanzipation und Befreiung aus patriarchaler Herrschaft, faktisch entsteht jedoch eine Doppelbelastung für erwerbsarbeitende Frauen*. Die Verteilung der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern hat sich eben nicht wirklich verändert. Die Frauen*, die Karriere machen, müssen die Reproduktionsarbeit entweder einkaufen (diese wir dann wiederum von anderen, deklassierten und meist migrantischen Frauen* verrichtet) oder eben auf Kinder und Familie verzichten - eine Entscheidung, die Männern* nicht abverlangt wird.

Abgesehen davon basiert bereits die Idee, Erwerbsarbeit für Frauen* sei gleichbedeutend mit ihrer Emanzipation, auf einer idealisierenden Vorstellung von Arbeit, die den kritischen Blick auf die kapitalistische Ausbeutung ideologisch verstellt. Die bloße Integration von Frauen* in kapitalistische Verhältnisse hat daher kein echtes emanzipatorisches Potential. Gerade deshalb bedarf es einer radikalen Kritik an allen herrschaftlich strukturierten Verhältnissen. Andernfalls bleiben feministische Forderungen allzu leicht auf der kulturellen Anerkennungsebene stehen, wo sie häufig eine seltsame Allianz mit den Zielen der Neuordnung kapitalistischer

Verwertung eingehen oder für diese nutzbar gemacht werden können. So fiel etwa die Forderung nach mehr Erwerbsbeteiligung von Frauen*

DIE AUF OBER- UND MITTELSCHICHTEN
BEZOGENE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK GEHT
NÄMLICH EINHER MIT DER FEMINISIERUNG
VON MIGRATION UND VON ARMUT.

in einer Zeit, in welcher der Fordismus gerade in eine Krise geraten war, auf fruchtbaren Boden. Das Familienernährermodell war nationalökonomisch zu teuer geworden und Frauen* somit als lohndrückende "Reservearmee" äußerst nützlich beim Um- und Abbau des Sozialstaates. Die Kritik an den liberalen Inhalten eines bürgerlich geprägten Feminismus ist so alt, wie

die Geschichte der Frauen*bewegung selbst. Bekannte Kritikerinnen sind etwa Clara Zetkin, die sich für einen sozialistischen Feminismus einsetzte, die "Lohn für Hausarbeit"-Bewegung

der 70er Jahre, die Bielefelder Entwicklungssoziologinnen mit ihrem Subsistenzansatz, Aktivist_innen of Colour wie FeMigra, die früh auch in Deutschland die Verschränkung

GLEICHSTELLUNG WIRD ZUR VORAUS-SETZUNG EINER MODERNEN KAPITALIS-TISCHEN GESELLSCHAFT, IN DER KEIN POTENTIAL UNGENUTZT BLEIBEN SOLL.

verschiedener Herrschaftsverhältnisse analysierten, oder das Netzwerk von Wissenschaftlerinnen aus dem globalen Süden, DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era). Sie alle eint die Erkenntnis, dass Feminismus und Gleichberechtigung niemals Mainstream sein können, so lange der kapitalistische Malestream auf Ausbeutung, Konkurrenz und Unterdrückung beruht.

Queer und frei?

Seit Beginn der Finanz- und Währungskrise und der damit einhergehenden größeren ökonomischen Unsicherheit ist das Thema Ökonomie in der Frauen*- und Geschlechterforschung auf einmal wieder en vogue. Interessanterweise zu einem Zeitpunkt, an dem das gesamte Feld durch die Kulturwissenschaft überrollt worden ist und damit eine "Butlerisierung" deutscher Universitäten bis hin zu queeren Szenepolitiken stattgefunden hat. Das von Judith Butler angestoßene, mittlerweile aber verselbständigte "Queer-Theorem", hat - zumindest in Deutschland - fast alle bisherigen Debatten auf den Müllhaufen der Geschichte verfrachtet. Zwar ist der dekonstruktivistischen Intervention von Butler und anderen Theoretiker_innen in die Frauen*- und Geschlechterforschung die radikale Kritik an Zweigeschlechtlichkeit, Heteronormativität und der scheinbaren Neutralität von (Natur-)Wissenschaft hoch anzurechnen.

Damit machten sie die radikalen queeren Kämpfe auch theoretisch sichtbar. Und es war wohl eine der wichtigsten kritischen Einsichten der Gender Studies, dass Frauen*be-

wegung und Geschlechterforschung durch ihren Fokus auf Geschlecht diese Kategorie selbst essentialisier(t)en, anstatt auf deren Überwindung hinzuarbeiten. Andererseits aber hat der Fokus der gender Studies auf Diskurse und Performanzen oft konkrete Analysen der materiellen Bedingungen geschlechtlicher und sexueller Ungleichheiten und Normen





übersprungen, d.h. die Frage, wie Geschlechtlichkeit als soziales Verhältnis überhaupt entstehen und reproduziert wird – und damit ihre Strukturierung durch kapitalistische Verhältnisse und nationale Interessen ignoriert.

Auch ist die Queer Theory selbst nicht ideologiefrei. Mit ihrem Anspruch, Geschlecht zu pluralisieren und dadurch abzuschaffen, tappt die Queer Theory selbst in die Ideologiefalle des Jahrhunderts: Die Pluralisierung von Geschlechtsidentitäten passt sich nämlich wunderbar in die neoliberale Passform der Flexibilisierung ein. Oder anders gesagt: Ausgebeutet werden alle Arbeitnehmer_innen – ganz unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität, wenn auch durchaus in unterschiedlicher Weise. Denn weiterhin sind Menschen, die sich nicht in die zweigeschlechtliche Matrix fügen, zugleich in spezifischer Weise von heterosexistischer

DIE BLOSSE INTEGRATION VON FRAUEN* IN KAPITALISTISCHE VERHÄLTNISSE HAT DAHER KEIN ECHTES EMANZIPATORISCHES POTENTIAL.

Normierung, Ausgrenzung und Gewalt betroffen, insbesondere entlang von Klassengrenzen und rassistischer Zuschreibungen. Queer-Politik und -Theorie, die diese Phänomene rein identitätspolitisch als Ergebnis kultureller Diskurse denkt und dabei die materielle Realität außen vor lässt, greift zwangsläufig

ins Leere. Auch deshalb können die bisherigen Versuche, Queer-Ansätze mit Antikapitalismus zusammenzubringen, selten überzeugen. Sie bleiben meist darauf beschränkt, den Kapitalismus diskursiv zu dekonstruieren, weil sie ihn fast ausschließlich unter dem Paradigma des Diskurses verstehen. Sie verfehlen damit seine historische und materielle Verfassung.

Care for Communism

Für eine linksradikale Perspektive bietet die aktuelle Care-Debatte Anknüpfungspunkte. Darin wird die Bedeutung gesellschaftlicher Reproduktion - von der Hausarbeit bis zur Kindererziehung und Altenpflege - für Geschlechterungleichheit untersucht. Die Erkenntnisse daraus sind aufschlussreich, wenn auch nicht allzu überraschend: Dass Reproduktionsarbeit zu Niedriglöhnen oder auch umsonst quasi "nebenbei" verrichtet wird, ist kein Zufall, sondern liegt in der Produktions- und Regulationsweise des kapitalistischen Systems begründet. Wie dies im Einzelnen geschieht und nach welcher Logik der gesamte Care-Sektor funktioniert, wird durch die Debatte besonders eindrucksvoll dokumentiert. Wenn es jedoch um konkrete Lösungsansätze und Verbesserungsvorschläge geht, muss nicht selten wieder der gute alte Sozialstaat herhalten. In sozialdemokratischer Manier wird dann argumentiert, dass der Staat gegensteuern und seiner Verantwortung für die gesellschaftliche Reproduktion nachkommen muss, wenn Geschlechterungleichheit für den Kapitalismus funktional ist.

Die ganze Care-Debatte deshalb über den Haufen zu werfen, wäre aber zu kurz gedacht. In der Analyse ist einiges zu holen, nur die Konsequenz muss eine andere sein. Schließlich war es die Care-Debatte selbst, die staatliche Interessen an der Steuerung von Care-Work in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellte. Sorgetätigkeiten werden sowohl marktförmig wie auch privat organisiert und unterliegen staatlicher Regulation (v.a. Gesundheits-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik), die je nach Erfordernissen auf Kommodifizierung oder auf Reprivatisierung von Sorgetätigkeiten setzt. Es ist natio-

nales Interesse, dass diese Tätigkeit bis über die Grenzen der individuellen Belastbarkeit der Sorgenden hinaus so nationalökonomisch günstig wie möglich ausgeübt werden - zum Wohl des Standorts eben. Den Nationalstaat zu bitten, seine Politik an der sorgeökonomischen Entlastung der Einzelnen auszurichten, ist ebenso realitätsfremd wie die Forderung nach einem menschlichen Kapitalismus. Ein radikaler Feminismus sollte deshalb nicht nur antikapitalistisch, sondern auch antinational und gegen den Staat gerichtet sein. Will er gleichzeitig die Verschränkung mit strukturellem Rassismus mitdenken, kommt er auch um eine antirassistische Perspektive nicht umhin. Schließlich zeigt die Care-Debatte besonders eindrucksvoll, wie Geschlechterungleichheit im Kapitalismus mit einem rassistischen Grenz- und Abschieberegime zusammenwirkt. Dies gelingt ihr etwa durch die Analyse von globalen Care-Ketten, die entstehen, weil der Reproduktionsbereich in den Industrieländern zu prekären Arbeitsbedingungen an migrantische Haus- und Pflegearbeiterinnen outgesourct wird. In der Frage nach der Reproduktion liegt aber nicht nur ein Mehrwert für die Analyse von Ungleichheit im Kapitalismus, sondern auch für die eigene politische Praxis. Nur die Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir gesellschaftliche Reproduktion für und in einer befreiten Gesellschaft organisieren wollen, bietet eine Perspektive, die nicht in die Sozialstaatsfalle tappt.

Let's make sexism history

Und wie sieht es mit der antisexistischen feministischen Praxis im eigenen Sumpf aus? Schließlich blieb auch die marxistische Theorie oft auf dem Geschlechterauge blind. Es war häufig der Ignoranz und Abwehr männlicher Theoretiker geschuldet, dass Geschlechterverhältnisse keinen nachhaltigen Eingang in die marxistische Theoriebildung fanden oder gar als Nebenwidersprüche abgekanzelt wurden. Dieser blinde Fleck zieht sich von Marx bis zur neueren Marxlektüre. Auch unsere antikapitalistischen und antinationalen Interventionen scheitern meist an dem Anspruch, Geschlechterverhältnisse in Theorie und Praxis mitzudenken. Wie also weiter? Der erste Schritt ist die eigentlich altbekannte Erkenntnis, dass unser politisches Engagement nicht jenseits der herrschenden Verhältnisse stattfindet. Wir sind zwar unterschiedlich sozialisiert, aber alle in einer patriarchal geprägten Welt aufgewachsen und somit keineswegs davor gefeit, stereotype Geschlechterbilder durch unser Handeln tagtäglich zu reproduzieren und damit auch zu zementieren.

Die größte Schwierigkeit ist, dass ein solidarischer Reflexionsprozess dieser Herrschafts-

mechanismen viel aufreibender, langwieriger und anstrengender ist als eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Thema. Ein Patentrezept gibt es hier ebenso wenig wie für die Abschaffung des Kapitalismus. Klar ist nur, dass ein Feminismus, dem es ...ums Ganze! geht, auch eine konse-

quente Reflexion und Transformation der eigenen Inhalte und Praxis braucht. Um eine solche hatte sich etwa die Fantifa-Bewegung in den 90er Jahren bemüht. Die notwendige Auseinandersetzung fängt bei unserem Politik- und

NUR DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER FRAGE, WIE WIR GESELLSCHAFTLICHE REPRODUKTION FÜR UND IN EINER BE-FREITEN GESELLSCHAFT ORGANISIEREN WOLLEN, BIETET EINE PERSPEKTIVE, DIE NICHT IN DIE SOZIALSTAATSFALLE TAPPT.

Theorieverständnis an, geht über Verhaltensweisen, Habitus und eigene Codes, also über das, was wir als radikalen Ausdruck verstehen und was nicht). Sie muss auch klären, wie wir unsere eigene Reproduktion während unserer politischen Praxis organisieren, und hört beim sogenannten Privatleben noch lange nicht auf. Eine befreite Gesellschaft muss eben nicht nur ökonomische Zwänge überwinden, sondern auch Rassismus und Sexismus, in welcher Form auch immer. Kommunismus kann nur die Aufhebung aller hierarchischen Arbeitsteilung und aller Formen der Herrschaft von Menschen über Menschen sein. Für dieses Projekt muss an allen Fronten entschieden gekämpft werden. Es geht um nichts Geringeres als um das schöne Leben für alle.

Anmerkung

* Wir haben die Begriffe "Frau" und "Mann" mit Sternchen* markiert. Wie auch der Gender_Gap soll das Sternchen zugleich darauf hinweisen, dass es unterschiedliche Identitätskonzepte von Weiblichkeit und Männlichkeit sowie Menschen gibt, die sich nicht in der Zweigeschlechtlichkeit wiederfinden. Zugleich ist Zweigeschlechtlichkeit als soziales Verhältnis wirkmächtig und muss benannt werden. Die Begriffe "Frau" und "Mann" bezeichnen nichts Natürliches, sondern sind

Positionen in diesem Verhältnis.



Vokü und Adorno

und warum eins nicht ohne das andere zu haben ist



Die Gruppe the future is unwritten aus Leipzig musste feststellen, dass wer austeilen kann, auch einstecken können muss. Nach von verschiedenen Seiten geäußerter Kritik an einer Praxisfeindlichkeit der Gruppe im folgenden eine Antwort: Ein Text mit Überlegungen zum Verhältnis von Theorie und Praxis – nicht nur in der eigenen politischen Arbeit, sondern auch innerhalb der radikalen Linken überhaupt. Ein Versuch, der Theorie einen Platz innerhalb einer praktischen Bewegung zuzuweisen.

Anlass

In dem Text "Linke Leipziger Zustände" aus dem Ceeleh #208 [1] wurde uns und anderen Leipziger Gruppen vorgeworfen, die "Idee einer im Kapitalismus herrschenden Totalität von Tauschwert" (Zitat Ceeleh Text) zu vertreten. Diese müsse letztlich zu einer Vorverurteilung aller Formen widerständiger Praxis als Teil des falschen Ganzen und zu einer Blockierung weiterer emanzipativer Erfahrungen führen. Laut dem Autor seien jedoch diese Erfahrungen, in denen Herrschaftsformen durchbrochen und alternative Möglichkeiten der Vergesellschaftung vorstellbar werden, gerade der Ausgangspunkt für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse. Erworben würden sie durch die Politisierung des eigenen Lebens; d.h. durch eine spezifische "richtige Praxis", die darauf ziele, "jene Werte und Umgangsformen, um welche es ganz subjektiv geht, jeden Tag konsequent

aufs Neue vorzuleben und ohne Herrschaftsanspruch weitergeben zu suchen." Konkret geht es dabei um anzueignende Räume, insbesondere Hausprojekte, selbstverwaltete Strukturen etc., in denen die Konturen einer besseren Gesellschaft entworfen und umgesetzt werden können. Bis dahin gibt es in diesem Text wenig, dem wir widersprechen würden, außer eben, dass diese Kritik auf uns - und insbesondere auf den diskutierten Text "Aufruhr im Gemüsebeet" - zuträfe. Denn in diesem Text ging es uns nicht darum, als kritische Kritiker eine unausweichliche und umfassende Verdinglichung zu behaupten, um davon ausgehend anderen Akteuren ihre notwendigen ideologischen Verblendungen nachzuweisen. Vielmehr ging es gerade um das spezifische Problem, ob und wie eine konkrete Praxis, nämlich die Intervention in die Blockupy-Proteste, in der Form eine Erfahrung ermöglicht, in der wir nach unseren eigenen Grundsätzen kooperieren können. [2]

Uns stellt sich jedoch die Frage, ob das, was eine Politisierung des eigenen Lebens für uns heißen würde, mit den vorhin beschriebenen Praktiken schon zureichend erfasst ist und ob es tatsächlich möglich ist, ohne weiteres zu bestimmen, was eine "richtige Praxis" kennzeichnet. In der Tat: "Was wären Linke eben ohne solche Räume, in denen schon praktiziert werden kann, was eine bessere Gesellschaft ausmacht?" Sie sind der Ausdruck einer spezifischen Form der Selbstermächtigung, da in ihnen der Versuch unternommen wird, konkrete Herrschaftsformen zu überwinden und bestimmte Lebensbereiche nach eigenen Kriterien einzurichten. In diesem Sinne lassen sie sich als eine konkrete Form widerständiger Praxis verstehen. Wer eine solche widerständige Praxis jedoch allein als konsequente und umfassende Umsetzung der eigenen "Werte und Umgangsformen" in den eigenen Handlungszusammenhängen versteht, läuft gleichwohl Gefahr sich zeitlich zu überfordern, alle eigenen Handlungen unter Rechtfertigungszwänge zu stellen und sich in den alternativen Biotopen einzurichten, in denen diese Überzeugungen allgemein geteilt werden. Darüber hinaus sind solche alternativen Räume ungewollt exklusiv, schließen sie doch beispielsweise Szenefremde oder Menschen, die nicht genug zeitliche Kapazitäten haben, aus. Dies führt dann gerade nicht zu einer umfassenden Politisierung des eigenen Lebens, sondern zu einer erweiterten Form der Privatheit, in der maximal nichts falsch, aber auch nicht mehr als sie selbst richtig gemacht wird.

Im Gegensatz zu dieser privatisierten Form von Praxis, die allemal notwendig, aber keinesfalls hinreichend ist, möchten wir im Folgenden das Primat der gesellschaftlichen Praxis als erkenntnistheoretische Grundlage



kritischer Theorie geltend machen. Kritische, widerständige oder revolutionäre praktische Erfahrung ist so als Dreh- und Angelpunkt kommunistischer Aktion und als Bedingung kritischer Reflexion überhaupt zu verstehen. Nicht zuletzt soll damit auf den Vorwurf des Theoriechauvinismus oder Theorieidealismus – d. h. der Annahme, von einer kritischen Warte aus, sich selbst nicht mehr als (widerständig-) tätiges Individuum zu begreifen, sondern quasi-objektiv die Verdinglichung der anderen zu konstatieren – eingegangen werden, der gegenüber unserer Gruppe geäußert wurde. [3]

Von der Möglichkeit der Erfahrung zur reflexiven Praxis

Wenn, um beim Beispiel der linken Freiräume zu bleiben, davon gesprochen werden kann, dass Menschen diese erkämpfen, verteidigen und ihren Alltag darin organisieren, weil sie dort tendenziell bessere Erfahrungen machen, als ihnen der sich stets wiederholende Horror menschlichen Zusammenlebens in der Restgesellschaft bietet, dann ist darin schon viel über die Stellung der Praxis gesagt. Denn offensichtlich sind Menschen, die dies tun, in der Lage, eine praktische Erfahrung zu machen, an denen sie sich stören, die Unbehagen hervorruft und die tendenziell unerträglich wird. Macht einen die Monotonie der Lohnarbeit oder das rassistische Ressentiment in der Nachbarschaft wütend, so kommt man dazu, diese Zustände für falsch zu halten und zu versuchen, die Erfahrung davon, was falsch ist, zu reflektieren. Daraus folgt der Versuch, die Wirklichkeit so zu verändern, dass man unter diesen Empfindungen derselben nicht mehr zu leiden hat und dass andere nicht mehr darunter leiden müssen. Politisierung heißt dabei also, von den eigenen konkreten Unrechtserfahrungen und Beschränkungen auszugehen, die wir erleiden.

Dass es nun aber den besonderen Individuen möglich ist, dieser Erfahrung gewahr zu werden, verweist selbst auf eine basale Prämisse widerständiger Subjektivität und Kritik. Denn wer, wie uns von Daniel Palm im Ceeleh vorgeworfen wird, von einer alles determinierenden Totalität des Tauschwerts ausgeht, widerspricht sich im Vollzug dieser Aussage selbst. Wäre dem so, wie wäre dann Kritik an der warenförmigen Gesellschaft überhaupt noch möglich? Wenn die Menschen eben keine besonderen Individuen mehr wären, sondern völlig als variables Kapital verdinglicht würden, d.h. in ihrer warenförmigen Subjektform komplett aufgegangen wären, dann gäbe es auch keine Erfahrung mehr, die den Individuen als widersprüchlich und leidvoll entgegenkommen würde. Vielmehr muss doch von einer widersprüchlichen Totalität ausgegangen werden, die

in der Dualität von Gebrauchswert und Tauschwert schon in der Grundkategorie kapitalistischer Vergesellschaftung, der Ware, begründet liegt [4] und welche die Bedingung der Möglichkeit von Erfahrung und Kritik erst konstituiert. Diese Dualität schlägt sich eben auch in

den Individuen als Widerspruch zwischen besonderem Mensch und abstrakter, warenförmiger Subjektform nieder und ermöglicht so ein Bewusstwerden dieser widersprüchlichen Form; z.B. in der Tatsache, dass, wie vermittelt auch immer, noch für die (zahlungskräftigen) Bedürfnisse besonderer Menschen produziert wird und nicht einfach nur ein abstrakter Wert,

"HIN UND HER UND HIN UND HER GERISSEN/ ZWISCHEN VERSTEHEN WOLLEN UND HANDELN MÜSSEN" (BLUMFELD)

diese Gebrauchswerte aber nicht unmittelbar dem Gebrauch der Menschen zukommen. Leidvolle Erfahrung ist also in sehr vermittelter Weise dadurch möglich, dass es eine konkrete Gebrauchswertdimension gibt, die in entäußerter und dem irrationalen Zweck der Kapitalakkumulation subsumierter Weise existiert und die es anzueignen gelte. Käme dieser objektiven Widersprüchlichkeit keine Wahrheit zu, so wäre auch Kritik nicht mehr objektiv und so wären auch die konkreten Leidenserfahrungen entweder nicht da oder subjektive Spinnereien. Kritische Kritiker*innen also, die von einer allumfassenden Totalität und kompletter Verdinglichung sprechen, müssten auf der Stelle aufhören zu sprechen - oder sich wie magisch außerhalb dieser Gesellschaft befinden. Politisierung selbst wird also schon durch Erfahrung gedrängt, die sich durch Praxis konstituiert und die selber wieder zur Praxis drängt. Dass nun aber die Leidenserfahrung nicht nur als bloßes Unbehagen im Individuum verstockt, sondern Auswege aus ihr gesucht werden, bedeutet schon einen Stand von reflexiver Theorie. Die Wirklichkeit drängt zum Gedanken und diesem Gedanken kommt gegenständliche Wirklichkeit zu. Keine Theorie ohne Praxis. Zuerst richtet sich also unser Kampf immer gegen etwas. Er stellt sich gegen eine erfahrene Verwertungslogik, er ist antifaschistisch, antirassistisch, antisexistisch und so weiter. Wir grenzen uns ab gegen Strukturen und Institutionen, welche für uns das Falsche verkörpern, daraus entstanden sind und es reproduzieren. So zentral doch aber der Erfahrungsgehalt einer konkreten Politisierung ist, so beschränkt bleibt er auch, soweit man selbst nur in reflexartiger Reaktion auf die Verhältnisse verharrt. Notwendigerweise ist es die Erscheinungsebene kapitalistischer Vergesellschaftung, an der man sich stößt. Diese wiederum lässt nun ihrerseits viel Raum für Projektion oder ein Einrichten im Falschen, da die Verhältnisse selbst zu einem verkehrten, verdinglichtem

Bewusstsein drängen. Wer die Widerlichkeiten des Jobcenters erlebt und sich an ihnen stößt, muss deshalb noch nicht ihre gesellschaftliche Bedingtheit und schon gar nicht die in ihm vollzogene strukturelle Logik der Verwertung erkannt haben. Und wer sich einen Freiraum

KRITISCHE KRITIKER*INNEN ALSO, DIE VON EINER ALLUMFASSENDEN TOTALITÄT UND KOMPLETTER VERDINGLICHUNG SPRECHEN, MÜSSTEN AUF DER STELLE AUFHÖREN ZU SPRECHEN – ODER SICH WIE MAGISCH AUSSERHALB DIESER GESELLSCHAFT BEFINDEN.

erkämpft, ist nicht davor gefeit, ihn selbst bald in ein Laboratorium für zukünftige Ausbeutungstechniken verwandelt zu sehen. Hierin zeigt sich natürlich keine unaufhaltsame Verfallstendenz, sondern dass die Politisierung des eigenen Lebens eben die Politisierung

sämtlicher Bereiche einschließen muss, in denen wir dieses Leben führen; die Schule, die Universität, die Lohnarbeit, Arbeitslosigkeit und mehr. Unser Handeln sollte die Überwindung aller Zustände zum Ziel haben, in denen der Mensch ein ausgebeutetes, ein unfreies Leben führen muss. Aber auch alle Zustände, in denen der Mensch verblendet existiert, sich seiner selbst nicht mehr bewusst ist, was bedeutet, dass er keine wirklichen Erfahrungen mehr machen kann, Erfahrungen, die über das Bestehende hinausweisen.

Wenn also diese Erfahrungen nicht bloß individuell und zufällig sind, sondern gesellschaftlich erzeugt und alle Lebensbereiche betreffen, können sie auch durch ein gemeinsames Handeln

und die Erzeugung anderer Formen der Vergesellschaftung überwunden werden. Da sie jedoch in ihrer kritischen Reflexion auf eine bestimmte Form von Praxis, nämlich eine – wenn auch nur dem Anspruch nach – revolutionäre Praxis drängen, macht sich spätestens hier die Notwendigkeit nach einer kritischen und revolutionären Theorie geltend. Denn leider ist es nicht so einfach, unter dem Beton den Strand zu entdecken. Wir können nicht alles Falsche von der bürgerlichen Gesellschaft wegkratzen und was bleibt, ist die befreite Gesellschaft.

Theorie – Erfahrung, Formanalyse, Ideologiekritik

Unsere Theorie ist also zunächst eine kritische. Indem wir durch sie begreifen, wo es uns schlecht geht, und wo wir unfrei sind, durchbrechen wir ein Stück der Verblendung. Mit unseren Erfahrungen und denen anderer sollte vorsichtig umgegangen werden, denn sie sind flüchtig und leicht zu überwältigen.

Solange man selbst in diesen verstrickt ist, ist es möglich, aus den objektiven Gegebenheiten, Konflikte und Widersprüche abzuleiten. Die Verblendung wird da durchbrochen, wo wir die Konflikte erleben. Mit den Leidenserfahrungen anderer sollte deshalb auch von abgeklärten Kritikern empathisch umgegangen werden. Denn sie bilden die Bedingung der Kritik vielmehr als der mahnende, ideologiekritische Zeigefinger, der die verdinglichten Subjekte ihre Verblendung vorführt.

Wenn wir nun aber von erfahrender Praxis sprechen, auf die eine Theorie reflektiert, dann muss es, wenn wir eine revolutionäre Praxis anstreben, auch um eine revolutionäre Theorie gehen. Das heißt, dass eine Theorie, die auf die Bedingungen der kategorialen Umwälzung reflektiert, ihr historisches Scheitern in sich aufnimmt und sich immer in Bezug setzt auf ihr letztes Ziel, nämlich die befreite Gesellschaft der freien Individuen.

Dabei bedeutet revolutionäre oder kritische Theorie für uns nicht, ein isoliertes Konfliktszenario oder die gesellschaftliche Totalität möglichst vollständig zu durchleuchten und von theoretischen Prämissen heraus, Gegenwart und Zukunft "abzuleiten". Theorie selbst hat einen nachträglichen Charakter. Sie ist in der Lage, Vergangenes zu reflektieren. Revolutionäre Theorie beleuchtet einerseits das Vergangene und macht es nutzbar für das Projekt einer befreiten Gesellschaft, indem es historisches Scheitern und mögliche Regression als denkbare Konsequenzen des eigenen, gegenwärtigen Handelns zu Bewusstsein führt. Andererseits versucht sie die vorliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen, um nicht blind und in falscher Konkretion gegen sie anzurennen. Dieser wichtigen Rolle kritischer Theorie - Formanalyse und Ideologiekritik - muss aber vehement ihr Platz zugewiesen werden, der eben nur in der Reflexion praktischer Vergangenheit liegt. Theorieidealismus, der erst die vollkommene Verblendung auflösen will, um praktisch tätig zu werden, damit den handelnden Menschen nicht "die Praxis um die Ohren fliegt", beraubt sich selbst seiner eigenen Grundlage, nämlich dem erkenntnistheoretischen Primat der Praxis.

In diesem Sinne sind auch bestimmte Formen kritischer Theorie, die sich in der radikalen Linken vorfinden lassen und die uns selbst im Text von Daniel aus dem Ceeleh vorgeworfen werden, problematisch. Einerseits eine fatalistische Strukturlogik, die alle widerständigen Bewegungen danach abqualifiziert, dass sie sich nur an den Oberflächenphänomenen der Gesellschaft abarbeiten würden und nicht zum Wesen des Kapitalismus



an sich vorstoßen würden – woran, könnte man fragen, sollen sich die Leute denn sonst abarbeiten, als an den Erscheinungen der Gesellschaft? Schließlich sind diese es ja, die den Menschen als tendenziell Falsches entgegentreten und vielmehr liegt ja, wie schon erwähnt, genau in diesem Abarbeiten die Möglichkeit, den Schein zu durchbrechen, liegt eben in dieser praktischen Tätigkeit die Möglichkeit auf kritische Reflexion. Dass diese sich natürlich nicht von alleine einstellt, sondern auch Intervention und Kritik bedarf, versteht sich von selbst. Diese Strukturlogik führt aber erstens dazu, dass jegliche Bewegung, die nicht unmittelbar den Stand der vermeintlich absoluten Kritik einnimmt, keine Chance zugestanden wird, aus der Logik der Gesellschaft auszubrechen. Und zweitens, dass linksradikale Praxis sich eben nicht mehr von den konkreten Leiden konkreter Menschen aus denkt, sondern von einem abstrakten Standpunkt vermeintlich kritischer Durchsicht. Damit wird tendenziell auch der Erfahrungsgehalt von Kritik ausgehöhlt und sie selbst wird zur leblosen Phrase. Dagegen müsste gerade auf das Prozesshafte von Bewegungen insistiert werden, die - welch' Wunder - natürlich zunächst dem "falschen Ganzen" immanent sind, es jedoch je nach der ihnen gegebenen Richtung nicht bleiben müssen. Das ist jedoch nicht zuletzt von den in ihr agierenden Individuen abhängig – eine Tatsache, die strukturalistische Dogmatiker*innen gerne vernachlässigen. Andererseits ist eine Ideologiekritik abzulehnen, die aktuelle, sich noch im Prozess befindende widerständige Bewegungen nur auf ihre verdinglichten Momente abklopft und ihr daraufhin ein tendenzielles Abgleiten in die Barbarei konstatiert. In diesem Verständnis von Ideologiekritik drückt sich ein prinzipielles Missverhältnis von Theorie aus, die in diesem Modus Zukünftiges schon deduziert hat. Politische Bewegungen werden nicht mehr als im Prozess und damit offen und von handelnden Subjekten abhängig begriffen, sondern als im Vorfeld schon gescheitert. Weshalb sich diese Ideologiekritik auch darin gefällt, sich nur noch in Bezug auf gesellschaftliche Bewegungen zu setzen, um das "Schlimmste zu verhindern". Dieser Form der Ideologiekritik liegt die oben beschriebene Prämisse der totalen Verdinglichung zu Grunde. Wenn es kein Nicht-Identisches mehr gibt, so die nicht-durchschaute eigene Logik, so birgt auch nichts, was sich gesellschaftlich bewegt, das Versprechen von Befreiung. Die notwendige Konsequenz aber ist, dass solche Ideologiekritik sich selbst nicht mehr in einer Gesellschaft verorten kann, weil sie einen quasi-objektiven, vermeintlich nicht-verdinglichten Standpunkt einnimmt, den es so nicht geben kann. In dem Versuch, Widersprüche auf eine höhere analytische Ebene zu heben, lässt sie sich selbst, auch

sprachlich, aus dem zu Untersuchenden heraus. Die Sprache dieser Kritik ist dann nicht mehr als die Sprache konkreter Personen in einem sozialen Kampf zu erkennen. Sie lässt jegliche Anteilnahme an dem konkreten Leiden, das politische Bewegung evoziert, vermissen und entdeckt sich selbst nicht mehr in den Erfahrungen der anderen. Der von Daniel attestierte Theoriechauvinismus hat seine Gründe auch in diesem Missverhältnis, in dem das Theorie-Praxis Verhältnis zur ersten Seite falsch aufgehoben wird.

Trotzdem ist unsere kritische Theorie auch Ideologiekritik. Wir versuchen zu erklären, warum wir nicht immer in der Lage sind, das falsche Ganze zu sehen, und nur Ausschnitte daraus begreifen und damit zu den falschen Ergebnissen kommen. Wir versuchen, den Schein, der uns umgibt, zu durchbrechen. Aber um wohin zu kommen? Was ist hinter dem gesellschaftlich notwendig falschen Schein? Ideologiekritik als revolutionäre Theorie

und Kritik verdinglichten Bewusstseins kann verstehen lassen, wie die materiellen Verhältnisse selbstvermittelt im Bewusstsein der Menschen liegen. Somit bietet sie die Möglichkeit verkehrtes Bewusstsein aufzubrechen, und seine Bedingungen anzugreifen. So können wir mit unserer kritischen Theorie auch das (in uns) angreifen, was einer unreflektierten Praxis verwehrt bliebe. Die Bedingung der Möglichkeit von Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und so fort. Ideologiekritik kann also Praxis, die durch ein verblendetes Bewusstsein determiniert ist, als solche entlarven. [5] Damit kann sie auch in Frontstellung zu einer bestimmten Form der Praxis geraten. Sie sollte dies aber nicht tun, um den Menschen ihre falschen Bedürfnisse vorzuführen, sondern um den widerständigen Individuen die Bedingungen einer revolutionären Praxis auszuloten. Damit muss sie sich aber selbst als Teil eines politischen Prozesses begreifen.





Die Aporie der verstellten Praxis

Es ist ein Eierlauf, unsere Praxis und unsere Theorie voneinander getrennt beschreiben zu wollen, und keine der beiden ist wirklich vollständig oder wahr, wenn keine Verbindung erfolgt. Denn unsere Praxis weiß niemals, ob sie die wirkliche Praxis, also Teil einer Bewegung ist, die, da revolutionär, eine gesellschaftliche Transformation ist, oder dieser den Weg bereitet. Unsere Theorie reflektiert auf historisch konkrete Praxis und überprüft diese, ob sie tatsächlich emanzipatorisch war bzw. ist, oder nur eine weitere Anpassung des Menschen (uns) an neue Bedürfnisse kapitalistischer Produktionsweise. Unsere Theorie ist immer Reflexion auf Praxis, sie ist damit, innerhalb unserer politischen Bewegung, niemals zeitlos, pocht aber auf universale Prinzipien, mit welchen sie überhaupt erst in der Lage ist, Praxis zu kritisieren. Das heißt auch, bei aller Selbst-Verstricktheit in die Verhältnisse, den Anspruch objektiver Wahrheit, deren Maßstab die einzulösende Freiheit ist, nicht in Relativismus aufgehen zu lassen.

Wir wissen, dass unser Anspruch, revolutionär zu sein, in Zeiten formuliert wird, welche offensichtlich keine revolutionären sind und in der die historischen Erfahrungen von vielen Bewegungen, die in Regression endeten, aufbewahrt sind. Trotzdem ist unser Handeln und Denken immer darauf zu überprüfen, ob

es Zustände ermöglicht, die eine gesamtgesellschaftliche Transformation weiter voranschreiten lässt. Die Theorie kann dabei nicht in die Zukunft schauen, sehr wohl aber in die Vergangenheit, und sie kann zeigen, was die falsche Bewegung und die falsche Praxis war und ist. Durch unseren Anspruch auf revolutionäres Handeln können wir eine Hypothese aufstellen, wie unser Handeln aussehen muss, damit es, das Falsche abschaffend, zur richtigen Bewegung wird. Ob es die revolutionäre Bewegung sein wird, wissen wir erst, wenn sie sich als eine solche herausgestellt hat, aber dass es eine prärevolutionäre Bewegung ist, wissen wir schon dann, wenn mehr und mehr Menschen zu sich kommen, die Verblendung durchbrechen und darüber hinausschauen können. Unsere Praxis entwickelt sich und so entwickelt sich auch unsere Theorie, beides korrigiert sich. Auch wenn es manchmal so scheint, gibt es jedoch kein Bewegungsgesetz der Geschichte. Revolution muss gemacht werden, sie wird nicht automatisch zu uns kommen, wir müssen sie erkämpfen. Das heißt auch, dass wir Räume schaffen müssen, in denen die Menschen aus der Verblendung heraustreten können. Wir müssen die falschen Zustände aufbrechen, Risse erzeugen, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, welche Mittel wir anwenden. Unsere Theorie kann dabei keine Zukunft formen, kann keine neuen Menschen erzeugen, keine neuen Bedürfnisse erschaffen, keine Blaupause zeichnen, in welche wir die Menschen einsetzen können,

damit sie frei und glücklich sind. So eine Blaupause gibt es nicht und es kann keine positive Beschreibung all dessen, was gut ist, geben. Das kann nicht Aufgabe von Theorie sein und schon gar nicht von politischen Gruppen, sondern muss in einem kollektiven, praktischen Prozess von jedem selbst entwickelt werden.

Wenn wir von einem Theorie-Praxis Verhältnis sprechen, das sich nie statisch konstatieren lässt, sondern sich immer gegenseitig einholt, wenn also die Praxis erst die Reflexion ermöglicht und die Reflexion erst eine möglich-richtige Praxis, dann brauchen wir, um Kritik an dieser Gesellschaft üben und ihre Abschaffung abstecken zu können, eine dem Anspruch nach revolutionäre Praxis, auf die diese Theorie reflektieren kann. Es nützt also tatsächlich nur begrenzt etwas, sich stundenlang über das Theorie-Praxis Verhältnis und die Möglichkeit der Abschaffung aller Herrschaft den Kopf zu zerbrechen, denn diese theoretische Frage beschränkt sich notwendigerweise an der Praxis und ihrem Erkenntnisgehalt. Nur sie schafft neue Bedingungen, die einen möglichen Ausbruch aus der irrationalen Logik dieser Gesellschaft bietet. Wenn das Denken sich also in Aporien verliert, so kann dieses Problem nicht in ihm immanent gelöst werden, sondern es bedarf der Änderung der Bedingungen des Denkens - nämlich der Praxis. Adornos Diktum von der verstellten Praxis, das von vielen gescheiten Apologeten ja heute immer noch gern angeführt wird, um sich in Ruhe der Selbstzirkulation der Gedanken zu widmen, kann deshalb auch nicht außerhalb der Zeit betrachtet werden, in der es entstand. [6] Und ohne die Bedeutung seines Erfahrungsgehalts - Auschwitz und der Stalinismus - zu delegitimieren, muss es uns doch heute im Zeichen der alternativlosen Existenz des Kapitalismus darauf ankommen, dass die Katastrophe nicht darin besteht, dass die Gesellschaft - die nur noch eine Verfallsform der bürgerlichen ist - von ihrer negativen Aufhebung bedroht ist, sondern dass sich durch sie hindurch und ganz akut mörderische Tendenzen Geltung verschaffen und immer weitere Katastrophen möglich sind. Auch wenn es noch Schlimmeres gibt als diese Gesellschaft, bleibt wenig Gutes an ihr, dass es zu verteidigen gäbe. Wenn wir aber von der Notwendigkeit der Umwälzung ausgehen, so ist das Paradigma der verstellten Praxis eine "self-fullfilling-prophecy" und eine Absage an jede Möglichkeit der revolutionären Kritik schlechthin, die ja ihren objektiven Maßstab und einzige Daseinsberechtigung nur in einem Versuch revolutionärer Praxis finden kann. Erst, wenn wir unsere eigenen Erfahrungen mit anderen in Austausch bringen, wenn wir unsere bornierten sozialen Standpunkte verlassen, wenn wir

Möglichkeiten der selbstbestimmten Organisation schon im Hier und Jetzt ausprobieren und darauf reflektieren und wenn wir empathisch mit den Bedürfnissen von Menschen umgehen und sie nicht in instrumenteller Absicht als Objekt einer Politik oder Kritik betrachten, sondern als Bedürfnisse von Individuen auf Augenhöhe, können wir die Bedingungen der Umwälzung finden und erweitern. Die Anteilnahme der Theorie an konkreter-kritischer Praxis lässt sie erst von einem erfahrungslosen Abstraktum zu einer historisch-konkreten Kritik werden. Theorie ohne akute Praxis ist ahistorisch. Folgerungen für unsere Praxis ergeben sich daraus zur Genüge. Eine mögliche wäre, die Trennung zwischen der kommunistischen Kritik, die in abgegrenzten Zirkeln als Hobby betrieben wird, von der Monotonie und Erniedrigung, die einem im eigenen Leben zukommt, aufzuheben und beides als gegenseitigen Ansporn wahrzunehmen. Verortet man sich selbst wieder als Individuum mit konkreten Bedürfnissen, die diese Gesellschaft einem verwehrt und entdeckt man die Verzahnung, die Menschen mit anderen Problemen und Bedürfnissen mit einem selbst verbindet, so nimmt man sich auch selbst nicht mehr als Kommunist*in, dessen*deren letzter Zweck die Kritik ist, wahr, sondern als Individuum, dessen letzter Zweck seine eigene Befreiung ist, die von der Befreiung der anderen abhängt und damit der kommunistischen Kritik bedarf. Was also zu fordern wäre, ist eine politische

Praxis, in der eine linksradikale Bewegung sich in gesellschaftliche Prozesse einmischt, statt sich von ihnen abzugrenzen – ohne sich dabei selbst zu verlieren. Eine Bewegung im Raum des Politischen also, in der nicht von vorneherein gesagt

EINE BEWEGUNG IM RAUM DES POLITI-SCHEN ALSO, IN DER NICHT VON VORNE-HEREIN GESAGT WERDEN KANN, OB MAN SICH AUF DER RICHTIGEN SEITE BEFIN-DET, GANZ EINFACH WEIL DIES SELBST ERST RESULTAT EINES PROZESSES IST.

werden kann, ob man sich auf der richtigen Seite befindet, ganz einfach weil dies selbst erst Resultat eines Prozesses ist. Ergo also eine Praxis, die sich selbst nicht blind und kopflos verhält, aber der Theorie die Stellung zuweist, die ihr zukommt: Nicht identitärer Selbstzweck zu sein und Maßstab fürs linksradikale Gewissen, sondern notwendiges Korrektiv auf dem Weg zur Selbstermächtigung.

Anmerkungen

[1] vgl. Ceeleh #208, Conne Island Magazin Leipzig http://www.conne-island.de/nf/208/24.html

- [2] vgl. Mole #1: http://magazin.umsganze.org/?page_id=70
- [3] Diese Position ist selbst auch Ergebnis eines längeren Gruppenprozesses und insoweit auch Selbstkritik ehemals eigener Positionen über das Verhältnis von Kritik und Praxis.
- [4] Jeder Ware kommen im kapitalistischen Produktionsprozess zwei Dimensionen zu. Einerseits der konkrete Gebrauchswert (ein Adorno-Buch ist zum Lesen, Tofu ist zum Kochen da). Andererseits der Tauschwert, der von der konkreten Sinnlichkeit des Gegenstandes abstrahiert und dessen Grundlage die in ihm verausgabte, gesellschaftlich-notwendige Durchschnittsarbeitszeit ist. Erst durch den Tauschwert realisiert sich die Logik des Kapitalismus im Eifern nach immer mehr Wert, er ist aber notwendigerweise an seinen stofflichen Träger im Gebrauchswert gebunden.
- [5] Ein notwendiger Bestandteil dieses Prozesses ist gegenseitige Kritik. So haben auch Kritiken, wie jene in der Ceeleh bestimmt Recht, wenn sie auf den Umgangston pochen und auf das "wie" unserer Reflexion. Zu fragen wäre aber dennoch bei aller Solidarität, warum man andere, die sich als links betrachten, unkritisch unterstützen sollte? Der Mythos, dass "die Linke" eine homogene Masse ist oder es eine Art Idealbild der Gesamtlinken gäbe, sollte sich schon seit langem verflüchtigt haben. "Linke" sind anderen "Linken" nicht mehr oder weniger schuldig als jedem anderen Menschen auch.
- [6] Ferner wusste auch damals schon Adorno, dass es nicht zuletzt die Theorie ist, die an solcher verstellten Praxis krankt.



Im Zwiespalt

Der NSU-Anschlag und sein Nachspiel



ANTIFA AK KÖLN

Zehn Jahre nach dem NSU Anschlag in der Keupstraße geht der Staat in die Gedenkoffensive: Mit allen Mitteln der Öffentlichkeit kämpfen Gauck, Verfassungsschutz und Co. um die Deutungsmacht über den Anschlag. Währenddessen findet sich die radikale Linke in einem Dilemma wieder: Sie muss eine radikale Staatskritik formulieren und darf gleichzeitig keine Politik über die Köpfe der Betroffenen hinweg machen.

Im Jahre 2004 wurden die Bewohner*innen der Keupstraße im Rahmen der terroristischen Aktivitäten der neonazistischen Organisation NSU Opfer eines Nagelbombenanschlags. Nach dem Anschlag mussten die Betroffenen jahrelang ein perfides Programm der Ermittlungsbehörden über sich ergehen lassen, welches sie gezielt von Opfern zu Tätern machen sollte. Die Polizei hatte sich auf die rassistische Vorstellung versteift, dass die Betroffenen des Anschlags in kriminelle Aktivitäten verstrickt seien, weil sie Migrationshintergrund haben. Sie wiesen Hinweise der Bewohner*innen der Keupstraße, dass die Tat einen neonazistischen Hintergrund habe, zurück und schüchterten sie ein. Dies taten sie, um zu verhindern, dass sie ihre Vermutungen über einen rechten Hintergrund weiter äußerten. Die Polizei übte großen Druck auf die Betroffenen der Anschläge, auf ihre Familien und auf ihr soziales Umfeld aus. Diese sollten ihre Angehörigen beschuldigen. Die Kriminalisierungspraxis führte dazu, dass das Leid der Anschläge

durch Verdächtigungen verstärkt und in die Länge gezogen wurde. Bei dieser Repression halfen neben der Polizei auch andere Behörden, wie beispielsweise das Finanzamt mit.

Die Reaktion der Politik

Nach der Aufdeckung der wirklichen Verantwortlichen, der neonazistischen Mörder des NSU, weht nun ein anderer Wind durch die Politik. Es wird hektische Schadensbegrenzung betrieben, und alle Akteure zielen darauf ab, ihre Nichtverwicklung in die Kriminalisierung der Betroffenen zu belegen. Außerdem zeichnet sich ein Drang seitens der Politiker*innen ab, eine Positionierung für die Betroffenen PR-technisch zu verwerten. Als ein Paradebeispiel für schamlose Instrumentalisierung der Gedenk- und Aufarbeitungspolitik durch diejenigen, die dem Leid der von rassistischer Ermittlungspraxis betroffenen Menschen indifferent gegenüberstanden oder diese sogar unterstützten, kann die Beteiligung verschiedener Polit- und anderer C-Prominenter aus Medien und "Kultur" an der Kampagne Birlikte gelten. Der Zynismus, mit dem diese Menschen die Gelegenheit, ihr eigenes Image mit der Unterstützung der Opfer des Nagelbombenanschlags aufzuwerten, wahrnehmen, lässt sich am besten am Beispiel Sigmar Gabriels darstellen. Dessen Partei, SPD, hatte im Landtag NRWs lange gegen die Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses gekämpft,



der von der Piratenpartei eingefordert worden war. Erst als sich die Piraten mit Unterstützung anderer Parteien eine ausreichende Mehrheit beschafft hatten, gab die SPD ihre Opposition auf. Die SPD hat sich also in NRW aktiv der Aufklärung der Hintergründe der NSU-Morde entgegengesetzt und dies erst aufgegeben, als klar war, dass der Ermittlungsausschuss ohnehin nicht zu stoppen war.

Dennoch setzte sich Sigmar Gabriel im Rahmen des Birlikte Festes mit dem Werbespruch "Eure Bombe galt auch mir" als Unterstützer in Szene. Dies ist, auch abgesehen davon, dass die reale Opposition seiner Partei gegen Aufklärung im NRW- Landtag seine Heuchelei auf krasse Art und Weise demaskiert, eine ungeheure Anmaßung des Betroffenenstatus, die das Leid der Opfer des Anschlages relativiert. Denn der Anschlag galt eben nicht ihm, einem weißen Mann, der als Mitglied der politischen Elite zahlreiche Sicherheiten genießt, sondern denen, die entlang rassistischer und sozialchauvinistischer Unterdrückungsmechanismen ausgeschlossen werden; den Bewohner*innen der Keupstraße.

Diese wurden während der Inszenierung zu Statist*innen degradiert. Begleitet wurde diese von einer staatlichen Offensive um die Deutungshoheit über die Anschläge. So reagierte Bundespräsident Joachim Gauck auf ein Transparent, welches die Verstrickung von Geheimdiensten in den NSU- Skandal thematisierte mit den Worten, das könne er "nicht fassen." Die Vizepräsidentin des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz Catrin Rieband bezeichnete die NSU-Morde als "singuläre Ereignisse". Die Berliner Polizei ging im Vorfeld des Jahrestages der Keupstraßenanschläge gegen ein Protest-

wandbild vor, welches an einem besetzten Haus in Berlin angebracht worden war. Die Zeile "Staat und Nazis Hand in Hand" wurde unter dem Vorwand, sie beschädige die Ehre des Staates, von der Hauswand entfernt, was einen direkten Eingriff in die Meinungsfreiheit darstellt. Es herrscht eine Gleichzeitigkeit von Vereinnahmung des Gedenkdiskurses und Opposition gegen ihn. In Regionen wie der Stadt Köln, die sich ihrer "Weltoffenheit" rühmen, findet die Erzählung vom geläuterten Staat statt, der dazugelernt hat. Dazu kommt der Mythos einer Zivilgesellschaft, die "aufsteht" und "zusammensteht" (natürlich in der Realität hauptsächlich, um staatlich organisierte Toleranz- und Bratwurstfeste zu feiern). An anderen Orten wird hingegen erbittert um Schuldabwehr gerungen, und die Ermittlungsausschüsse in Sachsen und Thüringen bescheinigen dem Staat, dass die einzige Konsequenz, die er für die Verfassungsschutzverstrickung tragen muss, mehr Verfassungsschutz ist. Nahezu die gesamte Medienlandschaft berichtete von den Auftritten und Reden jener Staatsorgane, die vor Jahren noch maßgeblich Kriminalisierung und Stigmatisierung der Betroffenen mit zu verantworten hatten, und so wurden diese nun als tatkräftige Beteiligte gegen fremdenfeindlichen Hass dargestellt. Beliebt ist auch die Deutung des NSU-Phänomenes als einem "mordenden Trio", das keinerlei Bezug zur gesellschaftlichen Realität hätte. Der Staat kann die "Einzeltäter" verdammen. Auf diese Art und Weise gelingt es ihm, die Auseinandersetzung mit einem gesellschaftlichen Rassismus, der die Grundlage für den neonazistischen Terror war, zu vermeiden. Nötig ist nur eine moralische Verurteilung ohne eine wirkliche Aufarbeitung.

Neben der offiziellen Reaktion und dem herrschenden Diskurs, wie er von Staat und Mainstreammedien geführt wird, versuchten jedoch auch linksradikale Gruppen, die Anschläge, das darauf folgende Vertuschungshandeln des Staates und ihre eigene Rolle aufzuarbeiten. Auch die radikale Linke hatte lange Zeit der offiziellen Erklärung der Anschläge geglaubt. Versuche von Betroffenen, eine breite Öffentlichkeit über den neonazistischen Hintergrund der Anschläge zu informieren, hatten bereits 2006 in Form einer Demonstration in Kassel und Dortmund stattgefunden. Die radikale Linke nahm davon jedoch keine Notiz. Auch nach der Aufdeckung dominiert eher eine Beschäftigung mit den Neonazistrukturen hinter der NSU als eine öffentliche Kampagne zur Skandalisierung der Geschehnisse und Solidarität mit den Betroffenen. Dies liegt vermutlich nicht zuletzt in der Tatsache begründet, dass die deutsche radikale Linke zum größten Teil die Form einer höchst ausschließenden Subkultur hat. Als solche ist sie wenig an die sozialen Kreise

angebunden, in denen sich die Betroffenen der Anschläge und deren soziales Umfeld bewegen.

Als Reaktion auf die Aufdeckung des neonazistischen Hintergrundes der Bombenanschläge in der Keupstraße führte das Bündnis "Rosen auf den Weg gestreut" im Jahre 2011 eine Demonstration durch. Aufgrund von Kommunikationsversäumnissen von linksradikaler Seite im Vorfeld, kam eine Kooperation mit den Betroffenen der Anschläge zunächst nicht zustande. Dies wurde von Bewohner*innen der Keupstraße kritisiert. Aus dem Grund, dass sie sich von der Demonstration nicht ausreichend repräsentiert fühlten, entschieden die Veranstalter*innen, diese nicht über die Keupstraße gehen zu lassen. Die Kritik der Betroffenen konnte dennoch fruchtbar gemacht werden: Bewohner*innen der Keupstraße hielten einen Redebeitrag auf der Demonstration und aus der Kritik entstand ein Dialog, der schließlich zur Gründung der Initiative "Keupstraße ist überall" führte. Als Antifa AK nehmen wir auch an der Initiative "Keupstraße ist überall" teil. Diese konzentriert sich momentan darauf, die Betroffenen der Anschläge zu den Prozessen zu begleiten und Unterstützung zu bieten, damit sie den Nazis, welche sie ermorden wollten, und dem Staat, welcher sie nicht schützen wollte, nicht allein gegenüber treten müssen. Wenn der Prozess in München beginnt, der die Anschläge der Keupstraße verhandelt, werden wir gemeinsam mit den Betroffenen und ihren Angehörigen als Unterstützer*innen vor Ort sein.

Die Problematik der Stellvetreterpolitik

Wer sich jedoch aus linksradikaler, aktivistischer Perspektive mit Solidaritätsarbeit für von Rassismus Betroffene auseinandersetzt, sollte sich mit Stellvertreterpolitik beschäftigen. Stellvertreterpolitik ist ein Wort, was in der radikalen Linken dieser Tage oft vorzufinden ist. Viele Aktionsvorschläge, insbesondere im Aktionsfeld Antirassismus, werden mit Argumenten unter diesem Stichwort kritisch beleuchtet. Wird die Tradition linksradikaler Bewegungen in den Blick genommen, zeigt sich: Oft wurde eine bestimmte soziale Gruppe, zu der die Linke nicht notwendigerweise aufgrund ihrer Zusammensetzung einen direkten Bezug hatte, als Projektionsfläche für eigene Wünsche und Vorstellungen, sowie als Legitimationsquelle für politische Aktionen verwertet. Dies geschah oft bei großer Distanz und sogar Distanzierung von realen Angehörigen dieser Gruppen. Das Spektrum dieser Art von politischem Handeln reicht weit. Es erstreckt sich von leninistischen Parteien, die im Extremfall im Namen einer Arbeiterklasse, die unter ihnen hemmungslos unterdrückt wurde, staatskapitalistische Diktaturen errichteten; bis hinzu autonomen

Antifas, die im Namen von Migrant*innen, die weder in ihren weiß-deutsch dominierten Reihen organisiert waren noch in irgendeiner Form, nach ihrer Meinung gefragt oder auch nur kontaktiert wurden, Aktionen durchführ-

ten. Die Unterschiedlichkeit und die realen Wünsche von Angehörigen dieser sozialen Gruppen wurden und werden in linksradikalen Politgruppen oft durch Vorstellungen und Vereinheitlichungen ersetzt.

AUCH DIE RADIKALE LINKE HATTE LANGE ZEIT DER OFFIZIELLEN ERKLÄRUNG DER ANSCHLÄGE GEGLAUBT.

Insbesondere seit der Critical Whiteness
Debatte der vergangenen Jahre werden solche
Handlungsweisen jedoch zunehmend problematisiert. Antifaschistische Politik muss sich
seit diesen Konflikten stärker als vorher daran
messen lassen, ob sie wirklich den Willen
betroffener Menschen umsetzt und deren
Kritik und Einwände berücksichtigt, anstatt
sich auf ein postuliertes "objektives Interesse"
zu verlassen und einfach drauflos zu handeln.
Antifaschist*innen, die versuchen, die Kritik
an der Stellvertreterpolitik ernst zu nehmen
und entsprechend zu handeln, stehen jedoch
unversehens vor neuen Problemen. Mitunter
haben von Rassismus betroffene Menschen





nämlich wenig Interesse an antifaschistischer "Unterstützung". Es ist auch sehr verständlich, dass Betroffene kein Interesse haben, mit szenig auftretenden Aktivist*innen, die einen Slang sprechen, der oft in der Szene selbst in weiten Teilen nicht verstanden wird, zusammen zu arbeiten. Da die meisten Antifagruppen weiß, männlich und von Angehörigen der bürgerlichen Mittelschicht dominiert sind, sind Kontakte zu Betroffenen oft schlecht etabliert oder überhaupt nicht vorhanden. Oftmals werden antifaschistische Aktionen unter Zeitdruck geplant. Die Abstimmung mit den Opfern der rassistischen Zumutungen, gegen die gerade vorgegangen werden soll, fällt aufgrunddessen oft weg, da die Etablierung von Kontakten zu diesem Zweck ein langwieriger Prozess ist. Diese Erfahrung machten auch

antifaschistische Aktivist*innen, als im Vorfeld der "Rosen auf den Weg gestreut"-Demo Kontaktversuche zu Betroffenen oder Vertreter*innen der Keupstraße fehlschlugen. Auch bei der Arbeit in der Initiative stellte sich mit dem Besuch von Joachim Gauck und anderen Größen des deutschen Staates ein Problem für uns als linksradikale Aktivist*innen. Für uns war völlig klar, das Gauck und co. mit einer tiefgehenden Aufarbeitung, die die Verstrickung des Staates in die NSU Affäre und die Rolle des bundesdeutschen Nationalismus bei der Konstitution des gesellschaftlichen Rassismus thematisieren würde, wenig am Hut haben. Allerdings gingen wir im Vorfeld des Festes auch davon aus, dass der Besuch des Bundespräsidenten zumindest von einem Teil der Betroffenen der Anschläge erwünscht sei.

Eine öffentliche Fundamentalopposition hätten wir aus Gründen der Rücksichtnahme auf die Meinungen der Betroffenen daher unterlassen.

Die Konstellation der Keupstraße

Nun steht eine radikale Linke, die die Wurzeln des Rassismus in kapitalistischer Wirtschaft und bürgerlichem Nationalstaat sucht, vor einem Dilemma. Denn eine Instrumentalisierung der Opfer durch Vertreter*innen ebenjenes Staates, dessen Geheimdienst in den Aufbau der NS-Terrorzelle verstrickt ist und dessen Polizei jahrelang die Betroffenen als Täter*innen verfolgte, muss mit Protest, Skandalisierung und Widerstand beantwortet werden. Die Kampagne "Birlikte-Zusammenstehen" ist nicht etwa ein Produkt von PR-Strateg*innen der SPD oder anderer Organisationen der gesellschaftlichen Macht, sondern geschieht auch unter Mitwirkung der IG Keupstraße, einer Interessenvertretung der Bewohner*innen der Keupstraße. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die Beteiligung von Vertretern genau jener Parteien und Medien, die die Betroffenen der Anschläge jahrelang ignoriert und an deren Kriminalisierung mitgewirkt haben, von diesen gewünscht wird. Die Gründe dafür sind verständlich: Nach Jahren der Denunziation und Verdächtigung fordern die Betroffenen der Anschläge berechtigterweise eine Entschuldigung und eine Solidarisierung durch die Verantwortlichen in Politik und Medien. Das diesen eine solche Handlung aufgrund der Möglichkeit, sie zur Selbstinszenierung als die Guten im Skandal zu instrumentalisieren, nur allzu leicht von der Hand geht, ist jedoch ein problematisches Wechselspiel zwischen berechtigter Forderung der Betroffenen und PR-Kalkulation von Seiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft.

Anschläge die Möglichkeit hatten, von ihren Erfahrungen zu berichten, deren Zorn darüber, dass der Staat sie systematisch kriminalisiert und mit jahrelangen Ermittlungen gegen sie terrorisiert hatte. Diesen Menschen ist die staatliche Verstrickung in den NSU Komplex und die Realität des gesellschaftlichen Rassismus vollkommen bewusst, und sie brauchen bestimmt keine weißen, deutschen Linksradikalen, die zu ihnen kommen und ihnen das erzählen. Schon aus eigenem Selbstverständnis muss eine radikale Linke, die sich antiautoritär positioniert es vermeiden, ihre Positionen unabhängig von und gegen den Wunsch der von Rassismus betroffenen Menschen, deren Interessen sie beansprucht, zu unterstützen, durchzusetzen. Im Gegenteil muss im Dialog mit den Betroffenen, die aus eigenen Rassismuserfahrungen den Schluss ziehen, das Problem an der Wurzel zu bekämpfen, zusammen eine Kritik am deutschen Staat und am gesellschaftlichen Rassismus formuliert werden.

Nun stehen staatskritische Linksradikale vor dem Drahtseilakt, einerseits die Kritik am

Verhalten von Staatsorganen und Medien im Fall Keupstraße zu äußern und wirksam zu machen, auf der anderen Seite die Wünsche derjenigen Betroffenen zu respektieren, die wollen, das Staatsorgane und Medien bei ihnen auftreten und ihre Mitschuld eingestehen. Die Menschen auf der Keupstraße sind darüber hinaus keine politisch homogene Masse, sondern

DEN BETROFFENEN IST DIE STAATLICHE VERSTRICKUNG IN DEN NSU KOMPLEX UND DIE REALITÄT VOLLKOMMEN BEWUSST, UND SIE BRAUCHEN BESTIMMT KEINE WEISSEN, DEUTSCHEN LINKSRADIKALEN, DIE IHNEN DAS ERZÄHLEN.

gehören den verschiedensten politischen Lagern an. Auf den Treffen der Initiative "Keupstraße ist überall" zeigte sich, wenn Betroffene der

Not getting it

Sexualisierte Gewalt als strukturelles Problem

MIA KIRSCH

Dass Feminismus ein wichtiges Thema ist, zeigt sich leider auch an Gewaltstatistiken. Vergewaltigungen sind noch immer ein sehr häufig vorkommendes Verbrechen, und die Täter- und Betroffenenverteilung stark geschlechtsspezifisch. Wie der Begriff der rape culture versucht, dieses Problem als ein strukturelles zu fassen, soll in diesem Artikel einführend aufgezeigt werden. Wünschenswert wäre es, dass eine gesellschaftliche Analyse des Problems zu Lösungsansätzen und damit zu einer gewaltfreieren Zukunft führen kann. Einer, in der Menschen unabhängig von ihrer Geschlechtszuordnung, ein Gefühl der Sicherheit vermittelt werden kann.

Die Zahlenerhebung ist schwierig. Zwischen eine von sechs und drei von vier Frauen in Europa und den USA geben an, in ihrem Leben Opfer von sexualisierter Gewalt geworden zu sein. Die Schwankungen liegen mitunter an der ungenauen Definitionslage des Begriffes sexualisierte Gewalt. [1] Doch selbst wenn man die niedrigsten Zahlen nimmt, ist unübersehbar, dass es sich bei sexualisierter Gewalt um ein Problem mit sehr vielen Betroffenen handelt. Dabei werden die Betroffenen mit überwältigender Mehrheit zum weiblichen Geschlecht gezählt und die Täter zum männlichen. [2] Dies verweist auf ein strukturelles Problem. Es handelt sich nicht um eine Vielzahl von Einzelfällen, von beispielsweise psychisch kranken Männern deren Opfer individuell

ausgesucht wurden und zufälligerweise größtenteils Frauen sind. Die Tatsache, dass die Betroffenen Frauen waren, ist der Grund, der sie in den meisten Fällen zum Opfer hat werden lassen. Es handelt sich, wie auch bei rassistisch motivierten Taten, um gruppenbezogene Gewalt. Eine Frau wird auf der Straße nicht sexuell belästigt, da ihr Rock zu kurz ist, oder sie zur "falschen Uhrzeit" unterwegs ist, sondern in erster Linie, weil sie eine Frau ist. Um auf diesen Umstand eines strukturellen und nicht individuellen Problems aufmerksam zu machen, entstand in der 1970er Jahren unter amerikanischen Feminist*innen der Begriff der rape culture (dt. "Vergewaltigungskultur"). Mit dem Wort rape culture soll deutlich gemacht werden, dass es in der Gesellschaft inhärente Strukturen gibt, die Vergewaltigungen bagatellisieren, vertuschen und damit dazu beitragen, dass sie weiterhin und in solch großer Zahl stattfinden. Da Inzest, häusliche Gewalt und Vergewaltigungen stark tabuisierte Themen sind und es Anfang der 1970er noch stärker waren, sollte in einem ersten Schritt auf das Ausmaß der Problematik hingewiesen werden, um dann in einem weiteren Schritt die kulturellen und gesellschaftlichen Grundlagen dafür ausfindig zu machen.

Street Harassment

Wie eingangs erwähnt, ist es schwierig den Begriff der sexualisierten Gewalt zu definieren. Zum einen ist es durchaus als gewaltsam zu bezeichnen, wenn einer Frau erniedrigende auf körperliche Erscheinung reduzierende und objektivierende Dinge auf der Straße hinterhergeschrien werden, zum anderen möchte man aber, indem man solche Vorkommnisse als Gewalt bezeichnet, nicht street harassment mit Vergewaltigung gleichsetzen. Um aber erklären zu können, wie es in einer Gesellschaft, in der es kaum öffentlich wahrnehmbare körperliche Gewalt gibt und die sich selbst als so "zivilisiert" betrachtet, zu solch hohen Zahlen an Betroffenen kommen kann, ist es nötig sexualisierte Gewalt möglichst weit zu fassen und jedwede sexuell konnotierte grenzüberschreitende Handlung miteinzubeziehen. Von einer anzüglichen Bemerkung ist es nicht mehr weit zu der ungewünschten Hand am Arsch, und dort, wo ungewollte Berührungen toleriert werden, wird Vergewaltigung leichter möglich. Denn die Wurzeln sind die gleichen. Der Mann, der denkt, er könne einer Frau auf der Straße zurufen, wie toll ihr Kleid ihre Kurven betont, geht davon aus, ein Anrecht zu haben, als männliche Person weibliche sexuelle Ausstrahlung bewerten zu dürfen und den Menschen, den er bewertet, auf ein sexuelles Objekt zu reduzieren. So wie auch der junge Mann, der denkt, dass er nach drei romantisch

verlaufenen Abenden ein Anrecht darauf habe "jetzt aber mal rangelassen" zu werden.

Wenn einer Frau auf der Straße hinterhergerufen wird, wie sexy sie doch aussehe, wird oft gesagt, sie solle dies doch einfach als Kompliment auffassen und sich darüber freuen. Dies ist auf mehrere Arten problematisch. Zum einen impliziert es, es sei das Ziel von Frauen gut auszusehen, und ob sie dies tun oder nicht, liege im Bewertungsrahmen von Männern. Zum anderen ist solch eine Bemerkung kein Kompliment, sondern zielt darauf ab, der Frau ihren Platz in der Gesellschaft zuzuweisen, als Objekt, das gut auszusehen hat. Darüber hinaus führt Street Harassment dazu, dass sich Frauen zu jeder Tageszeit und überall unsicher fühlen, denn Belästigungen derart passieren an jedem Ort, ob mittags an der überfüllten Haltestelle, oder nachts in der U-Bahn. Frauen ein ständiges Gefühl der Unsicherheit und Machtlosigkeit zu vermitteln ist ein geeignetes Mittel, sie klein zu halten und dafür zu sorgen, dass sie eher zuhause bleiben oder darauf angewiesen sind in Begleitung den öffentlichen Raum zu betreten. In jedem Fall nimmt es Frauen ihre Autonomie.

Objektivierung von Frauen

Die Objektivierung von Frauen ist also ein Grundpfeiler der rape culture. Wiederzufinden ist sie auch in Kleidungsregeln, beispielsweise an Schulen. Wird jungen Mädchen nahegelegt, sich geschlossener und "anständiger" zu kleiden, ist die Begründung einer solchen Maßnahme oft, sie würden mit dem Zeigen ihres Körpers ihre männlichen Mitschüler und auch das männliche Personal irritieren. Damit wird der weibliche Körper zum Objekt männlicher Lust und die Person, die in diesem steckt, auf diesen reduziert. Gleichzeitig werden Mädchen und Frauen dafür gestraft, dass sie eine sexuelle Ausstrahlung haben, und Jungen und Männern wird zugestanden, dass sie sich gegen diese Ausstrahlung nicht schützen können. Damit wird das Täter-Opfer-Verhältnis umgedreht. Ob einem weiblichen Körper sexuelle Ausstrahlung zugeschrieben wird oder nicht, liegt allerdings im Deutungsakt des Betrachters. Es ist nicht der Körper des Mädchens oder der Frau als solches, sondern der Betrachter deutet diesen.

Verdrehungen der Täter-Opfer-Rolle finden sich noch in weiteren Bereichen. Zu nennen wäre da klassischerweise das sogenannte victim blaming. In keinem anderen Bereich von Straf- oder Gewalttaten wird die Opferrolle anzeigender Personen in derlei Form angezweifelt wie im Bereich sexualisierter Gewalt. Hat sie wirklich nein gesagt, wollte sie das nicht eigentlich doch, warum war sie überhaupt am Ort des Geschehens, hat sie sich nicht wissent-

lich in Gefahr begeben? Fragen dieser Art zielen darauf ab, der Betroffenen zumindest eine Mitschuld am Geschehen zu geben und die Tat des Mannes zu entschuldigen oder seine Schuld zumindest zu mindern. Der Rock, der doch geradezu als Einladung zu interpretieren war leider kennt man diese Ausflüchte. Gerüchte, die dazu beitragen dass victim blaming weiter besteht sind solche,



wie das, der angeblich so oft vorkommenden Falschanzeigen. Es wird behauptet, dass es Frauen und Mädchen gibt, die Falschanzeigen im Bereich der sexualisierten Gewalt tätigen, da sie gerne Aufmerksamkeit erregen wollen oder dem vermeintlichen Täter Schaden zufügen möchten. Wer sich einmal damit beschäftigt hat, wie mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umgegangen wird, kann sich jedoch nur noch schwer vorstellen, dass sich jemand freiwillig in diese Rolle begeben würde, um Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Auch Zweites wird eher unwahrscheinlich. In Wahrheit liegt die Rate der Falschanzeigen mit unter 8% unter der durchschnittlichen Rate von Falschanzeigen in anderen Straftatbereichen wie beispielsweise dem des Autodiebstahls. Nimmt man die Dunkelfeldforschung hinzu, und rechnet die Fälle ein, die überhaupt gar nicht erst angezeigt werden, kommt man zu einem Ergebnis von unter 1%. Eine Person, die auf einer Polizeistelle ihr Auto als gestohlen meldet, wird dennoch in der Regel nicht gefragt, ob sie nicht insgeheim

wollte, dass sie bestohlen wird, ob ihr Auto nicht gerade danach geschrien hat gestohlen zu werden, oder ob sie sich nicht hätte denken können, dass ihr so toll aussehendes Auto in einer solchen Gegend gestohlen werden wird.

EIN WEITERER SICH HARTNÄCKIG HALTENDER MYTHOS IST DER, DASS FRAUEN OFT JA SAGEN, WENN SIE NEIN MEINEN.

Ein weiterer sich hartnäckig haltender Mythos ist der, dass Frauen oft ja sagen, wenn sie nein meinen. Die Wurzeln dieses Mythos sind kompliziert. Einen Teil dazu bei trägt der Doppelstandard, der an Frauen gelegt wird, wenn es um ihre Sexualität geht. Auf der einen Seite gilt eine Frau, die offen zeigt, dass sie Interesse an sexuellen Beziehungen hat und diese ausleben möchte als "Schlampe" und gilt somit als nicht respektfähig. Ist sie jedoch nicht interessiert oder nicht bereit sexuelle Handlungen auszuführen, gilt sie als frigide. Dazwischen gibt es

nichts. So war es wohl in fernerer Vergangenheit in manchen Gesellschaftsschichten üblich, dass Frauen sich nach außen geziert haben, um als ehrwürdig wahrgenommen zu werden, tatsächlich jedoch sexuellen Beziehungen zugestimmt haben. Lächerliche Doppelstandards haben so zu lächerlichen Verhaltenskodexen geführt. Neben diesem Doppelstandard liegt auch die Verleugnung oder Tabuisierung weiblicher Lust diesem Mythos zu Grunde. Wenn man davon ausgeht, dass es weibliche Sexualität nicht gibt, beziehungsweise, wenn es sie gibt, sie eine nicht ernstzunehmende ist,

DER ROCK, DER DOCH GERADEZU ALS EINLADUNG ZU INTERPRETIEREN WAR, LEIDER KENNT MAN DIESE AUSFLÜCHTE.

dann geht es in einer Beziehung zwischen Mann und Frau nicht darum, was eine Frau möchte, sondern was sie bereit ist zu geben. Dieses Konzept von

Geben und Bekommen hat auch in anderen Bereichen Auswirkungen. Dazu gehört das Phänomen des Pick-Up-Artists. Dabei handelt es sich um eine als Kunst bezeichnete Technik von heterosexuellen Männern Frauen "abzuschleppen" und durch Tricks dazu zu bringen, Sex mit ihnen zu haben. Diese ist in den USA durch das Buch "The Game" des amerikanischen Journalisten Neil Strauss bekannt geworden und mittlerweile auch in Europa verbreitet ist. Mal ganz abgesehen davon, dass die dazu verwendeten Techniken auf Lügen und Manipulation basieren, ist schon der Gedanke hinter diesem "Kunsthandwerk" ekelerregend. Sex, eine Sache die davon lebt und deren Reiz es ist oder sein sollte, dass zwei oder mehr Menschen sich freiwillig dazu entscheiden und gemeinsam Momente erleben, wird zu etwas, dass eine

Person von einer anderen bekommt. Sollte man doch meinen, dass es gerade ein schönes Gefühl auslöst, dass sich eine andere Person dazu entschieden hat, Sex mit dir gemeinsam zu erleben, geht es dem Pick-Up-Artist darum, eine andere Person dazu zu bringen, Sex zu geben, beziehungsweise sich dafür zur Verfügung zu stellen. Umso aussichtsloser die Situation beim Beginn der Anwendung solcher Tricks, umso erfolgreicher war "The Game". Und wieder wird

angenommen, dass Frauen eher kein Interesse an Sex haben, und überredet werden müssen oder dass, falls sie Interesse oder Nicht-Interesse haben, dieser Umstand nicht respektiert wird. Die Fähigkeit selbstbestimmt und ohne Manipulation über ihre Sexualität zu entscheiden wird Frauen abgesprochen oder genommen. Der Schritt jemanden durch psychische Manipulation dazu zu bringen, in sexuelle Aktivitäten einzuwilligen, die sie ohne Manipulation nicht getan hätte, ist nicht so unähnlich vom Schritt, jemanden durch körperliche Drohung zu derlei zu nötigen. Wie auch bei einer Vergewaltigung wollte die Betroffene nicht aus freien Stücken einwilligen und fliegt die Täuschung auf, können, gelinde gesagt, sehr unschöne Gefühle folgen.

"Getting it" - diese Fehlvorstellung steht auch hinter dem Begriff der "friendzone". Gemeint ist damit, wenn jemand sich mit Frauen oder einer Frau gut versteht, sich anfreundet und nett und für sie da ist, und dann der beste Freund wird, jedoch keinen Sex "bekommt". Was eindeutig negativ besetzt und bemitleidet wird. Hinter diesem Begriff stehen auch wieder die gleichen Fehlannahmen. Die Frau ist Objekt sexueller Lust, selbst wenn man mit ihr befreundet ist, ist sie ein Mensch von dem man Sex "bekommen" könnte und ihn auch "bekommen" will. Männer wollen immer nur "das Eine". Sex ist somit im Umgang mit weiblichen Mitmenschen ein immer in Betracht zu ziehendes Ziel. Ob Frauen Sex mögen, wollen oder auch nicht spielt keine Rolle, sie sind in der Lage ihn zu "geben" und daher wird erwartet, dass sie dies auch tun, wenn man sich nur nett genug verhält, sich Sex verdient hat.

Einen traurigen Höhepunkt erreichte diese Fehlvorstellung im Kopf von Elliot Rodger. Ende Mai 2014 tötet er in Isla Vista (Kalifornien, USA) sechs Menschen und sich selbst und verletzt weitere. Sein Motiv sei Frauenhass, wie er in einem Manifest kurz vor seiner Tat verbreitet. Rodger wollte Frauen töten, da sie die Schuld daran trügen, dass er noch keinen Sex und auch noch keine romantische Beziehung hatte, und die Männer deswegen, da sie mehr Erfolg hatten als er. Die Bild-Zeitung titelte Drehte er wegen dieser Blondine durch? Und beschrieb in ihrem Artikel Rodgers Verhältnis zu einer ehemaligen Schulkameradin, die auch noch namentlich genannt wurde. Diese wurde von ihm angeblich angehimmelt, wies ihn aber ab. Auf Twitter, Facebook und weiteren Seiten waren sich nach dem Shooting viele Männer einig: Das hätte alles nicht geschehen müssen, hätte ihn bloß einmal eine "rangelassen". Ein etwas harmloserer aber dennoch unsinniger Gedanke war der, den noch deutlich mehr Menschen auf beispielsweise Twitter unter





dem #notallmen verbreiteten. Der Fall Elliot Rodger sei kein Anlass gesellschaftliche Strukturen zu hinterfragen, da ja nicht alle Männer Amok laufen würden oder Frauen vergewaltigten. Elliot Rodger sei "einfach" ein psychisch kranker Mensch gewesen. Es mag sein, dass er wirklich psychische Probleme hatte, die zu der drastischen Tat geführt haben, das Konzept dahinter, von Sex als etwas, das man von Frauen bekommt, hatte er sich jedoch nicht selbst ausgedacht. Der #notallmen zeigt aber auch, dass es tatsächlich viele Menschen gibt, die meinen, dass es männerfeindlich sei, darauf hinzuweisen, wie viele Fälle von sexualisierter Gewalt existieren, da ja nicht alle Männer Täter wären. Aber ist es nicht lächerlich zu verlangen, die Menschen, die keine anderen Menschen direkt unterdrücken oder sexuell ausbeuten dafür zu loben? Dass es nicht alle Männer sind, sollte jeder*m bewusst sein, ein Kampf gegen sexualisierte Gewalt kann und sollte sich nicht gegen Männer allgemein richten. Als Antwort zu #notallmen entstand #yesallwomen, der ähnlich dem #aufschrei, der durch die Brüderle-Affäre Anfang 2013 ausgelöst wurde, auf den Umfang von Alltagssexismus und die hohen Betroffenenzahlen aufmerksam machen wollte. Bereits in den ersten wenigen Tagen kam es zu zwei Millionen Tweets in denen Frauen davon berichteten wie sie in ihrem Alltag unter Misogynie und Sexismus leiden. Der Tenor ist, dass jede Frau von männlicher Gewalt betroffen ist oder mit

ihr rechnen muss, auch wenn nicht jeder Mann ein Täter ist oder wird. "If you're not part of the problem, maybe be part of the solution" [3]

Die unglaublich hohe Rate an sexualisierter Gewalt zu mindern ist in der Vergangenheit auf verschiedene Arten und Weisen versucht wurden. Beschränkt wurde sich allerdings auf Prävention mit Blickfeld auf potentielle Opfer und eine schlecht arbeitende Justiz. Die Art der bisher praktizierten Prävention ist, mit Blick auf Statistiken, bisher wohl wenig erfolgsversprechend. Junge Mädchen und Frauen davor

zu warnen, dass es die Möglichkeit sexueller Übergriffe gibt und sie beispielsweise nicht alleine nachts unterwegs sein sollten oder nicht zu fremden Männern ins Auto steigen sind nachvollziehbare Warnungen. Sie sind jedoch nicht unproblematisch. Zum einen schränken sie Frauen massiv ein. Ständig muss man auf der Hut sein und sich schützen.

FRAUEN EIN STÄNDIGES GEFÜHL DER UNSICHERHEIT UND MACHTLOSIGKEIT ZU VERMITTELN IST EIN GEEIGNETES MITTEL, SIE KLEIN ZU HALTEN UND DAFÜR ZU SORGEN, DASS SIE EHER ZUHAUSE BLEIBEN ODER DARAUF ANGEWIESEN SIND IN BEGLEITUNG DEN ÖFFENTLICHEN RAUM ZU BETRETEN.

Zum anderen führen sie dazu, dass man im Falle des Eintretens des zu vermeidenden sich nachträglich fragt, ob man sich hätte besser schützen können und so zumindest einen Teil der Schuld bei sich selber sucht. Amerikanische Colleges warnen zu jedem Semesterstart ihre Studentinnen sich auf Partys nicht zu sehr zu betrinken. Vergewaltigungen an amerikanischen Colleges sind leider an der Tagesordnung und nachdem Betroffene Fälle anzeigen kommt es oft zu Beschuldigungen, sie hätten einfach zu viel getrunken. Es wäre wohl zu erwarten, dass

"BOYS WILL BE BOYS"

man stattdessen junge Männer an Colleges bei Semesterstart darauf hinweist, dass sie volltrunkene Kommilitoninnen doch bitte nicht vergewaltigen. Denn auf teuen lettet sehen des Rieike Opfer einer

den Frauen lastet schon das Risiko Opfer einer solchen Tat zu werden, sie sollten nicht auch noch für deren Prävention allein verantwortlich sein. Es ist nachvollziehbar, dass besorgte Eltern ihre Töchter mit warnenden Worten großziehen, aber wäre es nicht angemessener Mädchen in dem Wissen aufwachsen zu lassen, dass sie zu jedem Zeitpunkt ein Anrecht dazu haben sich genauso frei und unbesorgt bewegen zu können wie jeder andere Mensch es auch sollte. Hat eine Frau leicht bekleidet und volltrunken nachts im Park nicht Anrecht auf körperliche Unversehrtheit? Und sollte sie nicht auch das Recht haben sich, sofern sie das möchte, nachts allein volltrunken leicht bekleidet im Park aufzuhalten?

Mädchen werden aber noch immer dahingehend erzogen, dass es sehr wichtig ist auf andere Rücksicht zu nehmen, und dass man sich oft hinten anstellen muss. Das wirkt natürlich nicht sonderlich verwerflich, ist Rücksichtnahme nicht partout etwas Schlechtes. Betrachtet man jedoch die geschlechtsspezifischen Unterschiede wird das Problem deutlicher. Kleine Jungen werden in ihrem Fehlverhalten beispielsweise anderen Kindern gegenüber deutlich seltener sanktioniert. Sprüche wie "Das sind halt Jungs" oder "Boys will be Boys" sind jeder*m bekannt. Bei kleinen Jungen wird weniger Selbstkontrolle erwartet, da sie angeblich wilder seien und

ihre Affekte weniger gut kontrollieren könnten als Mädchen. Die meisten dieser Erziehungsmuster geschehen eher unbewusst, man ist selber so aufgewachsen und hat es internalisiert. Doch erwachsen daraus Männer, die denken affektgesteuerter zu sein als sie es sein müssten, und die ihre Bedürfnisse schneller mal über die von anderen, insbesondere von Frauen, stellen. Und auf der anderen Seite Frauen, die sich zu viel gefallen lassen, oft gar keine Rücksichtnahme erwarten und ihre Bedürfnisse vielleicht zu oft hinter die Bedürfnisse von anderen, insbesondere von Männern, stellen. Ein Ansatz sollte es daher sein Kinder beider Geschlechter

dahingehend zu erziehen, die Wünsche und Bedürfnisse anderer Menschen zu respektieren.

Der Mythos der Prävention durch Vorsicht potentieller Betroffener hat aber noch einen weiteren großen Haken. In neun von zehn Fällen sexualisierter Übergriffe entstammt der Täter aus dem direkten Umfeld der Betroffenen, ist ein Freund oder Familienmitglied oder enger Bekannter. Der Psychopath im Gebüsch ist ein Klischee, das es geben mag, aber in der deutlichen Minderheit der Fälle. Wollte man also schützende Hinweise geben, damit Mädchen und Frauen statistisch betrachtet gefährlichen Situationen aus dem Weg gehen, müsste man dazu raten, sich nie alleine mit einem guten Bekannten, Freund oder Familienmitglied aufzuhalten. Das klingt zynisch, ist aber eine realistischere Warnung als die vor dem dunklen Park. Ein weiterer zu bekämpfender Mythos ist damit der des bösen Triebtäters, denn die allermeisten Täter sind unabhängig von ihrer Tat keine negativ auffälligen Menschen. Alleine die Anzahl der Fälle muss klar machen, dass es sich bei einem Großteil der Täter um "ganz normale" Männer handeln muss. Vor Gericht scheitern viele Anklagen auch an diesem Umstand. Das Bild des bösen Psychopathen sitzt so tief, dass Betroffenen oft nicht geglaubt wird, dass diese so anständig wirkende Person so etwas getan haben soll. Unter 3% der wegen Vergewaltigung Angeklagter verbringen überhaupt Zeit in einem Gefängnis. Wie schon erwähnt, werden die allermeisten Vorfälle überhaupt gar nicht erst angezeigt. Ob eine Justiz überhaupt ein geeignetes Mittel sein kann sexualisierte Gewalt zu minimieren ist offen. Fakt ist aber, dass die Gesetzeslage mit dem Paragrafen 177 [4] kombiniert mit Praktiken wie dem victim blaming, die auch in deutschen Polizei- und Justizbehörden zum Tragen kommen, mit dazu beitragen, dass die Dunkelziffer an Gewalttaten so hoch ist und die Rate an Verurteilungen so niedrig bleibt.



[1] Im Artikel wird der Begriff sexualisierte Gewalt verwendet. Damit sollen diese Handlungen explizit von Bereichen der freiwilligen Sexualität abgegrenzt werden und verdeutlicht werden, dass der sexuelle Teil einer solchen Handlung oft nur Mittel zum Zweck einer Machtausübung ist. Sex ist also bei einer Vergewaltigung oft nicht das Primärziel, sondern Mittel zum Zweck der Unterwerfung und Demütigung des Opfers.

[2] Da es in diesem Artikel explizit um das strukturelle Problem männlich dominierter sexualisierter Gewalt gegenüber als Frauen



bezeichneter Menschen geht werden die Begriffe Mann und Frau verwendet und nicht gegendert. Da die binäre Geschlechtsaufteilung und damit verbundene Stereotype der Kern dieses Problems sind, müssen diese Kategorien zum Verständnis weiter benutzt werden. Der Artikel beschäftigt sich mit weiblichen Betroffenen, da diese die Mehrheit sind, auch wenn der Autorin bewusst ist, dass es auch männliche Betroffene und solche gibt, die sich weder dem einen noch dem anderen Geschlecht zuordnen möchten. Sexualisierte Gewalt tritt in allen erdenklichen Geschlechterkonstellationen auf und auch dort wirken strukturelle Probleme, diese jedoch einzeln zu beleuchten würde den Rahmen des Artikels sprengen.

- [3] Wenn du nicht Teil des Problem bist, sei vielleicht ein Teil der Lösung.
- [4] Der §177 des deutschen StGB ist allein schon daher sehr problematisch, da Opfer von Vergewaltigungen oder sexualisierter

Gewalt nur dann juristisch als Opfer anerkannt werden, wenn sie körperliche Gewalt erfuhren, und/oder objektiv betrachtet in einer Gefahr für Leib und Leben waren. Die subjektive Einschätzung der Betroffenen in einer gefährlichen Situation zu sein oder den Ort des Geschehens nicht verlassen zu können reichen nicht aus. Dies führt dazu, dass das Opfer in der Bringschuld ist, nachzuweisen, dass explizit sexuelle Handlungen abgelehnt wurden und nicht der Täter nachweisen muss, dass sexuellen Handlungen zugestimmt wurde.



Pannekoek in Bad Godesberg

Zur Aktualität von Rätekommunismus und Operaismus und ihrem Missverständnis

FREUNDINNEN UND FREUNDE DER KLASSENLOSEN GESELLSCHAFT

Soziale Kämpfe sind wieder en vogue - nachdem vor noch nicht allzu langer Zeit ein positiver Bezug auf die da Kämpfenden in der radikalen Linken als höchst verdächtig galt. Ein Ausdruck dieser Renaissance sind auch zwei Texte in mole#1, die sich mit dem Rätekommunismus der 20er und 30er Jahre bzw. mit dem Operaismus nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen. Im einen wie im anderen Fall scheint die Hinwendung zu den heutigen Kämpfen und Protesten nur um den Preis einer Aufgabe von Einsichten zu haben zu sein, die von Rätekommunisten und Operaisten bereits formuliert wurden. Im Folgenden eine Kritik dieser zwei Texte im Bemühen, an beide Strömungen im Bewusstsein ihrer historischen Entfernung in einer anderen Weise anzuknüpfen.

Es ist nicht lange her, da galt vielen Linksradikalen jede Rede von sozialen Kämpfen, gerade
von solchen der Lohnabhängigen, als Ausdruck
von Sozialromantik, »Traditionsmarxismus«
oder auch »verkürzter Kapitalismuskritik«.
Unverdaute Kapital-Lektüre und nachvollziehbarer Unmut über die deutschen Zustände
flossen dabei oft zu der Überzeugung zusammen, wer von Klassen rede, mache sich gar einer
letztlich den Antisemitismus befördernden
»Personalisierung« schuldig, so als seien das
Ressentiment gegen »die Bonzen« und die
Kritik der Klassengesellschaft dasselbe (und
als müsse es früher oder später Juden treffen,

wenn gegen »die Bonzen« gewettert wird). Der trotzig hochgehaltene »Kommunismus« verflachte zum Signalwort, mit dem man sich seiner Identität als außerhalb der verblendeten Normalbevölkerung stehender Kritiker versicherte, anstatt in deren Mitmachen die eigene Angepasstheit wiederzuerkennen, sich also einzugestehen, dass man meistens ein genauso pflegeleichter Arbeitskraftverkäufer ist wie die doofen Arbeiter und auch keinen Schimmer hat, wie man es anders machen könnte. Es wurden melancholische Traktate verfasst: »Die Klasse ist tot«; »Heute kann die Zukunft nicht mehr gefunden werden in den Momenten der Gegenwart, die über diese hinausweisen«. [1] Kaum war jedoch die Gegenwart zum fugendichten Verhängnis erklärt worden, kam das Jahr 2011, das Jahr der Aufstände in der arabischen Welt, der Platzbesetzungen von Oakland über Madrid bis Tel Aviv. der südeuropäischen Unruhen und Generalstreiks. Ein Sinneswandel setzte ein, schien die Wirklichkeit doch plötzlich wieder zu einem Gedanken zu drängen, den man selbst offenbar voreilig verworfen hatte. Wenigstens als Frage kehrten plötzlich »die Klasse« und ihre Kämpfe in die linksradikale Debatte in Deutschland zurück.

Deutlich wird dieser Sinneswandel auch darin, dass sich in der ersten Ausgabe der Zeitschrift mole zwei Texte mit dem Rätekommunismus bzw. mit dem »(Post-)Operaismus« beschäftigen. [2] Beide Texte erinnern an historische Strömungen, die sich empathisch auf die Arbeiterklasse als historisches Subjekt bezogen haben und in Opposition zur vorherrschenden Arbeiterbewegung ihrer Zeit bemüht waren, die Klassenkämpfe zur Revolution zu eskalieren. Beide Texte aber scheitern an der Frage nach der Aktualität dieser Strömungen. Im ersten Fall folgt auf eine geschichtliche Skizze des Rätekommunismus der 20er und 30er Jahre überraschend ein Schwenk zu genau den Auffassungen, die die Rätekommunisten mit Grund bekämpft hatten: zu Hoffnungen in Gewerkschaften und parlamentarische Linksparteien, zum Plädoyer für eine »Doppelstrategie« des Wirkens inner- wie außerhalb der bestehenden Institutionen. Im zweiten Fall herrscht von vornherein große Verwirrung, weil der um das Zauberwort »Multitude« kreisende »Postoperaismus« Antonio Negris als geglückte Fortsetzung des Operaismus der 1960er und 1970er Jahre verhandelt wird. Auch im Text über den »(Post-)Operaismus« wird die radikal negative Kritik, so wie sie der »klassische« Operaismus der 1960er Jahre formuliert und praktiziert hat, am Ende plötzlich aufgegeben - im Namen einer »Hegemonie«, die es gesellschaftlich zu erringen gelte, was impliziert, dass man überhaupt erst einmal bereit sein muss, politisch mitzuspielen. Diese Bereitschaft aber

wird man sowohl bei den Rätekommunisten wie den Operaisten vergeblich suchen.

Rätekommunistische Hinterlassenschaften

Mit den Rätekommunisten beginnt die Geschichte eines marxistisch inspirierten Linksradikalismus, der eine Trennlinie zwischen politischer und sozialer Revolution zieht. Sie waren insofern orthodox, als sie die heute vorschnell als fortschrittsgläubig abgetane Erkenntnis geltend machten, dass die kommunistische Umwälzung der Gesellschaft einer Höhe der Produktivkraftentwicklung bedarf, auf der die Masse der Bevölkerung in Lohnabhängige verwandelt ist und mehr als eine bloße Umverteilung des Mangels denkbar wird. Dadurch konnten sie das bolschewistische Unternehmen in Russland früher als die meisten anderen als nachholende Modernisierung einer bäuerlich-rückständigen Gesellschaft mit staatskapitalistischen Mitteln entziffern. Ihre Thesen über den Bolschewismus (1934) zählen bis heute zu den aufschlussreichsten Texten zum Thema, weil sie ohne Verratsvorwürfe auskommen und strikt materialistisch argumentieren.

Anders als in Russland schien im Westen tatsächlich die Aufhebung des Kapitalismus möglich, aber ebenfalls nicht von den Kommandohöhen des Staates aus, sondern nur durch die massenhafte Aktion der Arbeiter selbst, die sich in Form von Räten direkt der Produktionsmittel bemächtigen und die Gesellschaft verwalten. »Die alten Losungen von der Abschaffung der Klassen, der Abschaffung des Lohnsystems, der Abschaffung der kapitalistischen Produktion waren nicht länger Losungen, sondern wurden zu den unmittelbaren Zielen der neuen Organisationen.« [3] Mit solchem Radikalismus verfielen die Rätekommunisten nicht in ein schlecht utopisches Denken. Die Räte waren eine historische Realität, spontan in den Klassenkämpfen entstanden und von den Rätekommunisten gedanklich zur klassenlosen Gesellschaft verlängert. Um die in ihnen liegenden Möglichkeiten zu realisieren, war ein Bruch mit der bisherigen Arbeiterbewegung notwendig, die, wie sich 1914 drastisch gezeigt hatte, in Gestalt von Gewerkschaften und Parteien in den Staat hineingewachsen und auf einen gedeihenden Kapitalismus angewiesen war. In Deutschland war die Entscheidung zwischen bürgerlicher Nationalversammlung und Räteherrschaft 1918/19 einen Augenblick lang tatsächlich offen; diese verpasste Chance bildete gewissermaßen das Zentrum des rätekommunistischen Denkens.

Der kurze Sommer des Rätekommunismus liegt fast hundert Jahre zurück. Nach dem Ersten

Weltkrieg bildeten die Rätekommunisten eine Weile den bewusstesten Ausdruck der radikalsten Tendenzen in den Arbeiterkämpfen, bevor sie zusammen mit diesen von der Bildfläche verschwanden und auf kleine Zirkel zusammenschrumpften, die sich ihrer auf Kritik und Propaganda beschränkten Rolle bewusst waren und sich nicht zu Keimzellen einer neuen Internationale aufplusterten. Geblieben sind ein Haufen kluger Schriften vor allem über die alte Arbeiterbewegung und die neuen Kämpfe der Zwischenkriegszeit - von der Novemberrevolution bis zum Spanischen Bürgerkrieg -, über das Staatsproblem und die Krisentheorie, die russische Misere und die bolschewistisch-leninistische Sackgasse, die um 1968 neu entdeckt wurden und auch heute noch mit Gewinn zu lesen sind. Zum Beispiel hat sich in der deutschen Linken das Gerücht etabliert, dass die Kritik des Nationalismus, auch und gerade des linken, eine Erfindung der 1990er Jahre sei. In Wirklichkeit findet man sie bereits bei den Rätekommunisten, die mit der KPD auch hier schonungslos abrechneten. Ferner führte die Überzeugung, nicht das geschickte Agieren von Spezialisten der Politik, sondern die massenhafte Praxis der Arbeiter entscheide über das Schicksal der Revolution, besonders in den Schriften von Otto Rühle über das eng Ökonomische hinaus zu Fragen von Psychologie und antiautoritärer Pädagogik. Mit der rätekommunistischen Kritik des Staatssozialismus munitionierten sich in den 1960er Jahren die wenigen Linken, die weder in China noch in Kuba ein Modell der befreiten Gesellschaft erkennen konnten und sich der Verklärung antikolonialer, im Kern aber bürgerlich-nationalistischer Bewegungen wie dem Vietcong verweigerten. Heute könnte man diese Kritik den Parteigängern der venezolanischen Regierung empfehlen, aber die sind erfahrungsgemäß nicht lernfähig.

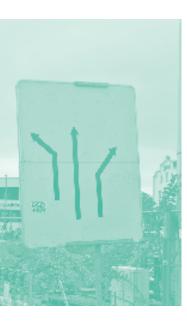
Der wilde Generalstreik in Frankreich 1968 und die autonomen Fabrikkämpfe besonders in Italien gaben noch einmal der Hoffnung auf eine zur sozialen Revolution treibende Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse Auftrieb, aber daraus wurde bekanntlich nichts. Was sich seitdem und natürlich erst recht seit der Blütezeit des Rätekommunismus vor allem geändert hat, ist der Charakter der lohnabhängigen Klasse, die heute nicht nur absolut, sondern auch als Anteil an der Bevölkerung größer ist denn je, aber zumindest in den alten Metropolen nicht mehr in Gestalt jenes Arbeitermilieus existiert, auf das die Rätekommunisten sich stützten. [4] Dass autonome Betriebszellen das entscheidende Scharnier zwischen Gegenwart und kommunistischer Zukunft bilden könnten, ist in einer Ära völliger Zersplitterung der Gesamtarbeiterin einerseits, uferloser Zunahme idiotischer bis gemeingefährlicher Jobs andererseits nicht länger plausibel. Die Klasse der Lohnabhängigen war schon immer bunt zusammengesetzt, aber die für den Rätekommunismus wesentlichen Großfabriken, in denen Massen von Arbeitern konzentriert waren, prägen ihre Gestalt als Ganze heute deutlich weniger als damals. Vor allem legen sich um die produktiven Kerne heute gewaltige Massen von Menschen, die zwar proletarisiert, aber zugleich überflüssig sind, die vom Land in die Städte getrieben, dort aber nicht als Arbeitskraft vom Kapital eingesaugt werden und daher überhaupt keinen Teil der Gesamtarbeiterin mehr bilden. Gleichzeitig machen die seit den 1920er Jahren noch einmal aberwitzig gewachsenen Produktivkräfte den auch für die Rätekommunisten noch gültigen Gedanken einer Übergangsgesellschaft hinfällig, in der sich der Anteil der Einzelnen am gesellschaftlichen Reichtum auch an ihrer Arbeitsleistung bemisst. Heute ginge es nicht mehr um eine Revolution, die erst die Voraussetzungen des Kommunismus herstellt, sondern um eine, die sich durch kommunistische, Geld wie Leistungsbemessung überwindende Maßnahmen durchsetzt.[5] Während die Revolutionsvorstellung der Rätekommunisten insofern in mehrerer Hinsicht erwartungsgemäß alt aussieht, ist ihre Einsicht, dass die nahtlos in die bürgerliche Gesellschaft eingefügten offiziellen Organisationen der Lohnabhängigen nicht auf andere, revolutionäre Zwecke umgepolt werden können, sondern diese im Ernstfall zwangsläufig durchkreuzen, ungeschmälert aktuell.

> Umso merkwürdiger, dass die Societé des Egaux in mole_1 nach einer von Sympathie getragenen Skizze des historischen Rätekommunismus gerade diese Einsicht kassiert. Denn wenn die Sociéte am Schluss ihrer Abhandlung eine Kehrtwende vornimmt, indem sie im Parlament »einen wichtigen Vorposten zur Erringung der gesellschaftlichen Hegemonie« ausmacht, vor einer nicht näher bestimmten »Dämonisierung« des Staates warnt und für eine »revolutionäre Doppelstrategie« plädiert, die einerseits auf das ganz Andere hinarbeitet, andererseits die »Kooperation mit linksrefomistischen Parteien« und Gewerkschaften anstrebt, müsste sie entweder zeigen, dass die Rätekommunisten an einer solchen »Dämonisierung« und mangelndem Kooperationswillen gescheitert sind, oder aber, dass die von ihnen abgelehnten Organisationsformen heute einen anderen Charakter haben, der solche Hoffnungen in eine »Doppelstrategie« rechtfertigen könnte. Sie tut weder das eine noch das andere, sondern wiederholt nur den immer häufiger zu vernehmenden frommen Wunsch, durch geschickte

Bündnispolitik könne die »Gefahr gesellschaftlicher Marginalität« gebannt werden, womit sie sich ironischerweise ausgerechnet Lenins Plädoyer für die Mitarbeit in Gewerkschaften und Parlamenten anschließt, das dieser seinerzeit den Rätekommunisten entgegengehalten hat.[6] Die Rätekommunisten hatten es mit Parteien zu tun, die sich auf den Marxismus beriefen und revolutionär gaben; deshalb konnten sie sie an diesem Anspruch messen und kritisieren. Heute haben wir es mit Parteien zu tun, die als bekennende Realisten jede revolutionäre Phraseologie längst abgelegt haben, und die Frage, ob Revolutionäre die bürgerlichen Institutionen für sich nutzen können oder aber die Institutionen zwangsläufig die Revolutionäre bändigen, ist gegenstandslos geworden. Keinem Linkspartei- oder SYRIZA-Abgeordneten ist je ein vernünftiger Satz zur jetzigen Krise über die Lippen gegangen, sondern immer nur Gefasel über eine bessere Wirtschaftspolitik. Die »Hegemonie«, die die Société mit solchen Kräften erringen will, kann nichts anderes sein als die Hegemonie eines falschen, von Haus aus auf den Staat fixierten Bewusstseins. Schließlich ist das Parlament kein Plenum, auf dem man »emanzipatorische Inhalte zumindest publik ... machen« [7] kann, sondern der Ort, an dem das staatliche Gesamtinteresse ausgehandelt wird. Jedes besondere Anliegen muss sich dort am so genannten Allgemeinwohl messen lassen, weshalb linke Abgeordnete z.B. Lohnerhöhungen nicht mit den Bedürfnissen der Lohnabhängigen, sondern mit den vermeintlich heilsamen Auswirkungen auf die »Volkswirtschaft« begründen.

Genauso grundlos sind die Hoffnungen auf eine »Radikalisierung« der Gewerkschaften, die die Société mit Blick auf die Streiks in Südeuropa äußert. Der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Massenverarmung dort ist bis heute erbärmlich und auf ritualisierte Streiktage beschränkt geblieben, die vor allem dem Selbsterhalt der Apparate dienen. Läuft der Laden, können sie für die Lohnabhängigen etwas herausholen, läuft er nicht, bleibt ihnen nur die Moderation des Verzichts. Um aus diesem Zirkel auszubrechen, müssten die Lohnabhängigen die ganze Geschäftsgrundlage infrage stellen, und schon mit kleineren Aktionen stoßen sie schnell mit dem herrschenden Gesetz zusammen, dessen Verteidigung für die Gewerkschaften außer Frage steht, schließlich hängt ihre eigene Existenz von ihrer rechtlichen Anerkennung ab. Sicherlich könnten sich die Streiks und Kämpfe in Südeuropa radikalisieren, aber eine solche Radikalisierung würde unweigerlich jenseits gewerkschaftlicher Formen stattfinden.

Mit der latent verschwörungstheoretischen Gewerkschaftskritik mancher Linksradikaler,



wonach die Gewerkschaften ein gewichtiger Grund für die Schwäche der Klassenkämpfe sind, haben wir wohlgemerkt nichts am Hut. [8] Diese Schwäche ist eher ein Ausdruck der traurigen Tatsache, dass die jetzige Ordnung als scheinbar alternativlose akzeptiert wird, was sich stärker noch im weitgehenden Fehlen anderer Kampfformen, etwa von wilden Streiks und Betriebsbesetzungen, zeigt. Das war, wie die Société in Erinnerung ruft, in der Ära des Rätekommunismus anders, als ein nicht unbeträchtlicher Teil der Arbeiter radikale Anstalten machte. Polemiken gegen die zahmen Gewerkschaften nehmen heute daher schnell den Charakter einer Ersatzhandlung an, insofern das wirkliche Problem ein viel umfassenderes ist. Anders als die Rätekommunisten, die einen roten Faden vom Streik zum Sturz der Verhältnisse erkennen konnten und insofern mit dem Rätegedanken über eine für ihre Zeit schlüssige Revolutionstheorie verfügten, stehen wir heute im Wald. Aus dieser Tristesse hilft aber kein Rückfall hinter einmal erreichte Erkenntnisse heraus, den man sich als gewitzte »Doppelstrategie« schönredet. Wenn vom Rätekommunismus etwas aktuell geblieben ist, dann nicht zuletzt die Ablehnung alles Taktisch-Manipulativen, das heute in der ewig sich wiederholenden Rede von »Hegemonie« und »Diskurs« auftritt.

Von der operaistischen Kritik zum postoperaistischen Delirium

Während sich der Rätekommunismus im Aufruhr nach dem Ersten Weltkrieg herausbildet, liegen die Ursprünge des Operaismus in den eher friedlichen Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg. Einige linke Intellektuelle in Italien führen diesen sozialen Frieden auch auf die angepasste Politik von Gewerkschaften und Sozialistischer wie Kommunistischer Partei zurück. Sie gehen zweigleisig vor, indem sie einerseits eine Ideologiekritik der offiziellen Arbeiterbewegung ausarbeiten, sich andererseits in großen Betrieben direkt einer veränderten Arbeiterklasse zuwenden. Dass das Kapital auf eine tödliche Krise zusteuert, scheint nicht zu erwarten. So rückt die Zumutung des stumpfsinnigen Fabrikalltags ins Zentrum der Kritik. Vor allem Raniero Panzieri schlachtet zwei heilige Kühe der damaligen Arbeiterbewegung: die Annahme, Maschinerie und Arbeitsorganisation seien politisch neutral oder gar an sich latent sozialistisch und nicht, wie bei Marx, zwar ein zu realisierendes Potenzial, in ihrer tatsächlichen kapitalistischen Gestalt aber immer auch ein Mittel, die Gesamtarbeiterin zu beherrschen; zum anderen den Fetisch der staatlichen Planung. Beides greift mit den Untersuchungen vor allem Romano Alquatis in einigen Betrieben ineinander, die allerhand Unmut und von den Gewerkschaften ausgeklammerte Konflikte

zutage fördern. Dieser frühe Operaismus weist eine starke Nähe zum Rätekommunismus auf, insofern dem Staatsfetisch einer Linken, die lediglich durch Regulierung der Ökonomie den Massen zu steigendem Wohlstand verhelfen will, die Emanzipation der Produzenten vom existierenden Fabrikregime und der Lohnarbeit entgegengehalten wird. Späteren Operaisten galt der Rätegedanke per se als Angelegenheit von Facharbeitern, die sich mit ihrer Arbeit identifizieren, während der neue ungelernte Massenarbeiter nur noch möglichst schnell aus der Fabrik hinauswolle. Ihre zeitweise recht starke Organisation Potere Operaio wurde nicht ohne Grund mit der rätekommunistischen KAPD verglichen, setzte sie doch auf wilde

Streiks und direkten Aufstand der Arbeiter. Wie und wofür blieb ziemlich unklar, und vielleicht ist er auch deshalb ins Wasser gefallen.

Das Erbe des Operaismus scheint durchwachsener als das der Rätekommunisten. Seine Kritik an Maschinerie und staatlicher Planung bleibt gültig, hat heute aber an Bedeutung verloren. Immer wieder aufgegriffen wird dagegen die Idee der »Untersuchung«. Das führt mitunter zu recht ermüdenden Fleißarbeiten über irgendwelche Betriebe, stützt sich aber auf den richtigen Gedanken, dass sich die Widersprüche der jetzigen Produktionsweise nicht nur in Krisen realisieren, sondern sich auch in der tagtäglichen Schufterei zeigen, weil der Produktionsprozess zugleich Arbeits- und Verwertungsprozess ist. Die gesellschaftliche Fabrik unter dem Aspekt ihrer Veränderbarkeit zu durchleuchten, ist auch heute sinnvoll, und spätestens seit den Interventionen operaistisch geprägter Feministinnen wie Mariarosa Dalla Costa steht außer Frage, dass dies auch den Bereich jenseits der Lohnarbeit einschließen muss.

Der sogenannte Postoperaismus hat mit dem Operaismus der 1960er und 1970er Jahre kaum etwas gemein und verkehrt ihn in mancher Hinsicht ins Gegenteil. [9] Geblieben ist nur die Betonung von Kämpfen als Motor der



Geschichte, die sich schon bei einigen älteren Operaisten zu dem schrulligen Versuch auswuchs, das gesamte Weltgeschehen auf eine verborgene Macht der Klasse zurückzuführen, und die nun bei den Postoperaisten wie dem heutigen Toni Negri durch vollständige Ausblendung von Niederlagen kurzerhand ins Konformistische kippt: Soweit sich die Gegenwart als Resultat von Kämpfen verstehen lässt,

WO DER WERT ZU EINER POSITIVEN KATEGORIE WIRD UND DIE BESTE-HENDEN ARBEITSVERHÄLTNISSE ALS VORSCHEIN DER AUTONOMIE VERKLÄRT WERDEN, DA MUSS DIE JETZIGE PRODUKTIONSWEISE UNGESCHOREN DAVONKOMMEN.

erscheint sie als Fortschritt.
Negri, früher Chef von
Potere Operaio, lernte im
französischen Exil einige
postmoderne Meisterdenker kennen, wovon
er sich nie wieder erholt
hat. Seit über zehn Jahren
strickt er am Mythos einer
sogenannten Multitude,
deren Aufbegehren das
alte Fabrikregime auf den
Müllhaufen der Geschic

hte befördert und ein Zeitalter der freien Kooperation eingeläutet habe. Lag ein Verdienst der Operaisten gerade darin, die kapitalistische Geformtheit des Arbeitsprozesses zu untersuchen, stellt dieser sich Negri als ein bereits befreites Terrain dar, dem das Kapital als rein äußerlicher »Parasit« gegenübersteht. Selbst die Kategorie Wert mutiert zu einer positiven. Weil die Produktionsverhältnisse gar nicht mehr revolutioniert werden sollen, begnügt sich Negris Multitude mit der, gleichwohl illusorischen, Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Negris Vorschläge für eine europäische Verfassung und sein Ruf nach universeller Staatsbürgerschaft zeigen derweil, dass es ihm auch mit der Staatskritik nicht besonders ernst ist.

Warum nun Philipp Metzger diesen Postoperaismus in mole als »Interventionsstrategie für die radikale Linke« anpreist, bleibt uns schleierhaft. Ihn fasziniert offenbar der doch eigentlich sehr einfache Gedanke, dass die Menschen, die heute gegen die Verhältnisse rebellieren, recht unterschiedliche sind, der dann in einer selbstbezüglichen Überwältigungsrhetorik als »Pluralität der Singularitäten« einen großen Auftritt bekommt: Ein Motiv, das sich unendlich variieren lässt. Denn schließlich ist die »Multitude« auch »kein einheitliches Subjekt, sondern sie meint das, was zwischen den Subjektivitäten das Verbindende ist«...

Zur Verdeutlichung wird nun einerseits die Globalisierungsbewegung angeführt, in der auch »Kleinbauern des Südens« und »von feministischen bis zu religiösen Gruppen« jeder seinen Platz fand, andererseits der Sturz Mubaraks in Ägypten (man ahnt es schon: »Der Umsturz war erst in dem Moment möglich, als

die unterschiedlichen Singularitäten - ohne ihre Unterschiede aufzugeben - sich in der Multitude vereinten«). Warum hat die Globalisierungsbewegung ins Gras gebissen? Und was ist in den letzten drei Jahren aus der ägyptischen »Multitude« geworden? Fixiert auf die bunte Vielfalt der Akteure, kommt Philipp Metzger gar nicht mehr dazu, diese Fragen überhaupt zu stellen. Weil es hier weniger um Begriffe als um Suggestionen geht, ist es nur konsequent, wenn Metzger die Frage, »ob man den Begriff der Multitude aus philosophie-theoretischen Gründen für stringent oder inkonsistent hält«, kurzerhand als »unerheblich« abtut. Wie die Beispiele für das heutige Wirken der Multitude zeigen, dient der Begriff nur dazu, einen Zusammenhang vorzugaukeln. Offenbar liegt darin auch das Erfolgsgeheimnis Negris: Er gibt Aktivisten das Gefühl, mit ihren meist wenig erfolgreichen Aktivitäten dennoch Teil eines großen historischen Projekts zu sein; eines Projekts, das sich ob seiner Größe offenbar nur noch in einer euphorisierten Privatsprache fassen lässt: Eine gewöhnliche Bündnisdemonstration heißt jetzt »Versuch das Verbindende zwischen den unterschiedlichen Subjektivitäten zu radikalisieren«, das damit verbundene Gerödel erstrahlt als »der konstruierende Prozess des Gemeinsamen als Vorbereitung auf das Ereignis als radikalen Bruch«.

Aussichten

Mit dem Postoperaismus landet die Linke, wenn auch in einer ganz anderen historischen Konstellation, in gewisser Weise wieder bei dem, womit Rätekommunisten und Operaisten brechen wollten: bei der Fortschreibung des Bestehenden durch seine damals staatssozialistische, heute radikaldemokratische Umetikettierung. Wo der Wert zu einer positiven Kategorie wird und die bestehenden Arbeitsverhältnisse als Vorschein der Autonomie verklärt werden, da muss die jetzige Produktionsweise ungeschoren davonkommen. Entscheidend am Proletariat war für Marx, dass es sich qua Revolution nicht verwirklicht, sondern abschafft; er hatte einen negativen Klassenbegriff. Die Multitude dagegen wird als etwas Positives gedacht, das nur noch seine äußere Fessel, den »Parasiten« Kapital, abstreifen muss. In dieser konformistischen Wende kommt abermals die Rede von einer zu erringenden »Hegemonie« zum Tragen. Die bestehenden Institutionen gilt es dann nicht mehr zu zersetzen, sondern anders zu gebrauchen; daher die altväterliche Mahnung, man dürfe sich auf keinen Fall durch eine »Dämonisierung« des Staats »ins Abseits manövrieren«.

Dass antiautoritäre Kommunisten, von der Pose des einsamen Kritikers zu Recht ermüdet, gerade in der großen Krise allerhand Spielräu-

me für politische Hegemoniekämpfe ausmachen und sich als Diskurs- und Bündnispartner anbieten, ist blöd, hat aber Gründe. [10] Während es in den Unruhen der letzten Jahre an antiautoritären Momenten nicht fehlt, ist Kommunismus nirgends in Sicht. Er scheint bestenfalls für sehr kurze Momente in sehr embryonaler Gestalt auf, etwa in der geldlosen Bedürfnisbefriedigung auf dem besetzten Tahrir-Platz, in dem manche nicht ohne Grund eine Commune gesehen haben. Als ein über den Augenblick der Revolte hinaus andauernder Gedanke, erst recht aber als eine wirkliche Bewegung bleibt jener Kommunismus einstweilen eine Fehlanzeige. Im theoretischen Wirrwarr der Linken spiegelt sich die praktische Ziellosigkeit der Kämpfe. Vermutlich wird die Sucht nach Politik erst dann abklingen, wenn in der Praxis der atomisierten Gesamtarbeiterin und der Überflüssigen so etwas wie neue, zeitgemäße Räte entstehen. Es scheint klar, dass für diese Räte die Fabrik nicht mehr die »Zentralität« besitzen wird, die für die Rätekommunisten und Operaisten noch völlig unstrittig war; dass aber »die Plätze« die Fabrik als Kampfterrain nicht einfach ersetzen können, das hat der internationale Kampfzyklus der letzten Jahre auch gezeigt. Hier wird nach den Vermittlungen zu suchen sein, die von radikalen Linken immer im Mund geführt werden. Ob man in eine solche zurzeit noch sehr unklare Richtung wirkt, oder aber bewusst sich im Bestehenden hält, um hier dann durch gewitzte »Doppelstrategien« die »Hegemonie« zu erringen, das allerdings ist eine Entscheidung, die jede und jeder schon heute treffen kann.

Anmerkungen

- [1] So stellvertretend für viele Bini Adamczak, Gestern Morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft, Münster o.J. Adamczaks Buch wurde in der Linken wohl deshalb so überschwänglich aufgenommen, weil es deren Seelenhaushalt ausbuchstabiert: ein zur Schau gestelltes Leiden an der Geschichte und vor allem an der eigenen »Einsamkeit«, das allerdings klammheimlichen Genuss bereitet, denn als Prämie für die ganze Trauerarbeit winkt die kommunistische Identität. Die melancholische Selbststilisierung zur einsamen Kritikerin ist nur das Spiegelbild der Volks- oder Arbeitertümelei von Linken, die sich immer eins mit »den Massen« wähnen.
- [2] AK Societé des Égaux: Über Kinderkrankheiten und roten Jakobinismus; Philip Metzger: Kampf für das Gemeinsame – der (Post-) Operaismus als Interventionsstrategie für die Radikale Linke.

- [3] Paul Mattick, Council Communism, in: Anti-Bolshevik Communism, London 1978, S. 83.
- [4] Ausführlich dazu unser Text »28 Thesen zur Klassengesellschaft«, Kosmoprolet 1 (2007).
- [5] Zu den klassischen rätekommunistischen Vorstellungen, siehe Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland), Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung [1930], Berlin 1970. Zu ihrer Historisierung: das darin enthaltene neue Vorwort des rätekommunistischen Veteranen Paul Mattick sowie unsere Debatte mit der französischen Gruppe Théorie Communiste in Kosmoprolet 3 (2011).
- [6] Vgl. Lenins berüchtigtes Pamphlet Der Linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus [1920], in: Ders. Werke, Berlin 1966: Dietz, Bd. 31, S. 1–106
- [7] Die Société räumt ein, »die Vergesellschaftung der Produktionsmittel« sei nicht über das Parlament zu bewerkstelligen, »die Inhalte« ließen sich dort insofern »nur zum Teil« durchsetzen. Aber auch die als Beispiel angeführte »Schwulen- und Lesben Emanzipation« fand nicht im Parlament, sondern in langwierigen Kämpfen statt, und wurde dort lediglich ratifiziert. Übrigens war es keine Linksregierung, sondern die CDU, die den infamen §175 schließlich 1994 vollständig abschaffte.
- [8] Vgl. Gruppe Eiszeit, Schranken proletarischer Emanzipation, Kosmoprolet 3, und die auf unserer Webseite nachzulesende Debatte darüber mit der Internationalen Kommunistischen Strömung (IKS).
- [9] Ausführlicher zu Operaismus und Postoperaismus: Kosmoprolet 1 sowie das Interview mit zwei Leuten von uns, das 2007 für die Zeitschrift Phase 2 geführt wurde: http://www.trend.infopartisan.net/trd1207/t311207.html
- [10] Welche Blüten das konkret mit Blick auf die aktuelle Krise treibt, haben wir in »Krisenlösung als

Wunschkonzert« (analyse & kritik 580, Februar 2013) gezeigt.

Die Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft sind ein sozialrevolutionärer Zirkel in Berlin, der u.a. die Zeitschrift »Kosmoprolet« mitherausgibt (www.kosmoprolet.org).

No alternative!

Nachbereitungspapier zur Kampagne "Nationalismus ist keine Alternative!"

KRITIK & PRAXIS [F] RANKFURT

Als mitorganisierende Gruppe hier unsere Auswertung, die die Ergebnisse unserer internen Diskussion und unserer Diskussionen mit anderen beteiligten Gruppen und Einzelpersonen einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machen soll. Die Kampagne "Nationalismus ist keine Alternative" ist beendet – die Auseinandersetzung mit der "Alternative für Deutschland" (AfD) und anderen rechten Versuchen, Stimmungen in der Gesellschaft aufzugreifen, muss weitergehen. Wir hoffen, dass dieses Papier dazu beitragen kann.

Ausgangslage

Im Zuge der aktuellen Krise des Kapitalismus kam es vor allem in Südeuropa zu einer Abfolge von Streiks, Platzbesetzungen und sozialen Aufbrüchen. In Nordeuropa bereitete die autoritäre Krisenpolitik der Troika dagegen den Nährboden für RechtspopulistInnen. Sie schüren die Angst vor dem, was schon vor Jahren vorgebetet wurde – angeblichen "Pleitegriechen", "kriminellen Armutseinwanderern" und der "Diktatur in Brüssel".

In Deutschland gibt es bis auf die CDU/CSU noch keine starke parlamentarische Vertretung rechter und zum Teil offen rassistischer Positionen im Bundestag. Anfang 2013 ist die "Alternative für Deutschland" angetreten, um diese Lücke zu füllen. Mit einem klar nationalistischen Kurs und ihrer bürgerlich-rechten Euro-

kritik konnte die AfD ein durch Angela Merkel nicht mehr vertretenes Spektrum ansprechen und unter ihrem Dach vereinen. Der autoritären Parteiführung um Bernd Lucke gelang das, woran bisher viele andere rechte Parteien gescheitert sind: die Etablierung eines rechten Sammelbeckens zwischen CDU und NPD. Ob rechter CDUler, neoliberale Geschäftsfrau, fundamentalistischer Sektenangehöriger oder verkappte Faschistin – sie alle finden bis jetzt ohne allzu große Konflikte ihren Platz in der AfD.

Die AfD stand zwar unter besonderer Beobachtung und im medialen Diskurs kam auch immer wieder die Frage auf, ob sie nicht doch rechtsradikal ist, aber durch eine geschickte Diskursstrategie inklusive öffentlicher Distanzierung von Nazis gelang es der Parteiführung weitgehend, sich als Projekt der "Mitte" darzustellen. Doch die vielen Stimmen für eine Partei wie die "Alternative für Deutschland" bedeuten einen neuen Druck von rechts auf die etablierten Parteien. Ob Aufenthaltsgesetzgebung, Arbeiter*innen- oder Erwerbslosenrechte - eine Diskursverschiebung nach rechts geht nicht an den anderen Parteien vorüber: Um bestimmte Wähler*innenschichten weiterhin anzusprechen gehen sie tendenziell einen Schritt in die Selbe Richtung. Und auch wenn die CDU-Führung noch beteuert, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD geben werde - der rechte Flügel bereitet bereits die ersten Annäherungen vor; schließlich ist die wirtschaftsliberale Juniorpartnerin von der Bildfläche verschwunden. Auf lange Sicht wird es also deutlich wahrscheinlicher, dass sich rechte BrandstifterInnen wie Beatrix von Storch auch mal in regierenden Positionen wiederfinden.

Zielsetzungen

Das gute Abschneiden der "Alternative für Deutschland" bei der Bundestagswahl 2013 hat für viel Diskussion gesorgt, wie das Phänomen zu bewerten sei. Für uns und andere war schnell klar, dass die AfD nicht die Kriterien einer klassisch neofaschistischen Partei erfüllt, sondern mit dem Begriff des Rechtspopulismus besser charakterisiert ist. Gerade weil die Kategorisierung als "Nazis" zu kurz greift, war es wichtig, die Kampagne anhand der von der AfD vertretenen Inhalte aufzubauen. Ihr - mal mehr, mal weniger - offener Rassismus, Sexismus und Nationalismus sollte im Mittelpunkt der Kritik stehen. Diese Aufklärungsarbeit sollte es der AfD zumindest ein bisschen schwerer machen, auf Stimmenfang zu gehen. Nachdem die AfD bei der Bundestagswahl kaum Gegenwind aus der Linken bekommen hatte, sollte die Kampagne außerdem hier für

die AfD sensibilisieren und allen nationalen Krisenlösungen eine klare Absage erteilen. Der Spagat zwischen den unterschiedlichen Zielgruppen wurde versucht aufzulösen, indem die Kritik einerseits in einem längeren Aufruf ausgebreitet, andererseits in leicht verständliches Aufklärungsmaterial (Infoblatt, Aufkleber und Social-Media Kampagne) verpackt wurde. Damit sollte antifaschistischen Gruppen Werkzeug und ein Kampagnendach geboten werden, um selber aktiv zu werden.

Neben der Kritik an der AfD war die Kampagne explizit auch gegen die herrschende Troika-Politik ausgerichtet, um nicht Gefahr zu laufen, die autoritäre Krisenpolitik gegen ihre rechten KritikerInnen zu verteidigen. Weil viele beteiligte Gruppen sich seit Jahren aktiv an linken Krisenprotesten beteiligen und im Blockupy-Prozess verankert sind, wurde die Kampagne auch unter dieses Label gestellt. Die Idee dabei war, das antifaschistische Spektrum, das kaum wahrnehmbar an den Krisenprotesten beteiligt war, und das Blockupy-Spektrum wenigstens unter dem Kampagnendach zusammen zu bringen. Unser Interesse als Gruppe ist es dabei natürlich auch, dass die Krisenproteste sich weiterhin klar gegenüber reaktionären, nationalen Krisenlösungen positionieren.

Was ist gelaufen?

Weit mehr als fünfzig Aktionen und Veranstaltungen in rund vierzig Städten, viele Texte zur Kritik der AfD, eine relativ große Medienresonanz und vieles mehr. Das Ausmaß der positiven wie negativen Resonanz war auch für uns als Mitinitiator*innen überraschend. Ob Eier gegen Henkel und Konsorten, die Störung von Wahlkampfständen oder inhaltliche Veranstaltungen zur AfD – die Vielzahl von Aktionen und deren Vielfalt hat uns sehr gefreut!

Die Kampagne "Nationalismus ist keine Alternative" war das richtige Thema vor der Europawahl. Label und Flyertext wurden vielfach aufgegriffen und an die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort angepasst – ohne diese lokalen Initiativen wäre die Kampagne nicht gewesen. Aber so gab es Aktionen von Hamburg bis Wien, wo sich hunderte Antifaschist*innen einem Aufmarsch der nationalistischen "Identitären Bewegung" in den Weg stellten. Außerdem gab es in einigen Städten neue Bündniskonstellationen, die sich des Themas annahmen. Wir hoffen, das setzt sich fort!

In Frankfurt haben wir uns mit einem lokalen Bündnis exemplarisch einen Infostand und eine öffentliche Veranstaltung herausgesucht, um in den Diskurs um die AfD und in ihren Wahlkampf zu intervenieren. Die Konzentration auf wenige Termine, um diese dann aber richtig anzugehen und auf entsprechende Resonanz hinzuarbeiten, haben wir dem Kapazitäten-raubenden Versuch vorgezogen, wirklich jeden Auftritt der AfD stören zu wollen.

Fazit

Dass die AfD mit sieben Prozent ins Europa-Parlament eingezogen ist und damit mindestens so gut abschnitt, wie ihr das vor Beginn der Kampagne vorhergesagt wurde, ist zunächst irritierend. Wer sich anschaut, was im Vorfeld





der Europawahl passiert ist, wird allerdings zu dem Schluss kommen müssen, dass das relativ gute Abschneiden gegenüber der Bundestagswahl weder überraschend kam, noch dass es bedeutet, die Kampagne hätte ihr Ziel verfehlt. In absoluten Wählerzahlen relativiert sich zudem der Erfolg der AfD zumindest ein wenig: Mit rund zwei Millionen Stimmen erhielt sie ziemlich genau so viele wie bei der Bundestagswahl 2013 - nur die Prozentzahl sah anders aus. Das Ergebnis der Europawahl und der prognostizierte Einzug der AfD in die Länderparlamente von Sachsen und Thüringen zeigten aber, dass die AfD auf dem besten Wege ist, sich als Partei rechts von CDU und CSU zu etablieren. Deshalb stellt sich auch nach der Kampagne die Frage: Wie weiter umgehen mit der AfD?

Eine Antifa-"Feuerwehrpolitik", wie sie gegenüber den Auftritten von NPD und Republikanern in der Regel gefahren wird, scheint uns kein erfolgversprechender Ansatz zu sein. Nicht nur, dass es bis auf Weiteres keine (bundesweiten) Wahlkampfveranstaltungen mehr geben wird, die wir stören können; grundsätzlich stellt sich – ganz abgesehen davon, wer das alles machen sollte – die Frage, ob flächendeckende Störaktionen bis ins letzte Dorf langfristig das geeignete Mittel sind, um die AfD zu isolieren und in die Defensive zu bringen. Nicht dass ganz auf solche Störaktionen verzichtet werden sollte, nur müssen sie angesichts der Größe und Breitenwirkung der AfD vermutlich auch

weiterhin gezielt organisiert und in einen größeren Kontext eingebunden werden.

Die Parteien der "Mitte" sind für rechte Positionen offen; insbesondere dann, wenn sie von rechts unter Druck geraten. Es wäre deshalb falsch, im Falle der AfD zu versuchen, ein breites Bündnis zu schließen, das sich zum Ziel setzt, die sogenannte "Mitte der Gesellschaft" gegen rechts zu verteidigen. Aussichtsreicher scheint es, zu versuchen, CDU/CSU, insbesondere aber SPD, Grüne und Linkspartei von links unter Druck zu setzen und so zu verhindern, dass sie sich weiter nach rechts bewegen. Dazu braucht es auch eine offensive Auseinandersetzung mit rechten Positionen in diesen Parteien, vor allem aber mit der asozialen Konkurrenzpolitik von CDU/CSU, SPD und Grünen, die mit der Agenda 2010 und der entsprechenden Krisenpolitik in Europa das Feld für den rechten Populismus mit bereitet haben.

Um die gesellschaftliche Stimmung nach links zu verschieben ist mehr notwendig, als mit einer noch so richtigen Kritik an die "Mitte" und ihre Parteien heranzutreten und auf eine irgendwann eventuell einsetzende Erkenntnis zu warten. Wenn es nicht gelingt, fortschrittliche Positionen in soziale Konflikte hineinzutragen und in sozialen Bewegungen zu etablieren, wird dieses Unterfangen wenig Aussicht auf Erfolg haben. Wer soziale Auseinandersetzungen gewinnen will, tut

gut daran dem Populismus von rechts emanzipatorische Perspektiven entgegenzusetzen. In diesem Sinne muss sich linker Krisenprotest weiterhin mit dem Rechtspopulismus und der "Eurokritik" der Rechten auseinandersetzen; und bei der Beschäftigung mit dem Rechtspopulismus kommt man kaum um eine eigene Kritik an der Krisenpolitik der Troika herum.

Die europäischen Krisenproteste – wie etwa gegen die im März 2015 geplante Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank in Frankfurt – sind ein Feld, auf dem sich der Kampf gegen das Erstarken der europäischen Rechten, gegen Rechtspopulismus und Nazis, mit einer linksradikalen Praxis verbinden lässt. Hier kann eine antifaschistische Linke in die Offensive kommen, während sie sich gleichzeitig vor Ort mit progressiven Inhalten und Konzepten einmischt und verhindert, dass rassistische, sexistische und nationalistische Positionen in sozialen Auseinandersetzungen Fuß fassen.

There is an alternative!

Phase 2

Zeitschrift gegen die Realität

www.phase-zwei.org

Einzelpreis: Abonnement:

5€ 92€

für fünf Ausgaben

Abonnements können auf http://www.phase-zwei.org/abo/ abgeschlossen werden, dort finden sich auch die Aboprämien, oder per Mail an: abo@phase-zwei.org

Buchrezensionen



Ihrer Individualität beraubte Zahnräder

Wie Feldforschung einen detaillierten Einblick in die chinesische Arbeiterklasse ermöglicht

THEODOR WAGNER

Im vorliegenden Buch hat die Assoziation A
Autor*innen zusammengestellt, die es uns im
ersten Teil ermöglichen einen analytischen Blick
in die Klassenzusammensetzung chinesischer
Wanderarbeiter*innen zu werfen und im zweiten
Teil Erfolge und Probleme gewerkschaftsferner
Arbeitskämpfe in der chinesischen Industrie
darstellen. Das Buch verschafft den Leser*innen
einen eindringlichen Blick in die chinesische
Gesellschaft, indem es zeigt wie es um die arbeitende Klasse im Arbeiter und Bauernstaat bestellt ist.

China ist weit weg; nicht nur geografisch, sondern auch in unseren Köpfen. Wer sich nicht speziell im Rahmen von Studium oder Beruf mit China beschäftigt, dem gärt noch immer das Bild der gelben Gefahr im Kopf, ihrer Individualität beraubter Zahnräder in der Maschinerie des Kommunismus, der willenlosen Gefolgsleute Mao Zedongs und einer unüberschaubaren Masse, auf deren Rücken in fast unheimlicher Manier "die längste Periode wirtschaftlichen Wachstums in der Geschichte der Menschheit" ausgetragen wurde. Man ist ja so nett, mittlerweile "die Chinesen" zu sagen, und muss nicht mehr auf "den Chines" zurückzugreifen. Und obwohl Chines*innen den größten Anteil an ausländischen Studierenden in Deutschland ausmachen, so ist es doch immer noch auffällig, dass ein Gespräch über China niemals etwas Spezielles beinhaltet. Es fallen keine Namen (Mao vielleicht), es gibt keine Bekannten, es gibt keine wirklichen Orte in China (Peking manchmal, öfter jedoch Tokyo[1]), alles scheint immer noch ein großes, breiiges Kollektiv zu sein, das von der Partei aus, scheinbar nach "ihrem" Gutdünken, gesteuert wird. Unsere Beschäftigung mit China beschränkt sich allzu oft darauf, sich moralisch zu positionieren (siehe Tibet, Todesstrafe und freie Wahlen), oder chinesische Entwicklungen unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen auf den Weltmarkt (siehe Handelskrieg, Photovoltaik, etc.) zu betrachten.

Das Buch Aufbruch der zweiten Generation, welches von Ralf Ruckus. Frido Wenten und Daniel Fuchs bei der Assiziation A, in Zusammenarbeit mit den Freunden der "gongchao" herausgegeben, bearbeitet und übersetzt wurde, ist ein Schritt dahingehend, das Bild von den Chinesen*innen als Kollektiv, aufzulösen, und die Menschen als Individuen, welche in den Widersprüchen ihres Landes und des Kapitalismus leben, zu begreifen und anderen begreiflich zu machen, ohne dabei einen wissenschaftlichen Anspruch zu verlieren. Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden die neuen Klassensubjekte in der chinesischen Gesellschaft vorgestellt, im zweiten Teil werden die Entwicklungen des chinesischen Arbeitskampfes, vor allem seit den 1980er Jahren, skizziert.

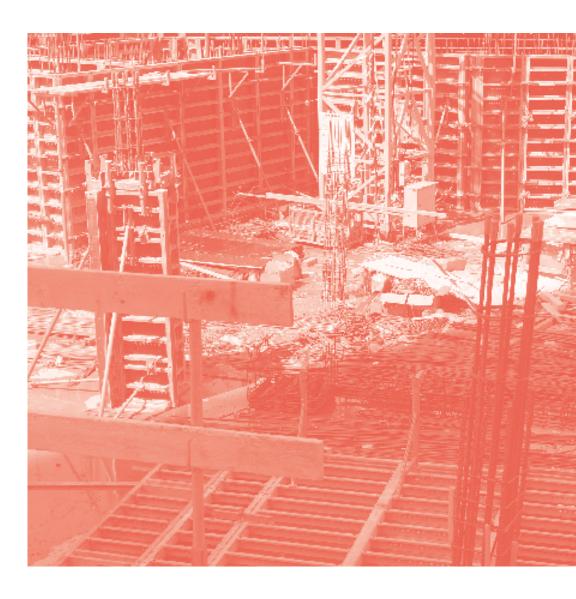
Untersuchung der neuen Klassensubjekte

Da die Wissenschaftler*innen, welche in diesem Sammelwerk vertreten sind, allesamt aus China, bzw. aus Hong Kong stammen, auch wenn sie mittlerweile größtenteils in amerikanischen Universitäten tätig sind, ist der erste Teil des Buches von einer besonders hautnahe Einsicht. Ihre Methode ist deswegen für die nicht chinesischen Leser*innen interessant, weil westliche (aussehende) Wissenschaftler*innen so nicht an das Thema herantreten könnten. So können zum Beispiel Pun Ngai und Lu Huilin für ihren Beitrag mit Wanderarbeiter*innen auf Baustellen sprechen und mit ihnen zurück auf das Land fahren. So liefern sie eine umfassende Darstellung ihrer Lebensumstände, ohne aus der Entfernung darüber reden zu müssen, eben weil sie ihre Sprache sprechen und ihre Landsleute sind. Besonders beeindruckend hierbei ist der Artikel von Zheng Tiantian, welche momentan als Professorin an der staatlichen Universität von New York lehrt, und die für ihren Beitrag über die "Karaoke-Sexindustrie Chinas" tatsächlich für eine gewisse Zeit als Barhostesse arbeitete. Ihr Beitrag soll hier exemplarisch dargestellt werden. Sie schafft es, ein sehr genaues Bild der Zustände, unter denen Prostituierte in China in Karaoke Bars arbeiten müssen, zu zeichnen, ohne dabei den weiteren Rahmen zu vergessen. Man kann sich in die Subjekte hineinversetzen, ihre Ängste und Sorgen verstehen, und vor

allem ihre Beweggründe nachvollziehen, die sie in ihre damalige Position gebracht haben. Fast wie in einer Reportage klingt es, wenn sie schreibt: "Entlang der Treppe, die zu den Séparées in den oberen Stockwerken führt, stehen die Kellnerinnen in zwei Reihen. Alle sind gleich groß und haben dieselbe Frisur. Sie tragen dieselben dunklen bestickten Miniröcke, ihre Brüste zur Hälfte entblößt, ihre Hüfte kaum bedeckt. [...] Der Umkleideraum der Hostessen dient bei Polizeirazzien auch als Versteck." Gleichzeitig nimmt sie aber ihren wissenschaftlichen Anspruch sehr ernst. Ihre Ergebnisse basieren auf 20 Monaten Feldforschung, mit Interviews von über 200 Hostessen in zehn Karaoke Bars. Sie schafft es immer wieder, ihre Eindrücke mit den sozialen Zuständen in China zu verknüpfen, um so eine tatsächliche Erklärung der Probleme der Hostessen und Prostituierten zu liefern. Schon zu Beginn reflektiert sie die Grenzen ihrer Feldforschung: "Mein Aussehen und Gehabe wies mich als Außenstehende aus.

Sie machten sich über meine studentische Kleidung, meine Brille und meine Unfähigkeit, ihre Sexgespräche und Witze zu verstehen oder daran teilzuhaben, lustig, nannten mich "Brille" und "die Studentin" und lehnten es ab, mich in ihren Kreis aufzunehmen." Doch das änderte sich, als sie begann, tatsächlich als Hostess zu arbeiten. So weiß sie zu berichten: "In der Zeit in den Karaoke Bars, musste ich wie die anderen Hostessen stets wachsam gegenüber Polizeirazzien und Angriffen von Schlägern konkurrierender Bars bleiben. [...] Wenn wir morgens schlafen gingen, schoben wir eine Couch gegen die Tür zum Schutz gegen eindringende Gangster."

Szenen dieser Art gibt es in den Berichten und Beschreibungen von Zheng Tiantian viele, und den Leser*innen kann ein tieferes Verständnis des Lebens der Hostessen vermittelt werden. Zheng geht aber auf mehr ein, so reflektiert sie beispielsweise auf die sich verändernde Gesetzeslage nach der Ära Maos und der gewollten Grauzone der Prostitution, der Korruption und der Gewalt von Staatsbeamten. Zhengs Artikel ist hierbei besonders gründlich, soll jedoch nur als Beispiel für die Methode dienen, mit der die Klassensubjekte im vorliegenden Buch vorgestellt werden. So wird auch in der Einleitung des Buches vermerkt: "Sie [die chinesischen Wissenschaftler*innen] nehmen die Perspektive "von unten" ein und wollen die Situation vom Standpunkt des Beobachteten aus verstehen." Jedoch üben die Herausgeber einleitend auch Kritik an den vertretenen chinesischen Wissenschaftler*innen: "Stellenweise haben sie aber auch Schwächen, wie eine überbordende postmoderne Diskursanalyse, die anklingende Verharmlosung der maoistischen Klassenherrschaft und die Einordnung der Analyse in die reformistische Konfliktlösungs- und Rechtsstaatsdebatte - alles drei



wiederkehrende Defizite der kritischen Sozialwissenschaft in China." Welche, in ihren Worten, aber auch ein "Spiegel der Schwäche und Perspektivlosigkeit der (heterogenen) politischen >Linken< in China" sind, zu denen sie die Autor*innen des Sammelbandes zählen.

Prozesse der Klassenzusammensetzung

Der zweite Teil entfernt sich wieder weiter von den Individuen, und versucht sich an einer allgemeinen Analyse der Arbeitskämpfe in China, wobei hier hauptsächlich über Fabrikarbeiter*innen gesprochen wird. Interessant hierbei ist die Spannung zwischen dem Anspruch der Kommunistischen Partei, legitime Regierung eines Arbeiter- und Bauernstaates zu sein, und dem, vor allem seit der Öffnungsperiode nach der Machtübernahme Deng Xiaopings, stetigen Verfall der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innenklasse. Die neue Form dieser Fabrikarbeiter*innen hat, laut den Autor*innen, eine neue Qualität erreicht, da sie zu einem großen Teil aus sogenannten Wanderarbeiter*innen der zweiten Generation bestehen. Zur Erklärung: Wanderarbeiter*innen sind Chines*innen, welche auf dem Land geboren wurden. Das "Land" ist hier in einem tatsächlich legalen Sinne zu verstehen, jene also, die nicht in Städten geboren sind. Dies ist wichtig, da in Städten geborenen Chines*innen eine große Vielfalt an Sozialleistungen zusteht, aber den Chines*innen vom "Land" nicht. [2] Diese zweite Generation ist nicht mehr einfach nur gehorsam und dankbar, nicht mehr auf dem

Pun Ngai, Ching Kwan Lee u.a: Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China, Assoziation A: Berlin/ Hamburg, 2010

Mit Beiträgen von Chris King-Chi Chan, Ching Kwan Lee, Lu Huilin, Pun Ngai, Xue Hong, Yan Hairong, Zheng Lu, Zhang Xia und Zheng Tiantian. Land leben zu müssen, sondern ist in den Städten geboren, und kennt kein anderes Leben mehr. Ihre Ansprüche sind andere, als die ihrer Eltern, und so tragen sie auch ihre Kämpfe aus. Auffällig ist hierbei, dass die Beiträge des zweiten Teils an vielen Stellen zu dem, durchaus richtigen Ergebnis kommen, dass der chinesische Staat seine Arbeiter*innen nicht mehr unterstützt, und dass eine Beteiligung des "Arbeiterstaates" in Arbeitskämpfen, zum Beispiel durch die staatliche

Gewerkschaft "All China Federation of Trade Unions" (ACFTU) meist eine vermittelnde und abschwächende Rolle spielte, die zum Scheitern der lokalen Kämpfe führte, während eine gewerkschaftslose Selbstorganisation der Arbeiter*innen oft ein Durchsetzen der gewünschten Forderungen zur Folge hatte. Die Stoßrichtung ist klar, so ist der Titel eines Artikels, der sich mit der Streikwelle von Fabrikarbeiter*innen im Jahre 2010 beschäftigt Programm: Sie haben das selbst organisiert.

Anmerkungen

[1] Dies spielt auf die Erfahrungen an, in Gesprächen feststellen zu müssen, dass Länder Ostasien, insbesondere China, Japan und Südkorea, nicht auseinander gehalten werden können, und Tokyo, die größte Stadt Japans, entsprechend in China verortet wird.

[2] Die Gesetze, welche dies regeln, nennt man "hukou"-Gesetze. Diese Gesetze wurden 1958 eingeführt, um eine gleichmäßige Ressourcenverteilung herbeizuführen, da chinesische Haushalte die Wahl hatten, einen sicheren Arbeitsplatz in der Stadt, oder ein Grundstück auf dem Land zugewiesen zu bekommen. Nachdem die Einkommensschere sich jedoch nach der wirtschaftlichen Öffnung drastisch zugunsten der Stadtbevölkerung (und deren vollkommener sozialer Absicherung) verschob, kam es zu massiven Land-Stadt-Wanderungen. Mit dem Zustand und den Kämpfen der zweiten "Wandergeneration" beschäftigt sich das vorliegende Buch.



Aus der Zauber

Das Ende der Hexerei als Geburt des Kapitalismus

TOP B3RLIN

Wer sich auf Silvia Federicis erschienenes Buch "Caliban und die Hexe" einlässt, erfährt viel: Über die blutige Geburt des Kapitalismus, über blinde Flecken des Feminismus, über den vieldiskutierten Begriff der »ursprünglichen Akkumulation« und vor allem über die Notwendigkeit, die Kritik am Kapitalismus noch einmal grundlegend neu zu denken: als umfassende Kritik der Reproduktion.

Federici beginnt ihre Darstellung mit der Kritik an drei wichtigen feministischen Strömungen, die aus ihrer Sicht das Verhältnis zwischen patriarchaler Herrschaft und Kapitalismus nur mangelhaft erhellen. Sie wendet sich gegen den klassischen liberalen Feminismus, für den Frauenunterdrückung nichts mit den Produktionsbedingungen im Kapitalismus zu tun hat. Ebenso würden selbst radikale Feministinnen sexistische Diskriminierung und patriarchale Dominanz oft unabhängig von Produktions- und Klassenverhältnissen konzipieren, nämlich als Ausdruck überhistorischer kultureller Strukturen. Unzureichend sind für sie aber auch die Ansichten sozialistischer Feministinnen, die zwar die Geschichte der Frauenunterdrückung als Teil kapitalistischer Ausbeutung analysierten, aber wie der traditionelle Marxismus im Allgemeinen nur die Perspektive der Produktion einnehmen würden.

Die Perspektive der Reproduktion

Den produktionsbezogenen Perspektiven setzt Federici die der Reproduktion entgegen, die

bisher in feministischen Analysen vernachlässigt wurden. Der bereits von Marx verwendete Begriff der Reproduktion meint dabei alle Tätigkeiten und Bereiche, die zur Sicherstellung und Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig sind. Ein eigenständiger Lebensbereich der Reproduktion entsteht jedoch erst mit der Entstehung des Kapitalismus, genauso wie die Sphäre der Produktion. Im Mittelalter etwa, im Feudalismus, war alles eins: Die Produktion diente vornehmlich dem Zweck der eigenen Selbsterhaltung, Wirtschaft war hauptsächlich »Subsistenzwirtschaft« und damit Selbstzweck des Lebens. Erst mit dem Ausgang des Feudalismus im 16. Jahrhundert und der Herausbildung der kapitalistischen Verhältnisse in Europa trennten sich die vormals vereinten Bereiche von Produktion und Reproduktion, was zugleich die Form einer ganz bestimmten geschlechtlichen Arbeitsteilung mit sich brachte. Produktion und Reproduktion wurden Federici zufolge zu Trägern geschlechtlich differenzierter sozialer Verhältnisse, die sie als Ursache für die Unterdrückung der Frauen und ihren teilweise erfolgten Ausschluss aus der Lohnarbeit betrachtet. Eben diese in der direkten Bedeutung des Wortes sexistische Arbeitsteilung bildet die neue patriarchale Ordnung im Kapitalismus. Nicht nur in der Lohnarbeit, Federici spricht hier von »Lohnpatriarchat«, sondern auch in der unbezahlten Heimarbeit, die vornehmlich von Frauen geleistet wird, wird die Arbeit dadurch gesellschaftlich unsichtbar gemacht. Die Reproduktionsarbeit zu hause



gilt heute im Allgemeinen immer noch nicht als vollwertige Arbeit. Gerade dieser Aspekt ist in den aktuellen feministischen Debatten um Reproduktionsarbeit stark umstritten, etwa in dem Streit um die Bewertung von Sorge- und Pflegearbeit (Care). Bereits in den siebziger Jahren forderten Feministinnen die Anerkennung von allen Tätigkeiten als Lohnarbeit durch Bezahlung, im Wissen, dass die Umsetzung dieser Forderung den ökonomischen Sturz des kapitalistischen Systems zur Folge hätte. Mit Federici teilen viele Fürsprecherinnen die grundsätzliche Annahme, dass im unbezahlten Teil des Arbeitstages der »männliche« Lohn Anwendung findet, um »weibliche« Arbeit zu akkumulieren. Mit dem Label »Frauenarbeit« sei die Reproduktionsarbeit zuhause zusätzlich mystifiziert worden. Sie erscheine als »natürliche Neigung« oder »persönlicher Dienst« von Mutter, Schwester oder Ehefrau. Für die Degradierung der Frauen war es nach Federici zweckmäßig, deren Selbstbestimmung und Kontrolle über ihre mögliche Fähigkeit zur Fortpflanzung zu zerstören. Der bisherige Umgang mit Schwangerschaft, Abtreibung und Geburt, kurz: den reproduktiven Funktionen, wurde den Erfordernissen der frühkapitalistischen Gesellschaft untergeordnet.

Die Entstehung des Kapitalismus und die Hexenverfolgung

Die Große Hexenjagd seit dem Ausgang des Mittelalters, dies ist eine der zentralen Thesen der Autorin, half dabei, die Fixierung von Frauen auf reproduktive Funktionen innerhalb der Arbeitsteilung gewaltvoll durchzusetzen. Dies der Grund, warum für Federici eine Betrachtung dieser historischen Phase für die Gesellschaftskritik besonders lehrreich ist. Mit Gesetzen und Strafen in Bezug auf Kinderkriegen, Kindstötung, Prostitution und Verhütung, so die Autorin in Anlehnung an Michel Foucault, wurden immer mehr Reproduktionsaspekte unter staatliche Kontrolle gebracht. Die Sexualität und der Frauenkörper wurden politisiert, bestimmte Sexualpraktiken unterdrückt, Frauen von ihrem Körper zunehmend »enteignet«. Die Bestrafung reproduktiver Verbrechen sowie die Geburtenkontrolle und die Dämonisierung von Sexualität, die nicht der Fortpflanzung diente, beschreibt Federici als Teil einer spätfeudalen »Biopolitik«. Die Hexenverfolgung bezeichnet sie als staatliche Terrorkampagne gegen Frauen. Im Zuge von Bevölkerungsrückgang und ökonomischer Krise in Europa wurde die Familie als Ort der Erhaltung und Erneuerung der Arbeitskraft aufgewertet und das Kinderkriegen erfüllte die Funktion, neue Arbeiter_innen biologisch hervorzubringen, Frauen wurden als natürliche Gebärmaschinen behandelt. Verfolgt wurde

dabei alles, was sich dieser Kontrolle nicht beugen wollte, etwa die im Mittelalter durchaus verbreitete Kindstötung oder die Mordanklage im Falle von häufigem Kindstod. Fast ebenso viele Frauen wurden am Ende des Mittelalters wegen Kindstötung hingerichtet, wie wegen angeblicher »Hexerei«. Zugleich bedurfte es einer ideologisch-religiösen Rechtfertigung für die Gewalt gegen vermeintliche Hexen, die zum Negativbild der gesellschaftskonformen (Klein-)Familie wurden. Im verhexten Bild von Frauen revoltierten diese gegen die Gesetze der katholischen und protestantischen Kirche. Trotz ihrer Zauberkräfte wurde die kastrierende Hexe als untergebene Sklavin des männlich definierten Teufels dargestellt. Nicht nur im gläubigen Europa, sondern auch im Zuge der Kolonisierung und Christianisierung auf dem amerikanischen Kontinent wurden dort Frauen als Hexen gefoltert und verbrannt. Mit ihren ideologiekritischen Analysen kann Federici zeigen, wie die Hexenverfolgung im Klima von Frauenfeindlichkeit unter Mitwirkung der männlichen Bevölkerung möglich wurde.

Frauen und die sogenannte »ursprüngliche Akkumulation«

Überaus interessant und bedeutend ist Federicis Buch für einen gesellschaftskritischen Blick auf die im Spätmittelalter anbrechende bürgerliche Epoche. Marx beschrieb mit dem Begriff der sogenannten »ursprünglichen Akkumulation« bereits im Kapital diese Phase der gewaltsamen Umwälzungen überkommener feudaler Strukturen. Allerdings ignorierte er die Rolle der Frauen bei der blutigen Geburt kapitalistischer Verhältnisse. Federici hingegen zeigt, dass diese nicht das Kind, geboren im Mutterleib der alten Feudalordnung waren, sondern die reaktionäre Antwort auf jahrhundertelange soziale Kämpfe. Wie Federici plausibel darstellt, war Marxens Skizze der »ursprünglichen« auch eine Akkumulation von Differenzen und Spaltungen innerhalb der Bevölkerung. Denn der Aufbau von Hierarchien durch die Konstruktion von sozialem Geschlecht (gender) und race war grundlegend für die Herausbildung der Klassengesellschaft. Die Jagd und Ermordung hunderttausender Frauen als Hexen in Europa und seinen Kolonien seien in diesem Sinne eine grundsätzliche Voraussetzung gewesen für die Entstehung des Kapitalismus auf globaler Ebene.

Caliban und die Hexe ist eine Analyse der konkreten historischen Umstände, in denen die Große Hexenjagd im 16. und 17. Jahrhundert im Zusammenhang des sich herausbildenden Kapitalismus entfesselt. Was andere feministische Historiker_innen vor Federici schon vermuteten, kann sie nun detailliert belegen. Daraus schlussfolgert sie für die heutige Zeit,

dass die Frauenunterdrückung immer noch maßgeblich entlang geschlechtlicher Arbeitsteilung organisiert wird. Die sogenannte »ursprüngliche Akkumulation« sei eben nur deswegen eine »sogenannte«, weil sie prinzipiell nie aufgehört und eben nicht nur einmalig zu Beginn des Kapitalismus stattgefunden habe. Mit Blick auf heutige Hexenverbrennungen und Landenteignungen sieht sich Federici darin bestätigt anzunehmen, dass sich die Geschichte in anderer Gestalt wiederhole. Wichtiger noch ist es, aus der Geschichte zu lernen. Daraus ergeben sich sicherlich streitbare Punkte, nicht zuletzt Federicis Fazit. Sie kann mit Blick auf die blutrünstige Urgeschichte des Kapitalismus diesem so gar keine Fortschrittlichkeit abgewinnen. Folglich romantisiert sie das ländliche Leben in Kommunen und vertritt ein voraufklärerisches Naturverhältnis. Zudem hat sie offenbar eine gewisse Schwäche für Hexenkulte, eine der skurrilen Seiten des Buches. Das Verdienst jedoch, die erhellende Kritik der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, schmälert das nicht. Federicis Gesamtfazit zielt auf die Auflösung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die Beseitigung des ursächlichen Verhältnisses, in dem Frauen unterdrückt werden. »Frau« ist für Federici eine legitime Analysekategorie solange diese Aufhebung nicht gelingt. Sie versteht geschlechtliche Identität hauptsächlich als Trägerin spezifischer Arbeitsfunktionen. Federici Begriff von »Frauen« kennzeichnet also eine besondere Form der kapitalistischen Ausbeutung. »Women 's history« ist, wie sie an einer Stelle schreibt, »class history« und das Thema Reproduktionsarbeit mithin ein feministisches. Federicis Buch sollte weder im historischen Bewusstsein noch im Bücherregal fehlen.



Silvia Federici, Caliban und die Hexe – Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. (Reihe kritik & utopie) Wien: Mandelbaum Verlag 2012.



Am 30. Januar 2015 findet zum dritten Mal der Wiener Akademikerball in den repräsentativen Räumlichkeiten der Wiener Hofburg statt. Ort und Veranstalterin des Balls, die Wiener Landesgruppe der FPÖ, geben Auskunft darüber, wie gesellschaftsfähig Burschenschafter und ihre ideologischen Versatzstücke wie Antisemitismus, Sexismus, Männerbündelei, Homophobie und Rassismus in Österreich sind.

Dieses Jahr wird im Rahmen der NOWKR-Mobilisierung neben der Demonstration eine mehrteilige Veranstaltungsreihe unter dem Titel "Für ein Ende der Gewalt" stattfinden, die sowohl den medialen Gewaltdiskurs als auch die eigene Praxis einer kritischen Betrachtung unterziehen wird. Es geht es um ein Streben nach einer Gesellschaft, welche nicht die ständige Androhung von Gewalt zum Strukturprinzip erhebt und in der Menschen ohne Angst verschieden sein können: Wenn wir von Gewalt sprechen, dann meinen wir diese gewalttätigen Verhältnisse, und wenn wir ein Ende der Gewalt fordern, fordern wir ein Ende dieser Verhältnisse. www.nowkr.at/veranstaltungsreihe

